



Sechster Bericht

der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen

Fakten, Projekte, Perspektiven
Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2024



Inhalt

Vorwort	4
Interview mit Bundesjustizministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte a.D. des Landes Nordrhein-Westfalen	7
1. Antisemitismus 2024	10
1.1 Antisemitismus in Deutschland 2024	10
Interview mit Prof. Roglit Ishay, Prof. Dr. Julia Bernstein, Dr. Ilya Kogan Vorstand des Netzwerks Jüdische Hochschullehrende in Deutschland, Österreich und der Schweiz, e.V.	12
1.2 Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen 2024	14
2. Auszeichnung für die Beauftragte: Preis für Zivilcourage der Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz e.V.	21
3. Schwerpunkte	23
3.1 Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (im Folgenden: BLK)	23
3.2 Justiz und Polizei	25
3.2.1 Verbot von Palästina Solidarität Duisburg (Mai 2024)	25
3.2.2 Antisemitismusbeauftragte bei den (General-)Staatsanwaltschaften	26
3.2.3 Polizei	27
3.2.4 Konsequente Anwendung des Rechts	28
3.3 Schule und Bildung	28
Interview mit Anette König, Schulleiterin	30
3.4 Erinnerungskultur: Gedenkstättenbesuche – regional und virtuell	33
Interview mit Andreas Stahl, Leiter der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen	35
3.5 Hochschulen	37
Interview mit Dr. Monika Hübscher, Ansprechpartnerin für die Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt an der Universität Duisburg-Essen	41
3.6 Kunst und Kultur	43
Interview mit Dr. Lars Henrik Gass, Autor, Gründungsdirektor und Kurator	46
3.7 Kommunale Netzwerke: Kommunalen Fachtagungen zum Thema Antisemitismus in Detmold, Düsseldorf und Köln	47
Interview mit Aaron Knappstein, Präsident der Kölsche Kippa Köpp e.V. von 2017	49

3.8 Soziale Medien	50
Interview mit Dr. Laura Braam, Justitiarin, Abteilungsleiterin Recht	51
3.9 Sport	53
Interview mit Patrick Arnold, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte NRW e.V.	56
3.10 Begegnungsangebote	59
Interview mit Katharina Arditi, Geschäftsführerin Begegnen e.V., Bielefeld	60
4. Eigene Veranstaltungen und Kooperationen	63
5. Geförderte Projekte	71
6. Studien/Forschung	84
6.1 Studie der Beauftragten zu „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ („Dunkelfeldstudie“)	84
6.2 Weitere Studien und Publikationen	86
7. Handlungsempfehlungen	89
8. Anhang: IHRA-Definition	93

Vorwort

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

„Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen. Es begann mit kleinen Manifestationen von Intoleranz und Antisemitismus, mit Rassismus. Das ist es, woran man sich erinnern muss: Es begann nicht mit Gaskammern.“

Diese Aussage von Marian Turski¹, dem damaligen Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees, aus seiner berühmten Rede „Auschwitz warnt“ zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Jahr 2020 hat auch fünf Jahre später nichts an ihrer Dringlichkeit eingebüßt.

Angesichts der auch in diesem sechsten Bericht der Beauftragten der Landes Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur beschriebenen zu beklagenden wachsenden Zahlen antisemitischer Straftaten und Vorfälle ist Turskis Mahnung im Grunde sogar noch dringlicher geworden.

Insofern ist es folgerichtig, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen das Amt der Beauftragten² fortführt.



v.l. Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Sylvia Löhrmann, Ministerpräsident Hendrik Wüst
Foto: Land NRW/Martin Götz

¹ Zu seiner Person: Marian Turski war ein Historiker, Journalist und eine der wichtigsten Stimmen der Erinnerungskultur. Als Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz setzte er sich unermüdlich für die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus ein und mahnte vor den Gefahren von Intoleranz und Antisemitismus und sprach noch in diesem Jahr am 27. Januar 2025 eindringliche Begrüßungsworte auf der Gedenkveranstaltung in Auschwitz. Nur wenige Wochen später, am 25. Februar 2025 verstarb Marian Turski.

² s. Pressemitteilung vom 31. Oktober 2024 <https://www.land.nrw/pressemitteilung/sylvia-loehrmann-folgt-sabine-leutheusser-schnarrenberger-im-amt-der>

Für das mir mit der Berufung entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich sehr und bin mir der großen Herausforderung, die dieses Amt bedeutet, bewusst. Mit meiner gesamten Erfahrung und fachlichen Expertise werde ich mich dieser Aufgabe mit Entschlossenheit widmen. Allen politisch Verantwortlichen sowie den Engagierten in Zivilgesellschaft, Bildungsarbeit, Wissenschaft und den jüdischen Gemeinden biete ich eine verlässliche und zielgerichtete Zusammenarbeit an – im Bewusstsein, dass ihr Beitrag unverzichtbar ist.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die im folgenden Interview eine Bilanz ihrer so wertvollen Arbeit zieht, danke ich auch an dieser Stelle für die vertrauensvollen Gespräche und die exzellent vorbereitete Übergabe.

Die schon vorher gelebte, nun explizite Ausweitung meines Arbeitsfeldes um den Bereich „jüdisches Leben“ und „Erinnerungskultur“ stellt für mich eine zentrale und notwendige Ergänzung dar.

Das Judentum war und ist konstitutiv für Deutschland – denken wir nur an die prägenden Beiträge jüdischer Persönlichkeiten in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Politik! Und jüdisches Leben in all seiner Vielfalt sichtbar und erlebbar zu machen, kann einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus leisten. Aufklärung, Bildung und Begegnung sind wichtige Handlungsfelder.

In der von Frau Leutheusser-Schnarrenberger beauftragten Studie zum Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen spricht Prof. Beyer von einer „beunruhigenden Normalität“ des Antisemitismus.

Was das konkret heißt, müssen wir uns vor Augen führen:

Wohnhäuser von Jüdinnen und Juden werden markiert und beschmiert, in jüdischen Restaurants werden Fensterscheiben eingeschlagen, Veranstaltungen mit jüdischem Kontext werden abgesagt; Kinder, Erwachsene trauen sich nicht und sehen davon ab, sich als jüdisch zu erkennen zu geben – sie haben Angst; auf den Straßen, an Universitäten, im Kulturbereich wird Antisemitismus offen artikuliert und propagiert; in sozialen Netzwerken kennt Judenhass keine Grenzen, alle jüdischen Institutionen in unserem Land müssen rund um die Uhr polizeilich geschützt werden – alles im Deutschland von 2024!

Das ist skandalös, und damit dürfen wir uns nicht abfinden, und vor allem dürfen wir Jüdinnen und Juden damit nicht allein lassen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist unsere Aufgabe, und da ist wirklich die gesamte Gesellschaft gefordert. Und wir müssen uns immer wieder klar machen, dass Antisemitismus zu bekämpfen Arbeit an unserer Demokratie ist.

Ich sehe meine ehrenamtliche Rolle als Ansprechpartnerin, als Impulsgeberin, als Vernetzerin und bin wirklich froh, bei allen Herausforderungen auf so einem stabilen Fundament auf- und weiterbauen zu können.

„Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ (Friedrich Hölderlin)

In diesem Sinne gibt dieser Bericht erfreulicherweise auch Aufschluss über viele positive Aktivitäten und das zivilgesellschaftliche Engagement im Kampf gegen Antisemitismus.

Daher kommen exemplarisch hier auch Akteure aus zentralen Handlungsfeldern und geförderten Projekten der Beauftragten zu Wort.



v.l. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Sylvia Löhrmann
Foto: Land NRW/Martin Götz

Ihnen danke ich – auch im Namen von Frau Leutheusser-Schnarrenberger – für ihren wertvollen Beitrag in der Sache und zu diesem Bericht.

Sie machen Mut und mögen andere motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Wir brauchen mehr „Rettendes“!

Ebenso gilt unser beider großer Dank dem Team der Beauftragten – Dörte Eisenhauer, Said Koumbaz, Christian Klaka und Delia Schwamborn – ohne sie wäre die Arbeit dieses Amtes nicht möglich.

Als gesamtes Team danken wir allen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren für das entgegengebrachte Vertrauen, der stets wohlwollenden und konstruktiven Unterstützung durch den Landtag und seinen Präsidenten André Kuper, für das Interesse vieler Abgeordneter an unserer Arbeit, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Ressorts der Landesregierung, ebenso Herrn Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und seinem Haus für die zielgerichtete Kooperation. Wir freuen uns auf weitere inhaltsreiche Zusammenarbeit!

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Sylvia Löhrmann".

Ihre
Sylvia Löhrmann

Interview

mit Bundesjustizministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Antisemitismusbeauftragte a.D. des Landes Nordrhein-Westfalen

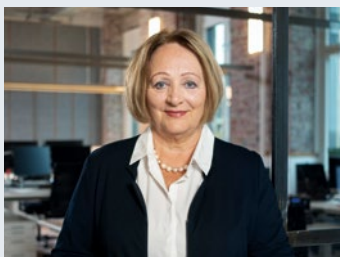


Foto: Land NRW/Ralph Sondermann

Welche Bilanz ziehen Sie nach fast 6 Jahren als erste ASB NRW?

Es war 2018 eine wichtige und richtige Entscheidung des Landtags und der Landesregierung, ein Büro der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen einzurichten und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft eine direkte Anlaufstelle zu geben. Vielfältiges gesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus zu bündeln, zu koordinieren und zu unterstützen, soll zur Stärkung der Demokratie beitragen.

2019 bei Aufnahme der Arbeit des Büros der Antisemitismusbeauftragten lag die polizeilich erfasste Zahl antisemitisch motivierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen bei 350, in Deutschland bei ca. 1800.

Das Jahr 2019 weist 315 in Nordrhein-Westfalen und 2032 in Deutschland auf. Überwiegend wurden sie dem rechtsextremistischen gesellschaftlichen Spektrum zugewiesen.

Dies zusammen mit Beleidigungen, Hass und Hetze bis hin zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden war Anlass für die Einrichtung des Büros der Antisemitismusbeauftragten.

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik gibt nur Ausdruck über strafrechtlich angezeigttes antisemitisch motiviertes Verhalten. Antisemitismus gibt es seit Langem und ist auch nach 1949 immer gegenwärtig in Deutschland. Die Beweggründe sind über die Jahrzehnte vielfältiger geworden, und seitdem sind auch durch politische Ereignisse außerhalb Deutschlands antisemitische Straftaten drastisch angestiegen auf insgesamt mehr als 8600 in ganz Deutschland 2024. Seitdem ist die Angst der Jüdinnen und Juden vor Übergriffen und Angriffen immer größer geworden, sie fordern zu Recht verbesserten Schutz. Über die Antisemitismusbeauftragte kann ihrem Anliegen stärkeres Gewicht verliehen werden, und besonders nach dem 7. Oktober 2023 wurde das direkte Gespräch mit den Vertretern der jüdischen Gemeinden zu einem wichtigen Austausch und gegenseitigen Verstehen.

Vor diesem Hintergrund fällt meine Bilanz vielfältig und facettenreich aus.

Ich habe die Aufgabe gern übernommen und war mir von Anfang an angesichts des Antisemitismus in allen Gesellschaftsbereichen der Herausforderungen bewusst.

An der Notwendigkeit der Antisemitismusbeauftragten kann es meines Erachtens keinen Zweifel geben, inzwischen gibt es sie in fast allen Bundesländern. Antisemitismusbeauftragte geben dem Thema Gewicht und Gesicht. Die Vernetzung mit vielen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller Ebenen, staatlichen Institutionen, der Religionsgemeinschaften, der Landesregierung und den Kommunen, und ganz besonders der jüdischen Gemeinden ist bereichernd und stärkt die Arbeit zur Unterstützung der jüdischen Community. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Haushaltsgesetzgebers konnten das durch die Antisemitismusbeauftragte zahlreiche Projekte mitgestaltet, wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben und aktive Beiträge zur Aufklärung über Antisemitismus geleistet werden.

Die Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit von Maßnahmen, Projekten und Kooperationen müssen angesichts aktueller Ereignisse immer wieder überprüft und justiert werden.

Besonders seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben sich die Ursachen für strafrechtlich relevante antisemitische Ausschreitungen erweitert, und der politische Diskurs über Antisemitismus und über israelische Politik ist noch polarisierter und verrohter geworden. Die Aggressivität gegen Jüdinnen und Juden auch in der Öffentlichkeit hat deutlich zugenommen.

An Universitäten und in Kultureinrichtungen gibt es eine teilweise einseitige ausgeprägte Kritik an israelischer Politik, und die Grenzziehung zu israelbezogenen Antisemitismus ist häufig nicht bekannt. Aufklärung, Information über die Ursachen des Nahostkonflikts und die gegensätzlichen ideologischen Auffassungen sind wichtiger geworden. Bildungsprogramme sind verstärkt auch darauf auszurichten. Und auch die Erinnerungskultur muss sich darauf einstellen.

Diese Entwicklung der letzten sechs Jahre zeigt sehr deutlich, dass Bekenntnisse wie „Nie wieder Antisemitismus, wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden, wir sind betroffen oder mit der Härte des Gesetzes“ nicht ausreichen. Nur wenn auch die Zivilgesellschaft insgesamt von der Verurteilung des Antisemitismus und dem gemeinsamen konsequenten Vorgehen gegen Judenhass überzeugt ist, kann sich die Situation nachhaltig verbessern. Deshalb sind fundierte Erkenntnisse über die Einstellungen in der pluralen Gesellschaft zu Antisemitismus und Rassismus wichtig, um pauschalen Vorurteilen vorzubeugen bzw. sie abzubauen und Zielgruppen orientierte Maßnahmen zu initiieren. Die sechsjährige Arbeit als Antisemitismusbeauftragte hat mich überzeugt, dass permanent über jüdisches Leben und über antisemitische Verschwörungserzählungen digital und auch durch Begegnungen und Diskurse aufgeklärt werden muss. Diese Aufgabe endet nie.

Welche Erfolge/Errungenschaften Ihrer Amtszeit sind für Sie die wichtigsten?

Von Beginn meiner Tätigkeit an ging es mir besonders um die strukturellen Verbesserungen, die langfristig zur Informationsgewinnung über antisemitische Vorfälle, zur effektiven Strafverfolgung und zu weitergehenden wissenschaftlichen Erkenntnissen über die verschiedenen Phänomene des Antisemitismus beitragen.

Deshalb habe ich mich mit Nachdruck für die Einrichtung der Meldestelle Antisemitismus, kurz RIAS genannt, in Nordrhein-Westfalen eingesetzt- aus zweierlei Gründen:

Um einen besseren Überblick auch über nicht strafrechtlich relevante antisemitische Vorfälle zu bekommen, weil sie Stimmungen und gesellschaftliche Atmosphäre zu Antisemitismus widerspiegeln. Und um damit auch zu einem besseren bundesweiten Überblick über Antisemitismus beizutragen.

Dazu gehört auch die Einrichtung von Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen. Sie sorgen einmal für eine stärkere Fokussierung auf mögliche antisemitische Motive von Straftaten innerhalb der Staatsanwaltschaften und für eine bessere Kommunikation mit den Betroffenen.

Bildungseinrichtungen, besonders Schulen sind Orte für die frühzeitige Vermittlung demokratischer und elementaren Werte für unser Zusammenleben. Judenhass ist eine Verletzung der Menschenwürde und geht uns alle an, nicht nur Jüdinnen und Juden. Deshalb muss in allen Schularten Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die besondere Rolle, die der Holocaust immer in Deutschland spielen wird und uns zur Erinnerung verpflichtet, behandelt werden. Diese Themen gehören verpflichtend in alle Ausbildungen, die Kultusministerkonferenz hat dafür Vorgaben geliefert.

Die von mir eingerichteten Kommunaltage in allen Bezirken von Nordrhein-Westfalen führen zu einem vertieften Austausch über Probleme und Kooperationen, denn in der Kommune finden Ausschreitungen, Sachbeschädigungen jüdischer Einrichtungen, Hass und Hetze und Übergriffe auch im öffentlichen Raum statt. Ich halte diesen kontinuierlichen Austausch für sehr hilfreich.

In den knapp sechs Jahren habe ich mehrere wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag gegeben, die sich unter anderem mit Antisemitismus im Gangsta-Rap, der modernen Jugendkultur und den Einstellungen in der Gesellschaft in NRW befassen. Diese sog. Dunkelfeldstudie der Uni Düsseldorf und Passau ist die erste Umfrage zu antisemitischen Vorurteilen in Nordrhein-Westfalen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den Auswirkungen auf das Leben der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen.

Die Studie hat besorgniserregende Erkenntnisse aufgezeigt. Bis zu 24 Prozent der Befragten antworten – je nach Form – systematisch antisemitisch. Besonders erschreckend sind die Werte beim sekundären Antisemitismus. Dass fast die Hälfte aller Befragten einen Schlussstrich unter die Geschichte ziehen will und über 40 Prozent nachempfinden können, dass der Holocaust viele Menschen kalt lässt, zeigt, welchen Herausforderungen wir uns insbesondere in der Vermittlung der Erinnerungskultur stellen müssen. Auch, dass gerade bei Jugendlichen ein israelfeindliches Weltbild besonders ausgeprägt ist, ist erschreckend und zeigt, dass gerade beim Wissen über Israel und über den Nahostkonflikt Nachholbedarf besteht. Auch die Rolle der sozialen Medien muss verstärkt in der Präventionsarbeit eine Rolle spielen.

Buchlesungen, Vorträge und Podcasts haben neben der Pressearbeit die Öffentlichkeit für Themen der Antisemitismusbeauftragten erreichen können.

Gibt es Begegnungen, die Ihnen besonders in Erinnerung bleiben werden?

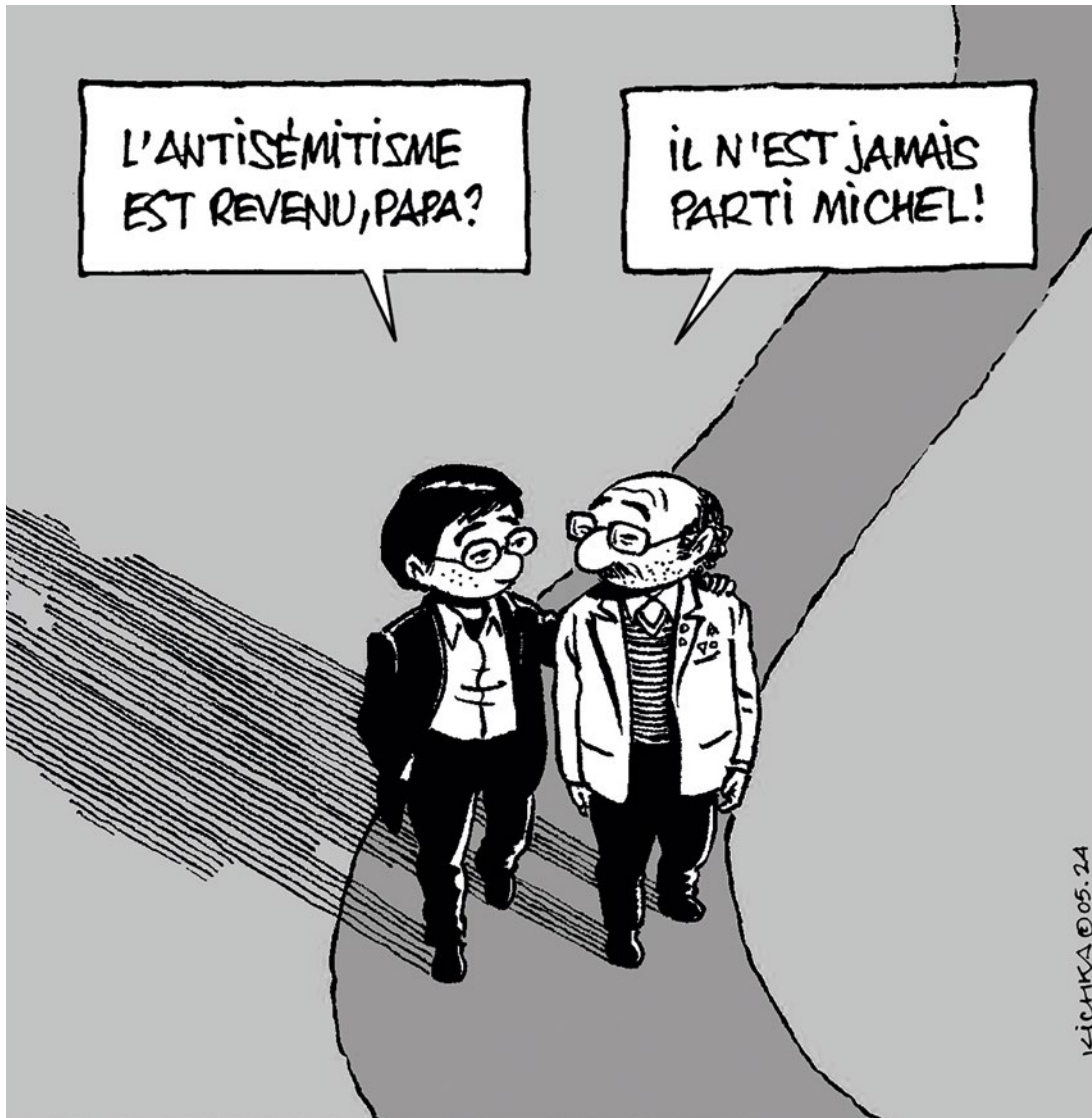
Es gab viele beeindruckende Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden, spannende kontroverse Diskussionen in Schulen und Einblicke in die Herausforderungen an den Unis und Kultureinrichtungen, in regionalen Theatern und Musikfestivals.

Folgende Begegnungen mochte ich stellvertretend für viele nennen: Die Begeisterung junger Menschen, Schüler und Studierenden des Jungen Ensemble Mariengarden aus Borken, bei der Aufführung des Theaterstücks „Zeitspiel“ nach dem Buch „Das Mädchenorchester von Auschwitz“ im Landtag Nordrhein-Westfalens.

Das Theaterstück „Zeitspiel“ erzählt die Geschichte von Musikerinnen, die im Vernichtungslager Auschwitz inhaftiert waren und nur durch ihre Mitwirkung in einem Orchester den Holocaust überleben konnten.

Die Zusammenarbeit mit dem Verein ZWEITZEUGEN e.V. und seinen engagierten Vertreter:innen. Durch den besonderen didaktischen Ansatz und die Vermittlung geschichtlichen Wissens anhand persönlicher Überlebensgeschichten aus der Zeit des Nationalsozialismus, schafft der Verein einen wichtigen Beitrag historischer Bildung und einen besonderen Übertrag ins Heute. Geschichte wird bereits für junge Kinder und Jugendliche verständlich, erlebbar und bleibt in ihren Herzen und Köpfen verankert.

Bereichernd war die Begegnung mit der erst vor kurzem im Alter von 103 Jahren verstorbenen Holocaust Überlebenden Margot Friedländer. Ich habe mit ihr zusammen ein Buch herausgebracht: „Ich tue es für Euch“. Sie war eine lebensaufgeschlossene Persönlichkeit, die den Menschen vertraute und ihre Hoffnung auf die Jugend setzte. Trotz ihres persönlichen Erlebens waren für sie alle Menschen wert, geschätzt zu werden.



Übersetzung: „Ist der Antisemitismus zurückgekehrt, Papa? Er war nie weg, Michel!“³

1. Antisemitismus 2024

1.1 Antisemitismus in Deutschland 2024

Das Bundeskriminalamt (BKA) verzeichnet in seiner Statistik für den Bereich Antisemitismus folgende Feststellungen: Innerhalb der Hasskriminalität stiegen die antisemitischen Straftaten bundesweit erneut an (+20,8 Prozent) und erreichen im Jahr 2024 mit 6.236 Fällen einen neuen Höchststand. Auch der Nahostkonflikt wirkte sich auf das Straftatenaufkommen aus: In diesem Kontext wurden 7.328 Fälle verzeichnet, ein Anstieg um 67,7 Prozent.⁴

³ Karikatur von Michel Kichka. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Künstlers. Michel Kichka wurde 1954 als Sohn Überlebender des Holocausts in Belgien geboren. Er ist ein bekannter Karikaturist und unterrichtet an der Bezalel Academy of Arts and Design in Jerusalem.

⁴ Zum Nachlesen: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html#doc246848bodyText2

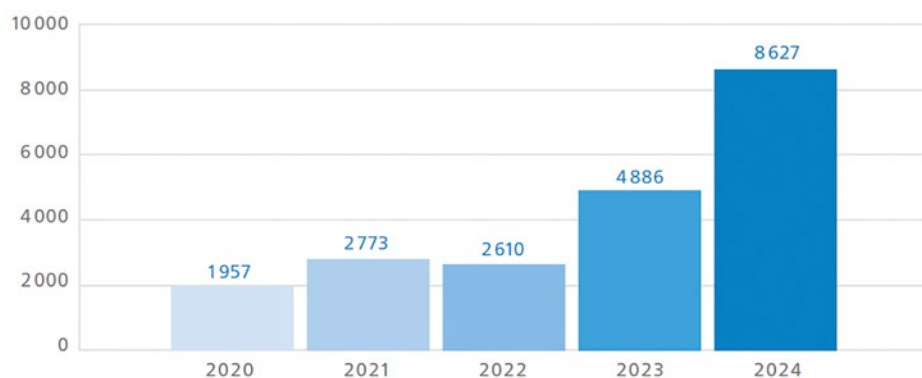
Insgesamt stellte das BKA bei der Vorstellung der bundesweiten politisch motivierten Kriminalität (PMK) Fallzahlen für das Jahr 2024 fest⁵:

„Die Zahlen 2024 dokumentieren eine wachsende Polarisierung und Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft. Soziale Medien spielen dabei aufgrund der rasant und enorm angestiegenen Verbreitung von Hass, Hetze, Desinformation und Propaganda eine entscheidende Rolle. Globale Krisen und Konflikte wie der Nahostkonflikt und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, gepaart mit wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit sowie gesellschaftlichen Veränderungen – auch als Spätfolge der Coronapandemie – führen zu Verunsicherung. Sie sind ein Nährboden für Spannungen und Radikalisierungen, die sich zunehmend auf das Protestgeschehen auf deutschen Straßen und das gesellschaftliche Klima auswirken. Phänomene wie hybride Bedrohungen und ideologisch aufgeladene Proteste zeigen: Eine Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist kaum noch möglich.“

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2024 enthält erneut ein phänomenübergreifendes Sonderkapitel zu den „Auswirkungen des Nahostkonflikts und zum Antisemitismus“⁶ und hält darin fest: „Unterschiedliche extremistische Akteure nutzten den Konflikt weiterhin, um zu Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden oder den Staat Israel aufzurufen oder sein Existenzrecht zu verneinen. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit sind verbindende Elemente zwischen diesen Akteuren und haben ein starkes Emotionalisierungs- und Mobilisierungspotenzial⁷. Auch 2024 gab es zahlreiche Proteste und Versammlungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, wenn auch in abnehmender Anzahl.“

Die Feststellungen der BKA zu den Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz für das Jahre 2024 werden ergänzt durch den RIAS Jahresbericht 2024⁸. Dieser meldete für 2024 in Deutschland bundesweit insgesamt 8627 antisemitische Vorfälle, was durchschnittlich rund 24 Vorfällen pro Tag entspricht.

Anzahl antisemitischer Vorfälle 2020–2024⁶ (Abb. 1)



Quelle: Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V

⁵ https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html

⁶ s. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/06/vsb2024.html>

⁷ Zum Nachlesen: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25029-vsb2024.pdf?__blob=publicationFile&v=2, ab Seite 47ff.

⁸ Detaillierte Ausführungen im RIAS Bericht 2024 https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf

Wie die o.g. Berichte, so kommt auch der Bundesverband Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. („RIAS“) in seinem Jahresbericht 2024 zu dem Schluss, dass der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg das Vorfalleschehen auch in 2024 wesentlich geprägt haben. RIAS schreibt, dass seit dem starken Anstieg der antisemitischen Vorfälle 2023 die Zahl nahezu unverändert hochgeblieben sei. Auch über ein Jahr nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel sei keine Entspannung und kein spürbarer Rückgang der Anzahl antisemitischer Vorfälle zu beobachten. Der wiederholte Anstieg der Zahlen im Vergleich zu 2023 ist dabei laut RIAS u.a. begründet durch die gestiegene Rolle bzw. Auswirkung von explizit politischen Kontexten wie z.B. Versammlungen und „Aktivismus“ an Hochschulen⁹.

Im Lichte der anhaltenden politischen Situation in 2024 hat der Deutsche Bundestag am 7. November 2024 auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Resolution „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“¹⁰ beschlossen. Die Resolution wurde von der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten auf ihrer Sitzung Anfang November 2024 ausdrücklich begrüßt, die erklärte; „sie schaffe Klarheit über die unterschiedlichen Formen der Judenfeindlichkeit und die verschiedenen Tätermilieus. Dies sei die Grundlage, um Antisemitismus in allen Bereichen zu bekämpfen“¹¹.

Interview

mit Prof. Roglit Ishay, Prof. Dr. Julia Bernstein, Dr. Ilya Kogan
Vorstand des Netzwerks Jüdische Hochschullehrende in Deutschland,
Österreich und der Schweiz, e.V. <https://n-j-h.de/>



Wie spiegelt sich das Trauma des 7. Oktober im Alltag von Jüdinnen und Juden auf dem Campus wider?

Der 7. Oktober 2023 markiert nicht nur eine Zäsur, sondern eine tiefe globale Erschütterung: Für viele jüdische Menschen hat er eine Einteilung in ein Davor und ein Danach geschaffen. Der Schock über das Massaker der Hamas wirkt im jüdischen Kollektiv bis heute nach – nicht nur aufgrund der unmittelbaren Gewalt, sondern auch wegen der weltweiten Reaktionen. Insbesondere in westlichen Demokratien ist seither ein massiver Anstieg antisemitischer Vorfälle zu beobachten. Der Antisemitismus, der sich auf Demonstrationen, in sozialen Medien, im akademischen Raum und im politischen Diskurs artikuliert, betrifft Jüdinnen und Juden auch an deutschen Hochschulen unmittelbar. Die Reaktionen auf den 7. Oktober haben nicht nur die eigene Verwundbarkeit spürbar gemacht, sondern zugleich offengelegt, wie tief verwurzelt der Antisemitismus global – und damit auch hierzulande – weiterhin ist. Für viele hat dieser Tag ein – oft schmerzhaftes – neues Bewusstsein ihrer Identität erzeugt oder verstärkt und sie regelrecht dazu gezwungen,

⁹ S. https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf

¹⁰ Bundestags Drucksache 20/13627: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>

¹¹ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/klein-antisemitismus-resolution-ein-sehr-wichtiges-signal/>

sich erstmals als Jüdinnen und Juden wahrzunehmen – im Kontext von Ausgrenzung, Bedrohung und offenem Judenhass. In vielen Kontexten war es kaum möglich, biografisch, vertrauensvoll oder aus persönlicher Perspektive zu sprechen. Jüdische Erfahrungen wurden schnell ideologisiert oder politisiert – oft unter dem Druck, sich zu Israel oder zum Nahostkonflikt positionieren zu müssen. Der Raum für jüdische Perspektiven ohne „Aber“, für unverstellte Trauer und kollektives Schmerzbewusstsein, war entsprechend eingeschränkt. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Betroffene Familie oder Freund*innen in Israel haben – darunter auch solche, die unmittelbar vom Terror betroffen waren. Umso schmerzlicher war es, dass das Umfeld häufig wenig Empathie zeigte oder gar in antizionistische und antisemitische Narrative verfiel, die nicht selten direkt auf jüdische Lehrende und Studierende projiziert wurden. Viele dieser Erfahrungen blieben unbeachtet, wurden bagatellisiert oder ignoriert. Gerade im sogenannten Land der Täter spiegelt sich dabei zunehmend eine transgenerationale Tradierung von Trauma wider: Wenn sich Jüdinnen und Juden der dritten und vierten Generation plötzlich in den Weisheitssätzen ihrer überlebenden Großeltern wiederfinden – etwa in Warnungen wie „Sag niemals laut, dass du Jude bist – das kann das Leben kosten“ –, wird schmerzhaft erfahrbar, dass das, was als Vergangenheit galt, wieder Gegenwart geworden ist. Alte Bewältigungsstrategien erscheinen erschreckend aktuell – und archaische Ängste brechen wieder auf, gespeist aus der kollektiven Erinnerung an Pogrome, Vertreibung und genozidale Gewalt.

Wie ist die Situation aktuell an den Universitäten für jüdische Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten? Wie erleben Ihre Mitglieder den universitären Alltag und den Vorlesungsbetrieb?

Viele Rückmeldungen aus unserem Netzwerk zeigen, dass sich die Lage weiter zugespitzt hat. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit sind sichtbarer geworden, lauter, unverhohlener – aber auch subtiler: eingebettet in Andeutungen, Schweigen oder Umdeutungen. Der Hass versteckt sich hinter vermeintlich harmlosen Begriffen wie „Zionisten“, „Rothschilds“, „Apartheid-Befürworter*innen“ oder „Faschisten“. Diese Chiffren haben reale Auswirkungen: Viele trauen sich nicht mehr, auf dem Campus Hebräisch zu sprechen, jüdische Symbole zu tragen oder ihre Zugehörigkeit offen zu zeigen. Die Sichtbarkeit jüdischen Lebens bleibt dadurch prekär. Viele jüdische Hochschullehrende berichten von einer tiefen Verunsicherung. Rückzug ist dabei nicht nur ein Schutzreflex, sondern oft auch eine bewusste Entscheidung – ein Versuch, sich dem ständigen Erklären, Aushalten und Kämpfen zumindest vorübergehend zu entziehen. Besonders betroffen sind Jüdinnen und Juden, die in Forschung oder Lehre zu jüdischen Themen arbeiten oder die israelische Staatsbürgerschaft haben. Sie erleben, dass ihre Zugehörigkeit, ihre Themenwahl oder schlicht ihre Existenz zur Projektionsfläche für Ausgrenzung oder sogar Bedrohung wird. Im Kolleg*innenkreis, im sozialen Umfeld oder auf dem Campus entstehen Spannungen, die selten offen benannt, aber deutlich spürbar sind. Das Ungesagte lastet dabei oft schwerer als das Ausgesprochene. Die Energie, die es kostet, mit dieser ständigen Anspannung umzugehen, ist enorm – besonders für diejenigen, die nicht nur jüdisch sind, sondern auch als solche wahrgenommen werden und damit zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Debatten werden, die kaum Raum für ihre persönliche Perspektive lassen.

An vielen Universitäten in Nordrhein-Westfalen sind zwischenzeitlich Antisemitismusbeauftragte bzw. Ansprechpersonen benannt worden. Was muss noch getan werden, damit sich die Situation an den Universitäten weiter „normalisiert“?

Das Wichtigste ist: Man muss reagieren. Jeder antisemitische Vorfall muss ernst genommen und sichtbar gemacht werden – unabhängig davon, ob er die strafrechtliche Schwelle überschreitet oder nicht. Denn Antisemitismus ist kein abstraktes Phänomen, sondern betrifft reale Erfahrungen und hat konkrete Auswirkungen auf das Leben und Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen – auch im Hochschulkontext. Was nicht benannt wird, bleibt wirksam.

Was es braucht, ist ein klar erkennbares Klima der Verantwortung. Die von der Bundesregierung übernommene IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus muss nicht nur zitiert, sondern konsequent angewendet werden. Universitäten müssen wieder Orte werden, an denen Auseinandersetzung möglich ist – nicht ideologisch überhitzt, sondern diskursiv, offen und reflektiert. Dafür braucht es Räume, in denen jüdische Perspektiven selbstverständlich und geschützt artikuliert werden können.

Die Erfahrung zeigt: Jüdinnen und Juden werden nicht nur wegen ihrer Ansichten oder Positionen angefeindet, sondern schlicht, weil sie Juden sind. Die damit einhergehende sprachliche Umdeutung – etwa durch antisemitische Codierungen wie „Zionisten“ oder „Apartheid-Befürworter*innen“ – führt zu realer Angst und Einschränkung im Alltag.

Diese Realität darf nicht zur Normalität werden. Jüdinnen und Juden haben das Recht, geschützt und unbeschwert am akademischen Leben teilzunehmen. Dafür müssen die Leitungen der Universitäten sorgen. Ähnlich wie bei Gleichstellung und Diskriminierungsschutz sollten antisemitische und israelfeindliche Angriffe Konsequenzen nach sich ziehen – von einer Mahnung über Hausverbote bis hin zur Exmatrikulation. Es braucht das gemeinsame Engagement aller Statusgruppen – Lehrende, Studierende, Hochschulleitungen und Verwaltungspersonal. Es braucht Zeit, Auseinandersetzung und klare Haltung. Es braucht Sensibilisierungsformate, praktische Schutzmaßnahmen, benennbare Zuständigkeiten und konsequente Kommunikation. Und es braucht jüdische Stimmen, die gehört werden – nicht als Ausnahme, sondern als selbstverständlicher Teil des universitären Lebens.

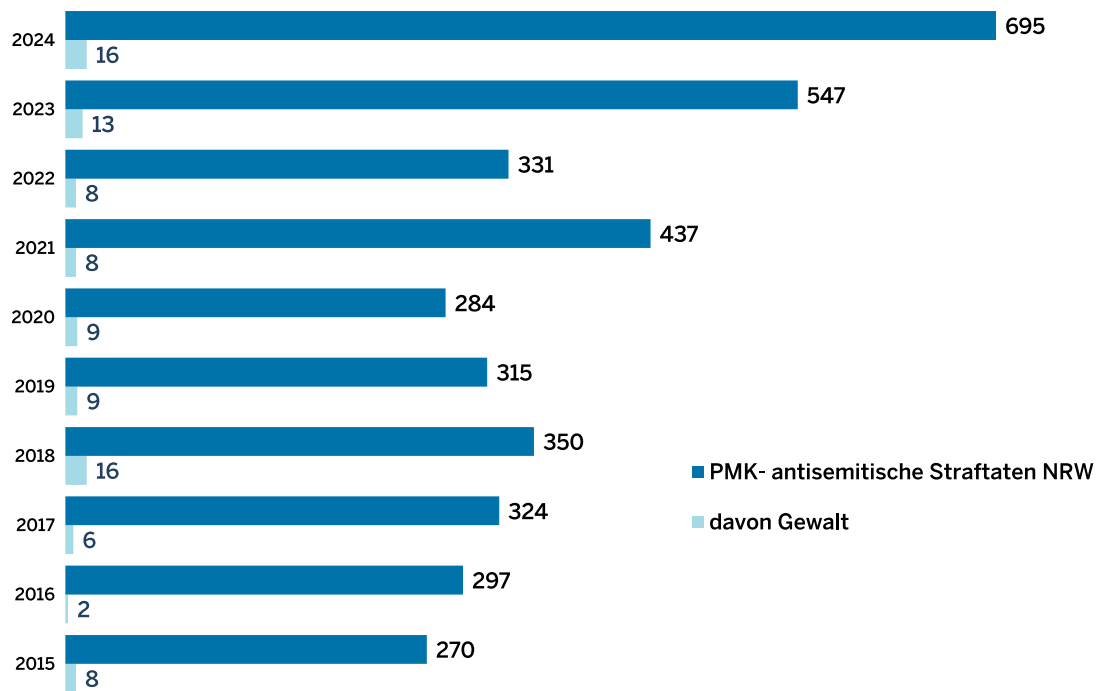
1.2 Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen 2024

Im Jahr 2024 wurden für Nordrhein-Westfalen 695 antisemitische Straftaten erfasst, was im Vergleich zum Vorjahr erneut eine deutliche Steigerung darstellte¹². Viele Taten davon waren Sachbeschädigungen oder Volksverhetzungen. Besonders durch die Eskalation des Nahostkonflikts hat der Hass auf Jüdinnen und Juden in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren zugenommen, so ein Fazit im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2024¹³. Durch die Instrumentalisierung des Terrorangriffs gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 sei die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen gestiegen, stellte der Bericht für das Jahr 2024 fest¹⁴.

¹² Zum Vergleich: Im Jahr 2023 wurden nur 547 antisemitische Straftaten verzeichnet s. <https://www.land.nrw/pressemitteilung/verfassungsschutzbericht-2024-extremismus-wird-juenger-und-digitaler-spionage-und>

¹³ Für eine detailliertere Analyse zum Thema Antisemitismus im Verfassungsschutzbericht NRW 2024 respektive für eine Erläuterung von Erscheinungsformen des Antisemitismus im Kontext extremistischer Bestrebungen. s. S. 68ff.: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/vsb2024_online_1.pdf

¹⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/verfassungsschutzbericht-nrw-rechtsextremismus-antisemitismus-100.html>



Antisemitische Straf- und Gewalttaten im 10-Jahres-Vergleich

Quelle: Innenministerium NRW¹⁵

Antisemitismus sei bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und bietet Extremisten Anschluss-potentiale für ihre Themen, auch bei jungen Menschen: „Übergriffe auf jüdische Mitmenschen, Synagogen und Gedenkstätten sind keine Seltenheit mehr. Die Geschichte lehrt uns, jeglicher Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Das ist unsere besondere Verpflichtung.“, so Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul anlässlich der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 2024¹⁶.

In ihrem am 27. Mai 2025 für das Jahr 2024 veröffentlichten Jahresbericht¹⁷ hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen e.V. (RIAS NRW) 940 antisemitische Vorfälle dokumentiert und analysiert. Damit sind die Zahlen der an RIAS NRW gemeldeten antisemitischen Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr 2024 erneut signifikant gestiegen:

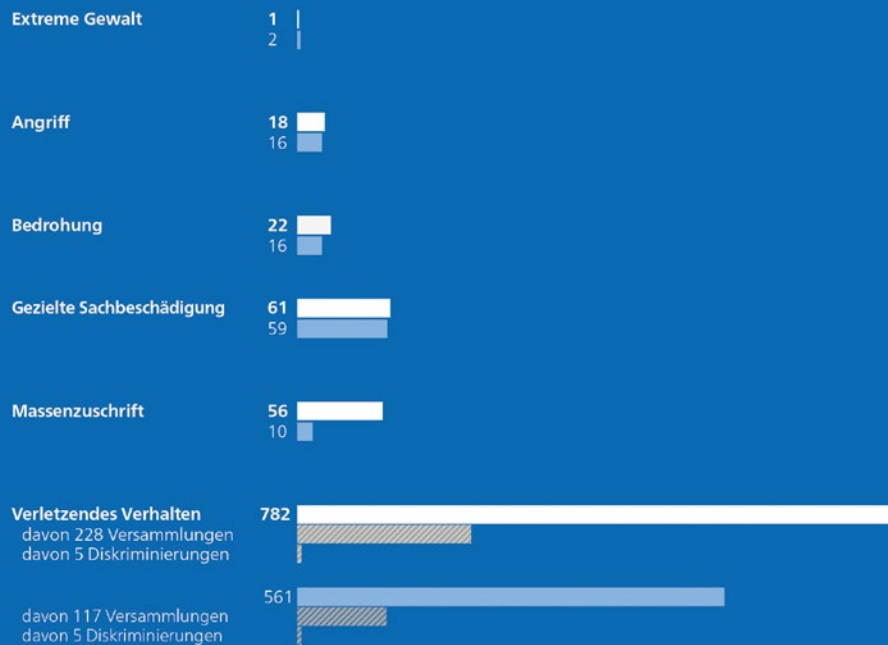
¹⁵ Hinweis: Der Bildausschnitt zeigt nur antisemitische Straf- und Gewalttaten.

¹⁶ Zitat Pressemitteilung vom 9. April 2024: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/verfassungsschutzbericht-2024-extremismus-wird-juenger-und-digitaler-spionage-und>; s. auch <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/verfassungsschutzbericht-nrw-rechtsextremismus-antisemitismus-100.html>

¹⁷ s. <https://report-antisemitism.de/rias-nrw/#publications>. Dort können auch die RIAS Berichte aus anderen Bundesländern eingesehen werden.

Art des Vorfalls

im Vergleich 2023 und 2024



Quelle: RIAS NRW

Durchschnittlich wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 lt. RIAS NRW 18 antisemitische Vorfälle pro Woche gemeldet, während es in 2023 „nur“ 13 Vorfälle pro Woche waren. Das entspricht einem Anstieg um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. 2023 wurde mit 664 antisemitischen Vorfällen bereits ein Höchststand erreicht. Die Entwicklung in 2024 zeigt, die Zahlen steigen Jahr für Jahr. Von einer Lageberuhigung kann keine Rede sein.

Die Tatorte sind dabei vielfältig: Zu Übergriffen ist es dem Bericht zufolge vor allem im öffentlichen Raum gekommen – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Bildungseinrichtungen und auch an Gedenkortern. Neben einem Fall von extremer Gewalt wurden demnach 18 Angriffe, 22 Bedrohungen, 61 gezielte Sachbeschädigungen, 56 Massenzuschriften, 228 Versammlungen, fünf Diskriminierungen sowie 549 Fälle von verletzendem Verhalten registriert. Regional sind besonders in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln deutlich mehr Fälle als im Vorjahr zu verzeichnen; im Regierungsbezirk Detmold hat sich die Anzahl der Fälle nahezu verdoppelt.



Quelle: RIAS NRW

Der RIAS-NRW-Bericht widmet sich dieses Jahr erstmalig schwerpunktmäßig der Situation an den nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen und verzeichnet dort einen dramatischen Anstieg der Fallzahlen um 216 Prozent in 2024¹⁸, wobei dies nur die Zahl an RIAS gemeldeten und dokumentierten Vorfälle¹⁹ wiedergibt.

Mit 590 Vorfällen war der israelbezogene Antisemitismus 2024 erneut die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. Sein Anteil an allen erfassten Vorfällen stieg auf knapp 63 Prozent (zum Vergleich: 2023 waren es noch 56 Prozent). Während sich 2023 die absolute Mehrheit dieser Erscheinungsform nach dem 7. Oktober 2023 ereignete, bot 2024 der Gazakrieg eine ganzjährige Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle, die durch aktuelle Kriegsereignisse und spezifische Aktivitäten wie die israelfeindlichen sog. „Protestcamps“ an nordrhein-westfälischen Universitäten beeinflusst wurden, so RIAS NRW in seinem Bericht²⁰.

¹⁸ 79 dokumentierte Fälle in 2024; im Vorjahr (2023): 25

¹⁹ Für eine detailliertere Darstellung der Vorfälle an den Hochschulen s. RIAS NRW Bericht vom 27. Mai 2025, S.27-40

²⁰ s. RIAS NRW Bericht 2024, S. 14f.

Sie äußerten sich vor allem in der Delegitimierung und Dämonisierung Israels und darin, dass Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wurden.

Die Beauftragte sieht die Entwicklungen mit Besorgnis und machte anlässlich der Veröffentlichung des RIAS-Berichts für Nordrhein-Westfalen deutlich²¹:



Foto: Land NRW/Ralph Sondermann

„Seit Jahren steigen sowohl die antisemitischen Straftaten wie auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Die von RIAS NRW dokumentierten 940 antisemitischen Vorfälle sind weit mehr als eine bloße Statistik – es sind Einzelschicksale von Betroffenen. Die Zahlen spiegeln das Unsicherheitsgefühl der in Nordrhein-Westfalen lebenden Jüdinnen und Juden wider. Dass sich ein Großteil der Vorfälle im öffentlichen Raum ereignet, zeigt, wie salonfähig Antisemitismus geworden ist – gerade in Bezug auf den israelbezogenen Antisemitismus. Alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sind gefordert: Jeder einzelne der 940 Vorfälle ist ein Appell an uns alle, dass wir nicht aufhören dürfen, gegen Antisemitismus vorzugehen.“

Viele fragen sich: Was passiert mit einem gemeldeten Vorfall wie geht es weiter damit? Die Meldeverfahren beim NS-Dok Köln und bei RIAS stellen sich hier nachfolgend vor:



Quelle: Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum Köln

²¹ Zur ausführlichen Stellungnahmen der Beauftragten zum RIAS NRW Bericht 2024: <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/beitraege/940-antisemitische-vorfaele-nordrhein-westfalen-2024>

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) stellt ihre Arbeit vor: Was passiert dort mit gemeldeten antisemitischen Vorfällen?



RIAS Nordrhein-Westfalen
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Nordrhein-Westfalen

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) dokumentiert antisemitische Vorfälle und unterstützt Betroffene. RIAS NRW ist ein wichtiger Baustein in der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus. Denn erst durch die kontinuierliche niedrigschwellige Dokumentation und die wissenschaftliche Auswertung nach bundesweit einheitlichen Standards ist es möglich, ein genaueres Bild von den Erscheinungsformen des Antisemitismus zu zeichnen. Wie äußert sich Antisemitismus konkret, von wem geht er aus, gegen wen richtet er sich?

Jüdinnen und Juden sind in NRW regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Diese Anfeindungen bleiben jedoch in einem Dunkelfeld verborgen, wenn es keine ausreichende quantitative und qualitative Dokumentation von Antisemitismus gibt. Dokumentiert werden dabei Vorfälle unabhängig vom politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter und Täterinnen und auch solche, die keinen Straftatbestand erfüllen. Das Ausmaß nicht strafrechtlich relevanter antisemitischer Vorfälle ist der Öffentlichkeit zumeist unbekannt, aber auch strafrechtlich relevante antisemitische Diskriminierungen und Übergriffe bleiben oft undokumentiert. RIAS NRW ergreift hier Partei und orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und jener, die als Zeugen und Zeuginnen antisemitische Vorfälle miterlebt haben.



RIAS NRW bietet die Möglichkeit, (anonyme) Meldungen über das Meldeportal www.rias-nrw.de sowie telefonisch unter 0211-822 66 03 33 sowie per E-Mail an info@rias-nrw.de abzugeben. Meldungen bei RIAS können Deutsch, Englisch oder Russisch abgegeben werden.

Auch Zeugen und Zeuginnen von antisemitischen Vorfällen, die nicht selbst betroffen waren, können dies bei RIAS NRW melden. Nachdem bei der Meldestelle ein Vorfall eingegangen ist, wendet sich die Meldestelle über die angegebene Kontaktmöglichkeit an die meldende Person, um etwaige Rückfragen zum antisemitischen Vorfall zu klären: Dadurch wird eine möglichst genaue Dokumentation gewährleistet, sowie der Vorfall verifiziert.

Die gemeldeten Vorfälle werden anschließend unter der strikten Einhaltung des Datenschutzes anonymisiert in die Datenbank für antisemitische Vorfälle in NRW eingetragen. RIAS NRW informiert regelmäßig über antisemitische Vorfälle im Bundesland und veröffentlicht einzelne Vorfälle in Absprache mit den Betroffenen auf ihren Social-Media-Kanälen. Dabei entscheiden allein die Betroffenen, was mit ihren Informationen geschieht.

RIAS NRW erfasst jede Form des Antisemitismus, dazu zählen: Post-Schoa-Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus, antisemitisches Othering und anti-judaistischer Antisemitismus. Antisemitische Inhalte im Internet werden als Vorfall aufgenommen, wenn diese direkt an Personen adressiert sind.

Die Grundlage für die Bewertung antisemitischer Vorfälle sind die Arbeitsdefinitionen der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu Antisemitismus sowie zur Leugnung und Verharmlosung der Schoa.

Häufig wünschen sich meldende Personen eine erste Einordnung des Vorfalls durch den oder die Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin der Meldestelle. In enger Absprache mit der meldenden Person werden je nach Fall Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und – bei Möglichkeit – konkrete Unterstützung angeboten. Sofern dies ausdrücklich gewünscht ist, stellt die Meldestelle im Rahmen der Verweisberatung den Kontakt zu spezialisierten Beratungsstellen wie SABRA (in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf) und ADIRA (in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund) her. Grundlegende Zielsetzung ist es, als vertrauensvolle Anlaufstelle für Betroffene zu fungieren und diese in ihrer Position zu stärken.

Die so gewonnenen Erkenntnisse werden von der Wissenschaft, von Sicherheitsbehörden und für die Konzeption von Bildungs- und Begegnungsprojekten verwandt und dienen dem Schutz der jüdischen Community genauso wie der Prävention und der Wahrung der Demokratie.

2. Auszeichnung für die Beauftragte: Preis für Zivilcourage der Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz e.V.²²

Die Beauftragte wurde am 25. Januar 2024 mit dem Preis der Preis für Zivilcourage, Solidarität und Toleranz der Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz e.V. ausgezeichnet. Mit diesem Preis wurden ihr Engagement und ihre Arbeit als Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen gewürdigt. In seiner Rede hob der Vorsitzende der Jülicher Gesellschaft, Herr Spelthahn, die Arbeit der Beauftragten mit Zeitzeugen und ihr gemeinsames Buch mit Margot Friedländer „Ich tue es für Euch“ hervor.



v.l. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Timo Ohrndorf, Ministerpräsident a.D. MdB Armin Laschet, Heinz Spelthahn, Martina Blümling, MdB Thomas Rachel
Foto: Büro ASB NRW

Ministerpräsident a.D. MdB Armin Laschet unterstrich in seiner Laudatio ihr lebenslanges Wirken für die Freiheitsrechte im Spannungsverhältnis mit Sicherheit bis hin zu ihren erfolgreichen Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Sich gegen Antisemitismus einzusetzen heißt immer auch für Demokratie zu kämpfen, für die Menschenwürde aller – das höchste Gute in unserer Gesellschaft.“

²² Mehr zur Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz e.V.: <http://www.juelicher-gesellschaft.de/index.html>

Zusammen mit der Beauftragten wurde Friederike Görtz²³ ausgezeichnet, die während der NS-Diktatur als Kind mit ihrer Mutter im sog. „Judenhaus“ des Kreises Jülich in der Villa Buth untergebracht war und von engagierten Menschen aus Mönchengladbach gerettet wurde. Sie ist die einzige Überlebende der aus der Villa Buth Deportierten. Ihr Laudator war Timo Ohrndorf, der 2018 die Villa Buth und die mit ihr verbundenen Schicksale wieder in die Öffentlichkeit brachte. Die Jülicherin Friederike Görtz engagiert sich mit Gesprächen und Interviews über ihr persönliches Schicksal gegen das Vergessen, gegen Antisemitismus und für Toleranz. Die Preisverleihung fand anlässlich des Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz in der Jülicher Schlosskapelle statt. Den Preis nahm stellvertretend ihre Tochter mit einer bewegenden Dankesrede entgegen.

²³ WDR Interviews mit Friederike Görtz finden Sie hier: <https://www1.wdr.de/dossiers/kindheit-im-krieg/video-als-mein-juedischer-stiefvater-abgeholt-wurde-war-ich-auch-froh-100.html>

3. Schwerpunkte

Das Jahr 2024 war für die Beauftragte weiterhin stark geprägt von den aktuellen Entwicklungen und den Auswirkungen des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Ein besonderer Fokus lag auf dem Austausch mit bewährten Partnern und der Stärkung etablierter Netzwerkstrukturen in Politik und Zivilgesellschaft sowie dem vielfältigen und breit gefächerten Dialog mit Politik und Akteuren der Zivilgesellschaft. Der Wechsel in der Person der Beauftragten zu Staatsministerin a.D. Sylvia Löhrmann brachte zum Ende des Jahres zahlreiche Antrittsbesuche und -gespräche mit sich, wobei die Beauftragte auf ein breites Netzwerk und gut etablierte Kontakte auch aus dem Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland²⁴“ zurückgreifen konnte.

3.1 Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (im Folgenden: BLK)

Die „Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ (BLK) hat am 18. September 2019 ihre Arbeit aufgenommen. In der Kommission werden die Länder durch ihre Antisemitismusbeauftragten vertreten.

Das Gremium steht unter dem gemeinsamen Vorsitz des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, und einer oder einem jeweils wechselnden Co-Vorsitzenden des Bundeslandes, das den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz führt. Sachsen²⁵ hat zurzeit den Ko-Vorsitz inne, zuvor Hessen²⁶.



Das Bild zeigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BLK Sitzung im März 2025 in Dresden
Foto: Sächsisches Staatsministerium für Kultus

²⁴ Die Beauftragte wirkte als Generalsekretärin des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ an der Umsetzung des Festjahres mit.

²⁵ Hinweis: Dr. Thomas Feist, Beauftragter für jüdisches Leben; zum 1. Oktober 2025 wechselt der Vorsitz turnusmäßig, und Rheinland-Pfalz wird den Vorsitz der BLK übernehmen.

²⁶ Bis Mitte 2024: Uwe Becker, Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen und zugleich Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus des Landes Hessen

Etwa 80 Prozent der Handlungsfelder bei der Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland liegen in der Zuständigkeit der Länder: Bildung, Prävention und Interventionsmöglichkeiten im Schul- und Universitätsbereich – auch Forschungsvorhaben an Universitäten – sowie der Großteil der polizeilichen Präventionsmaßnahmen, Angelegenheiten der Strafverfolgung und des Strafvollzugs; außerdem die Bereiche Kultur, Religion und Kirche. Deshalb ist die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Ländern von hoher Relevanz. Der Austausch über Maßnahmen, Konzepte und Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und das gemeinsame Handeln sind essenziell.

Nordrhein-Westfalen arbeitet intensiv in diesem Gremium mit und ist ein geschätztes Mitglied der BLK, das z.B. mit seinen kommunalen Fachtagen zum Thema Antisemitismus beispielgebend für andere Bundesländer ist.

Die BLK tagt zweimal im Jahr: Eine Sitzung findet in Berlin, eine am Ort des Ko-Vorsitzes statt. Dazwischen erfolgt der Austausch digital.

Die BLK hat sich in ihrer Satzung insbesondere folgende Aufgaben gegeben:

- den gegenseitigen Informationsaustausch über Maßnahmen des Bundes und der Länder zu pflegen;
- die gesellschaftliche Einordnung und Diskussion des Phänomens Antisemitismus zu befördern;
- Empfehlungen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens zu geben;
- mit Empfehlungen und Anregungen zur Erinnerungsarbeit und zum Gedenken an die Shoah beizutragen;
- Vorhaben von überregionaler Bedeutung im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und dem Schutz jüdischen Lebens anzuregen und ggf. gemeinsam vorzubereiten;
- den internationalen Austausch in der Bekämpfung des Antisemitismus zu pflegen.

Es hat sich insbesondere in der Zeit nach dem 7. Oktober 2023 als ausgesprochen hilfreich erwiesen, sich im BLK-Kreis über regional auftretende antisemitische Vorfälle und Aktionen wie z.B. dem Umgang mit sog. „Protestcamps“ austauschen zu können sowie gemeinsam schnell und zielgerichtet auf aktuelle Entwicklungen und Vorfälle reagieren zu können.

Die BLK entsendet aus dem Kreis ihrer Mitglieder Vertreterinnen und Vertreter in die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Antisemitismus²⁷ der Kultusministerkonferenz, des Zentralrats der Juden und der Bund-Länder-Kommission.

Um Antisemitismus in Schulen entgegenzutreten zu können und Lehrkräfte handlungsfähig zu machen, müssen vor allem die Lehrkräfte für das Thema sensibilisiert sein und ein entsprechendes Wissen haben. Eine verpflichtende Befassung mit dem Phänomen Antisemitismus – in all seinen Facetten – muss in der Lehrerbildung etabliert werden.

Auf der BLK-Novembersitzung 2024 in Berlin wurde die Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen durch den BLK-Vorsitz eingeladen, als neues Mitglied die BLK in der o.g. AG Antisemitismus zu vertreten und hat dieser Bitte gern entsprochen und die Gremienarbeit bereits begonnen, in engem Austausch mit den zuständigen Fachressorts in Nordrhein-Westfalen.

²⁷ Eingerichtet zur Umsetzung der Gemeinsame(n) Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ aus Juni 2021 s. https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_06_10-Gemeinsame_Empfehlung-Antisemitismus.pdf

3.2 Justiz und Polizei

Für die Verfolgung antisemitischer Straftaten ist es unerlässlich, Umstände, die auf eine antisemitische Tat hindeuten, schnell erfassen und einordnen zu können, damit eine angemessene Beurteilung der Sach- und Rechtslage sowie ggf. eine strafrechtliche Ahndung des betreffenden Vorfalls möglich wird.

Antisemitismus zeigt sich nicht nur offen, sondern, wie jüngste Studien zeigen, zunehmend auch verklausuliert, durch Verwendung von Symbolen wie z.B. des roten Dreiecks der Hamas²⁸ oder roter Hände²⁹-Codes und Emojis, die sich nicht auf Anheb als antisemitisch erschließen, wenn man nicht über das entsprechende Vorwissen verfügt oder alltäglich mit der Thematik befasst ist.

Es ist ein stetes Petitum der Beauftragten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Justiz, Strafverfolgungs- und auch Strafvollzugsbehörden kontinuierlich zu schulen und fortzubilden, um sie zu befähigen, antisemitischen Vorfällen und Straftaten angemessen zu begegnen und sie beurteilen zu können.

3.2.1 Verbot von Palästina Solidarität Duisburg (Mai 2024)

Nach den Vereinsverboten für die Hamas und das internationale Netzwerk „Samidoun – Palestinian Solidarity Network“ in Deutschland³⁰ sowie die Auflösung von „Samidoun Deutschland“ vom 2. November 2023, verbot das nordrhein-westfälische Ministerium des Innern am Donnerstag, den 16. Mai 2024, die Gruppierung „Palästina Solidarität Duisburg“³¹.

Zur Begründung wurde ausgeführt, bei „Palästina Solidarität Duisburg“ handele es sich um eine Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, schwerpunktmäßig in Duisburg, aber auch überregional Palästina-Solidaritätsarbeit zu leisten, indem sie die Befreiung Palästinas in den Grenzen von 1947 und damit vor der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 anstrebt. Hierbei solidarisiert sich die Gruppierung ausdrücklich mit dem palästinensischen Widerstand in allen Formen, womit auch der bewaffnete Kampf der Terrororganisation Hamas gegen Israel einbezogen wird³².

Innenminister Herbert Reul erklärte dazu: „Dieses Verbot³³ kommt zur richtigen Zeit und setzt das richtige Zeichen. In vielen Fällen verbirgt sich hinter der Solidarität mit Palästina nichts anderes als

²⁸ mit dem diese ihre Ziele markiert und das zunehmend Verwendung als Graffiti oder als Markierung vermeintlicher Israelunterstützer in den sozialen Medien Verwendung findet s. https://democ.de/zsg_blogindex/das-rote-dreieck-hamas-pal%C3%A4stina-israel/; <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/ein-dreieck-ist-keine-wassermelone/>

²⁹ die auf die brutale Ermordung zweier Israelis anspielen, bei denen einer der Täter einer jubelnden Menge seine blutigen Hände zeigte s. dazu: <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/die-roten-haende/>; <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/hamas-dreieck-diese-antisemitischen-symbole-sind-ueberall-zu-finden-100.html>

³⁰ Pressemitteilung des Bundesministerium des Inneren und für Heimat, Vereinsverbote „HAMAS“ und „Samidoun“, 02.11.2023 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html>

³¹ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/innenministerium-verbietet-gruppierung-palaestina-solidaritaet-duisburg>

³² Vgl. https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2024/61_241115/index.php

³³ „Der Verein „Palästina Solidarität Duisburg“ wurde nach Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Satz 1, Alt. 3 des Vereinsgesetzes verboten und aufgelöst, da er sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Demnach ist es künftig verboten, Ersatzorganisationen für den Verein „Palästina Solidarität Duisburg“ zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisation fortzuführen.

Ebenso ist es verboten, Kennzeichen des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg“ für die Dauer der Vollziehbarkeit des Verbots öffentlich, in einer Versammlung oder in einem Inhalt (§ 11 Absatz 3 des Strafgesetzbuches), der verbreitet wird oder zur Verbreitung bestimmt ist, zu verwenden.

Die Internetauftritte sind verboten und abzuschalten. Das Vermögen des Vereins wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen eingezogen.“ s. https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=0&print=1&menu=0&anw_nr=1&gld_nr=%201&ugl_nr=1000&val=2024&ver=10&aufgehoben=N&keyword=&bes_id=53306&typ=Kopf

Judenhass – so wie bei der heute verbotenen Organisation. Wir nutzen alle juristischen Möglichkeiten, um Antisemitismus und ideologische Terrorunterstützung auszutrocknen. Der Staat hat heute klare Kante gegen Extremismus gezeigt.“³⁴

Die ideologische Ausrichtung von „Palästina Solidarität Duisburg“ ist durch ein antiisraelisches und antisemitisches Weltbild geprägt. Der Verein verbreitet öffentlich in Versammlungen und über seine Social-Media-Kanäle antisemitisches Gedankengut, indem er antisemitische Narrative verwendet und so Ressentiments gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Jüdinnen und Juden allgemein schürt. Der Verein hetzt kontinuierlich gegen den Staat Israel und macht diesen allein verantwortlich für den Nahostkonflikt. Der Verein trägt Hass und Gewalt in das Verhältnis von Israelis und Palästinensern hinein und gefährdet nicht zuletzt auch Leib und Leben der in Deutschland lebenden israelischen Bürgerinnen und Bürger sowie von Jüdinnen und Juden. Insbesondere die geistige Unterstützung der HAMAS beeinträchtigt das friedliche Miteinander der Völker. Seit seiner Gründung wirbt der Verein offen für das Ziel der „Befreiung Palästinas vom Mittelmeer bis zum Jordanfluss“, womit de facto die Vernichtung des Staates Israel gefordert wird. „Palästina Solidarität Duisburg“ pflegt Verbindungen zu gleichgesinnten Vereinigungen, insbesondere zu der in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 2. November 2023 verbotenen Vereinigung „Samidoun“³⁵.

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster hat den Eilantrag des Vereins auf vorläufige Aussetzung des Verbots am 15. November 2024 abgelehnt. Der Beschluss ist unanfechtbar³⁶. „Palästina Solidarität Duisburg“ bleibt verboten.

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 hatte „Palästina Solidarität Duisburg“ zu einer der ersten pro-palästinensischen Demonstrationen in Deutschland aufgerufen³⁷.

3.2.2 Antisemitismusbeauftragte bei den (General-)Staatsanwaltschaften

Die im April 2022 eingesetzten 22 Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen waren eine wichtige von der Beauftragten initiierte Neuerung. Für die strafrechtliche Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten ist es unerlässlich, Umstände, die auf eine antisemitische Tat hindeuten, schnell zu erfassen und einordnen zu können. Dazu bedarf es in besonderem Maße fachspezifischer Expertise, denn der antisemitische Kontext ist nicht immer direkt zu erkennen. Hier sollen die Beauftragten mit ihrem Wissen helfen, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen zu identifizieren und strafrechtlich bewerten zu können.

Sie stehen auch als Ansprechpersonen für Betroffene zur Verfügung.

Die Beauftragten bei den Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen stehen in kontinuierlichem Kontakt mit den jüdischen Gemeinden, auch um das Vertrauen von Betroffenen in die Justiz zu stärken.

³⁴ S. Pressemitteilung vom 16. Mai 2024; <https://www.land.nrw/pressemitteilung/innenministerium-verbietet-gruppierung-palaestina-solidaritaet-duisburg>

³⁵ s. <https://www.land.nrw/pressemitteilung/innenministerium-verbietet-gruppierung-palaestina-solidaritaet-duisburg>

³⁶ S. https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2024/61_241115/index.php

³⁷ S. https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/verein-palaestina-solidaritaet-duisburg-bleibt-verboten_aid-121152177

In Gesprächen von Sabine Leutheusser-Scharrenberger mit den Jüdischen Gemeinden vor Ort, aber auch mit Betroffenen, wurde deutlich, wie vertrauensbildend die Einsetzung der 22 Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen war und wie sehr diese Neuerung wertgeschätzt wird. Dennoch werden noch immer viele Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht.³⁸

Der Leitfaden „Antisemitische Straftaten erkennen und konsequent verfolgen“ der Generalstaatsanwaltschaften Düsseldorf, Köln und Hamm bietet bei der Erkennung von antisemitischen Stereotypen und Handlungen eine Hilfestellung und hilft zugleich antisemitische motivierte Straftaten leichter zu entschlüsseln.

3.2.3 Polizei

Bereits am 13. Oktober 2023 hat das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen per Erlass mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog auf die möglichen einsatzfachlichen Problemstellungen im Kontext von Versammlungen anlässlich des Nahostkonflikts vorbereitet. Ziel ist, dass Polizeikräfte im Einsatzfall vor Ort schnell reagieren können.

Um handlungssicher zu sein, haben die Polizeikräfte nach dem 7. Oktober und insbesondere nach dem Betätigungsverbot gegen die Terrororganisation Hamas und des internationalen Netzwerks „Samidoun“ vom 2. November 2023 sowie des nun in 2024 hinzugekommenen Verbots der Gruppierung „Palästina Solidarität Duisburg“ eine Handreichung mit den nunmehr rechtsicher als Straftat zu bewertenden Symboliken erhalten und die versammlungsrechtlich mögliche Beschränkungen aufzeigt. Diese Handreichung wird regelmäßig an die aktuelle Rechtsprechung angepasst und vor dem Hintergrund neu auftretender Phänomene in Versammlungslagen fortgeschrieben.³⁹

Eine stetige Aus-, Weiter- und Fortbildung im Bereich Antisemitismus ist dringend notwendig – für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden. Die Handreichungen erleichtern die Arbeit vor Ort, setzen für die schnelle und rechtssichere Anwendung aber ein Grundwissen voraus.

Die Beauftragte begrüßte deshalb ausdrücklich die Initiative der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster, eine Fortbildung für Polizeibeamtinnen und -beamte in Führungspositionen sowie Lehrende polizeilicher Bildungseinrichtungen „Antisemitismus als historische und aktuelle Herausforderung für Polizei und Gesellschaft“ anzubieten. Sie war bei der Auftaktveranstaltung in der NS-Gedenkstätte Villa ten Hompel in Münster zugegen, um sich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Antisemitismus als Gefahr für unsere Demokratie und die Bedeutung des Themas in der Polizeiausbildung auszutauschen.

Auf den „Thementagen Extremismus“ vor Polizistinnen und Polizisten aus Köln und Leverkusen sowie den Extremismusbeauftragten⁴⁰ der Polizei aus ganz Nordrhein-Westfalen im Februar 2024 hat die Beauftragte mit Nachdruck dafür geworben und zugleich deutlich gemacht, dass Polizei- und Sicherheitsbehörden bei aller Einsatz- und Leistungsbereitschaft den Kampf gegen Antisemitismus nicht allein gewinnen können. Die Zivilgesellschaft sei gefordert, sich engagiert gegen Antisemitismus und Extremismus in ihrem Umfeld einzusetzen.

³⁸ Vgl. Hause, Katrin u.a., Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen, 2020, Abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-07_rias-bund_sabra_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-NRW.pdf?fbclid=IwAR3jjXz4QlcpZNGfc3uccaFFQXPn6LbPMXj2KXCPKw_dmHCS1Tzk0_9SNHo

³⁹ Vgl. Landtags-Drs. 18/8025, Antwort auf große Anfrage 15 Landtags-Drs. 18/6697.

⁴⁰ Seit 2020 verfügt jede der 50 Polizeibehörden Nordrhein-Westfalens über einen Extremismusbeauftragten oder eine Extremismusbeauftragte. Diese agieren bei Verdachtsfällen nach innen und sind Ansprechpartner außerhalb der hierarchischen Strukturen.

In weiteren Gesprächen u.a. mit dem Präsidenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Martin Borntäger stand die Beauftragte in engem Austausch u.a. zum Thema Antisemitismusprävention in der Ausbildung.

3.2.4 Konsequente Anwendung des Rechts

Es gibt schon jetzt wirkungsvolle Gesetze. Die effektive strafrechtliche Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland scheitert bislang weniger an fehlenden Strafgesetzen oder deren viel diskutierte angeblicher Lückenhaftigkeit, sondern an der nicht ausreichenden Anwendung des geltenden Strafrechts durch Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte⁴¹. Dies hat vielfältige Gründe, zu denen oft auch die fehlende Kenntnis über den antisemitischen Kontext einer Straftat gehören kann.

Nach wie vor werden nicht alle antisemitischen Vorfälle und Straftaten zur Anzeige gebracht, zu viele Täterinnen und Täter bleiben straflos und müssen sich für ihre Taten nicht verantworten. Oft geschieht dies, weil Betroffene Angst vor Hass, Hetze und Gewalt der Beschuldigten haben. Deshalb ist es der Beauftragten ein stetes Anliegen, dass Betroffene durch die Behörden darüber aufgeklärt werden, dass eine Anzeige mit anschließendem Ermittlungsverfahren nicht dazu führen muss, dass sein oder ihr Name nebst Adresse in der Ermittlungsakte niedergelegt wird und bei Akteneinsichtnahme durch den Rechtsbeistand eines Beschuldigten nicht auffindbar wäre.

3.3 Schule und Bildung

Politischer Extremismus spricht zunehmend Jugendliche an: „Wir sehen immer jüngere Menschen, die sich online radikalisierten, angeleitet werden und mitunter zu Aktionen übergehen“, so der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Sinan Selen bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2024 mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt⁴².

Deshalb ist es auch für den Bereich in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit umso wichtiger, möglichst früh⁴³ zu beginnen und im schulischen Kontext mit Bildungsangeboten zur Demokratiebildung junge Menschen früh stark zu machen gegen antisemitische Vorurteile und Stereotype.

Der Schule kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn in den Schulen kommen Kinder und Jugendliche aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, mit den unterschiedlichsten religiösen Überzeugungen und Weltanschauungen zusammen. Nirgendwo sonst gibt es die Chance, eine so heterogene Gruppe Kinder und Jugendlicher zu erreichen. Die Herausforderungen werden nicht kleiner, denn gerade der 7. Oktober 2023 und der andauernde Nahostkonflikt sorgen nach wie vor für emotionalisierte Debatten auf den Schulhöfen und im Klassenzimmer.

Die Beauftragte hat sich deshalb zu Jahresbeginn mit der Ministerin für Schule und Bildung, Dorothee Feller, darüber ausgetauscht, mit welchen Angeboten Lehrkräfte in diesem Spannungsfeld insbesondere bei der Thematisierung des Nahostkonflikts unterstützt werden können und zugleich in weiteren Gesprächen und bei Schulbesuchen immer wieder betont, dass es von Seiten der Lehrkräfte bei antisemitischen oder israelfeindlichen Äußerungen keine Neutralität geben kann.

⁴¹ Vgl. Prof. Dr. Ulrike Lembke, Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 15. Januar 2024, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/988154/d426cab692639720f0c16b7f7ee24942/Stellungnahme-Lembke.pdf>

⁴² <https://www1.wdr.de/nachrichten/verfassungsschutzbericht-jugendliche-extremismus-100.html>

⁴³ Ein Beispiel ist das Austauschprogramm der Dortmunder Berswordt-Europa-Grundschule, das im nachfolgenden Interview von der Schulleiterin Anette König vorgestellt wird.

Mit der Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Ina Brandes, und der Ministerin für Schule und Bildung, Dorothee Feller, stand die Beauftragte 2024 in engem Austausch zu der Frage, wie der Beschluss⁴⁴ der Kultusministerkonferenz für die Verankerung des Themas Antisemitismus in der Lehrkräfteausbildung für Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden kann. Wie bereits oben erwähnt, wurde die Beauftragte seitens der BLK in die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Antisemitismus⁴⁵ der Kultusministerkonferenz, des Zentralrats der Juden und der Bund-Länder-Kommission entsandt.

Sie hat die Gremienarbeit bereits begonnen, steht in engem Austausch mit den zuständigen Fachressorts in Nordrhein-Westfalen und hofft, dass die Beratungen zeitnah zum Abschluss gebracht werden können.

Die Beauftragte wirbt kontinuierlich dafür, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler Nordrhein-Westfalens während ihrer Schulzeit NS-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte besuchen⁴⁶ und wirbt zugleich für eine Erinnerungskultur, die Medien und Formate nutzt, über die gerade auch jungen Menschen erreicht werden.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für digitale Erinnerungskultur ist der virtuelle Rundgang⁴⁷, den die Stiftung Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau⁴⁸ entwickelt hat und mit dem man in Begleitung eines Live-Guides vor Ort die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau virtuell besichtigen kann. In den Rundgang eingebundene digitale Zeitzeugenberichte verdeutlichen, zu welcher Menschenverachtung und Brutalität Menschen in ihrem Rassenwahn fähig waren.

Deshalb hat die Beauftragte 2024 aus ihrem Budget Mittel bereitgestellt, um nordrhein-westfälische Schulen bei ihrer Präventionsarbeit gegen Antisemitismus zu unterstützen und Schulklassen aus Nordrhein-Westfalen den virtuellen Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau zu ermöglichen. Die Europaschule Bornheim war eine der Schulen, die von dem besonderen Präventionsangebot der Beauftragten für Schulen Gebrauch machte.

Gemeinsam mit der Ministerin für Schule und Bildung, Dorothee Feller, und dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, besuchte die Beauftragte am 25. Januar 2024 eine der ersten digitalen Führungen für Schulen in Nordrhein-Westfalen am Gymnasium Jüchen und tauschte sich anschließend mit den Schülerinnen und Schülern über das Gesehene aus. Am Folgetag nahm Ministerpräsident Hendrik Wüst mit einer Schulklasse des Georg-Büchner-Gymnasiums aus Düsseldorf in den Räumlichkeiten der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen an der digitalen Führung teil⁴⁹.

⁴⁴ Vgl. Fünften Jahresbericht der Beauftragten, Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2023, Abschnitt 3.2 „Schule und Bildung“

⁴⁵ Eingerichtet zur Umsetzung der Gemeinsame(n) Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ aus Juni 2021 s. https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_06_10-Gemeinsame_Empfehlung-Antisemitismus.pdf

⁴⁶ Auch Ministerpräsident Henrik Wüst hat dies in seiner Neujahrsansprache 2024 gefordert: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/neujahrsansprache-von-ministerpraesident-hendrik-wuest-fuer-das-jahr-2024>

⁴⁷ Informationen zu der Führung finden Sie unter: <https://www.auschwitz.org/en/museum/news/to-reach-people-in-the-most-remote-corners-of-the-world-the-launch-of-the-online-tours-of-the-auschwitz-memorial-1661.html>

⁴⁸ <http://www.foundation.auschwitz.org/>

⁴⁹ <https://www.land.nrw/startseite/ein-blick-die-unmenschlichkeit-ministerpraesident-hendrik-wuest-nimmt-mit-schulklasse>

Interview

mit Anette König, Schulleiterin

1. Seit wann gibt es den Austausch?

Der Austausch mit der Rabin-Elementary-School, Netanya, besteht seit 2016.



Wie haben Sie sich gefunden?

2002 vereinbarte die Berswordt-Europa-Grundschule die enge Kooperation mit der jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund. Herr Avichai Apel war der Rabbiner der jüdischen Gemeinde und meldete seine Kinder auf unserer Schule an. Herr Apel half der Berswordt-Europa-Grundschule, eine Partnerschule in der Partnerstadt von Dortmund, Netanya, zu finden. Das Gesuch wurde vom israelischen Ministry of Education israelweit ausgeschrieben. Herr Azad Levi, Schulleiter der Rabin-Elementary-School, Netanya, hat sich mit seiner Schule daraufhin um dieses Twin-City-Projekt beworben und den Zuschlag bekommen. Nach einem regen Email-Verkehr mit einer sehr geschützten Verbindung folgte die erste Schuldelegation der Rabin-Elementary-School im Mai 2016 der Einladung der Berswordt-Europa-Grundschule. Die Delegation umfasste 13 Schüler und Schülerinnen im Alter von 10-12 Jahren und dem Schulleiter sowie zwei Projektleiterinnen. Der Aufenthalt dauert 5 Tage von Sonntag bis Donnerstag. Die jüdische Kultusgemeinde verpflegte die Delegation mit dem koscheren Essen und stellte die Security.

2. Welches sind und waren die größten Herausforderungen, was die schönsten Momente?

Die größte Herausforderung für eine Grundschule ist die Gewinnung des Vertrauens der Erziehungsberechtigten, ihre jungen Kinder auf eine Flugreise nach Netanya, Israel, zu schicken. Es geht besonders um die Frage der Sicherheit der Kinder während der Reise, während des Aufenthaltes in Israel und während des Austauschprogrammes. Hilfreich ist dabei das Angebot an die Erziehungsberechtigten, ihre Kinder auf dieser Schulfahrt zu begleiten. Damit stellt sich die Finanzierung der Austausche für die Eltern als Herausforderung dar. Die Berswordt-Europa-Grundschule hat den Verein für den deutsch-israelischen Austausch für eine finanzielle Unterstützung der Erziehungsberechtigten gewinnen können.

Die nächste Herausforderung ist die Einreise und Ausreise nach Israel wegen der genauen und sehr besonderen Grenz- und Zollkontrollen. Da die Berswordt-Europa-Grundschule neben israelischen und deutschen Kindern auch Kinder anderer Staatsangehörigkeiten mit in die Delegation aufnimmt, müssen alle Vorschriften für erforderliche Einreisebestimmungen/ Visa beachtet werden. Zum Beispiel musste ein Schüler aus Tadschikistan, mit einem Aufenthaltstitel für Deutschland, sein Visum in der israelischen Botschaft in Berlin abholen. Seine Einreise nach Israel war damit kein Problem. Seine Wiedereinreise nach Deutschland schon.

Gott sei Dank hatte der Vater ein Foto vom Aufenthaltstitel auf mein Handy geschickt, sodass ich den Jungen nach langer Wartezeit durch die Grenzkontrollen nach Deutschland begleiten konnte. Bei dieser gemischten Delegation müssen aber die Kinder in Israel am Flughafen durch verschiedene Passkontrollen gehen. Dafür benötigten wir mehr Erwachsene, die mit den Grundschulkindern durch diese Passkontrollen gehen konnten. Hilfreich sind die israelischen Erziehungsberechtigten, die sich mit den Grenzkontrollen bestens auskennen.

Bei der Ein- und Ausreise ist es wichtig, Geduld und Ruhe zu bewahren und dass der Leiter der Delegation auf die zahlreichen Fragen der Grenzkontrolleure und der Security antwortet. Eine Einstimmung der Kinder auf diese Situation ist unausweichlich.

Diese Herausforderungen sind mit guter Vorbereitung zu meistern und auch für die Kinder spannend.

Die schönsten Momente erleben wir in der persönlichen Begegnung mit unseren inzwischen befreundeten Lehrkräften, der Schulleiterin und den Kindern der Schule. Es geht gleich bei der Ankunft am Flughafen los, wenn die Lehrkräfte der Rabin-Elementary-School uns freundlich empfangen, dort abholen und nach Netanya fahren. Dort übernachten wir in einem Hotel direkt am Strand. Der Blick auf die Küste und den Strand ist das erste Highlight.

Das ansprechende Programm der Rabin-Elementary-School für die Kinder, Lehrkräfte und Eltern überzeugt bei jedem Austausch.

Unsere Kinder tauchen immer ein in die Schulgemeinde, können sich auf Russisch oder Englisch oder Hebräisch problemlos verständigen und genießen den Unterricht, die besondere Pause und die Ausflüge mit der Rabin-Elementary-School. Unsere gemeinsamen Projekte – Garten und Musik/Tanz – bringen uns viel Freude und Innovation. Als Gastgeschenk brachten wir zum Beispiel im Mai 2023 Rosenstämme deutscher Rosen für den Schulgarten der Rabin-Elementary-School mit und pflanzten sie mit den Partnerkindern im Schulgarten ein. Wir bringen uns gegenseitig Folklore – oder Pop-Tänze bei und singen und musizieren zusammen. Die Gastfreundschaft unserer Partner ist überwältigend. Es ist deutlich zu spüren, wie sich unsere Freunde, Schulleiterin, Lehrkräfte, Verantwortliche der Ämter über den Austausch freuen und sich dadurch geehrt fühlen.

Beim letzten Austausch im Mai 2023 besuchten uns am Strand in Netanya ehemalige Schüler der Berswordt-Europa-Grundschule mit ihren Eltern, die inzwischen in einem Kibbuz in Israel leben. Mitarbeitende unserer OGS, die inzwischen in Israel leben, trafen wir auf dem großen Platz in Netanya. Besonders nachhaltig bleibt unser Kontakt zu den Lehrkräften und der Schulleiterin über E-Mail oder WhatsApp-Nachrichten. Die Kinder pflegen ihre Freundschaften ebenfalls per Whatsapp. Diese Freundschaften leben wieder auf, wenn der Austausch stattfindet. Stets verabschieden wir uns mit der Aussicht, sich bald in Deutschland oder Israel wiederzusehen.

Der 7.10.2023 änderte dann alles.

Der Gegenbesuch der Delegation der Rabin-Elementary-School im Dezember 2023 zur Eröffnung des neuen Schulgebäudes der Berswordt-Europa-Grundschule musste durch eine Videobotschaft der Schulleiterin ersetzt werden, weil kein Austausch mehr erlaubt ist.

Die Botschaften, kleinen Nachrichten an die Schulleiterin gewannen an Bedeutung. Mein Mitgefühl, das Gefühl des Getragenseins, aber auch Mut, Zuversicht, Hoffnung und Kraft zu vermitteln, war mein Bestreben. Die fröhlichen Projekte der Berswordt-Europa-Grundschule anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes haben wir verfilmt und der Schulleiterin zugemailt bzw. zugeschickt. Sie sollte diese Filme ihren Kindern zeigen, sobald sie wieder in der Schule waren. Das Projekt „Trommelzauber“ trommelten die Kinder in der Schule nach. In der Pause tanzten sie zu unserem Film über unsere Choreografie zu „Globus“, die die Kinder an verschiedenen Orten von Dortmund zeigten. Damit bekamen die Kinder in Israel einen kleinen Überblick über verschiedene Lokalitäten in der Partnerstadt Dortmund und der Berswordt-Europa-Grundschule. Dieser intensive Kontakt zwischen den Schulleiterinnen hält bis heute

an und ist getragen von der Hoffnung, sich in Israel bald wiederzusehen. In der Zwischenzeit breiten die Twin-City-AGs beider Schulen den Kontakt über Videokonferenzen vor.

3. Welchen Beitrag können Begegnungsprogramme zum Abbau von Vorurteilen und zur Antisemitismusprävention leisten?

Der persönliche Austausch, die menschliche Begegnung sind die beste Möglichkeit, die andere Kultur, den anderen Menschen, kennen und verstehen zu lernen. Die Kinder haben einen besonderen Zugang, der sehr persönlich, sehr offen und von Neugierde geprägt ist. Sie leben und trauen ihren Emotionen und begegnen sich unvoreingenommen. Unsere Kinder zeigten keine Scheu, spielten, tanzten, sangen und sprachen mit den Kindern der Partnerschule ohne nach Herkunft, Religion oder Ansichten zu fragen. Sie waren als Freunde gekommen und sind als Freunde empfangen worden.

4. Was können Erwachsene von den Kindern in diesem Zusammenhang lernen?

Die zum Teil sehr besonderen Lebensumstände selbst mitzuerleben, nachvollziehen zu können, ändert die Blickweise der Mitreisenden und eröffnet ihnen ein breites Verständnis für ein friedliches, respektvolles Miteinander, ganz im Sinne von Margot Friedländers Appell „Seid Menschen“. So zeigen und leben es unsere Kinder in diesem TwinCity-Projekt. Ihre Freude, ihre Unverkrampftheit, ihre Offenheit und ihre Neugierde und ihre Menschlichkeit können ein Vorbild für die Erwachsenen sein.

Den anderen zu verstehen, ist die Voraussetzung für ein respektvolles Zusammenleben.

3.4 Erinnerungskultur: Gedenkstättenbesuche – regional und virtuell

80 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus gibt es nicht mehr viele Menschen, die direkt für die Gräueltaten der Nationalsozialisten verantwortlich waren oder sie geduldet haben – aber die Verantwortung, daran zu erinnern, bleibt – gerade, aber nicht nur in Deutschland.

Für viele Menschen, gerade auch die junge Generationen, ist es zweifellos schwierig, sich das ungeheure Geschehen und die millionenfachen Morde und Gräueltaten des Nationalsozialismus vorzustellen. Zudem haben viele Menschen in Nordrhein-Westfalen ihre Wurzeln in anderen Ländern und stellen sich nicht selten die Frage, was dieses Thema mit ihnen zu tun hat und warum sie sich an diese Zeit erinnern und mit ihr intensiv auseinandersetzen sollen.

Gedenkstättenbesuche sind ein wesentliches Element, um Schülerinnen und Schülern über die Zeit des Nationalsozialismus zu informieren und ihnen zu verdeutlichen, wozu Hass und Hetze menschenverachtender Ideologien führen können. Gerade die Auseinandersetzung mit regionaler Geschichte und lokalen Ereignissen und Einzelschicksalen mit Bezug zum Heimatort kann das Geschehen „fassbarer“ machen und zugleich vor den Gefahren von Intoleranz und Antisemitismus mahnen. Eine gute Vor- und Nachbereitung ist bei Gedenkstättenbesuchen vor Ort, wie auch bei virtuellen Besuchen, essentiell.

Die 29 NS-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen⁵⁰ leisten u.a. mit Führungen, Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen hervorragende Arbeit auf diesem Gebiet und verbinden authentische Orte des NS-Unrechts mit einem Heimatbezug.



Quelle: Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum Köln

⁵⁰ Nähere Informationen über ihre Arbeit und aktuelle Projekte finden Sie auf der Seite des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte in NRW e.V. <https://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw>

Die Beauftragte macht sich deshalb dafür stark, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler Nordrhein-Westfalens während ihrer Schulzeit NS-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte besuchen⁵¹.

Erinnerungskultur darf nicht statisch sein, sie muss mit der „Zeit“ gehen und z.B. Medien und Plattformen, Online-Formate und Veranstaltungen nutzen, über die sie die Menschen, gerade die jungen Menschen, erreicht.



Foto: Büro ASB NRW

⁵¹ Auch Ministerpräsident Henrik Wüst hat dies in seiner Neujahrsansprache 2024 gefordert: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/neujahrsansprache-von-ministerpraesident-hendrik-wuest-fuer-das-jahr-2024>

Interview

mit Andreas Stahl, Leiter der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (Teil von RIAS NRW)



Foto: Matthias Link

Was gehört zu Ihrem Aufgabengebiet als Leiter der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen?

Meine Stelle beinhaltet ein breites Aufgabengebiet, das von Vernetzung bis zu Intervention reicht. Zu Beginn meiner Tätigkeit war es erst einmal wichtig, Kontakt zu Hochschulen, etwaigen Beauftragten, jüdischen Hochschulgruppen und -verbänden sowie Hochschulangehörigen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen, aufzubauen. Gleichzeitig wurde ich angesichts der massiven Anzahl antisemitischer Vorfälle im Sommersemester 2024 in NRW natürlich unmittelbar ins Geschehen geworfen. Hierbei ist vor allem wichtig, eine Anlaufstelle für Betroffene zu bieten und in

Abstimmung mit diesen auf konkrete Vorfälle zu reagieren. Das impliziert Gespräche mit Hochschulvertretern, Öffentlichkeitsarbeit und die Planung sowie Durchführung von Aufklärungsmaßnahmen in Form von Bildungsformaten zu konkreten Themen antisemitischer Agitation. Zudem geht es bei meiner Arbeit auch darum, im Blick zu behalten, wie die generelle Situation an den zahlreichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ist, welche Akteure sich dort wie positionieren und inwiefern die Hochschulen gegen etwaige antisemitische Eskalationen strukturell gewappnet sind. Generell ist die Zentrierung auf Betroffene wichtig, weswegen ich eng mit den jüdischen Studierenden und dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender zusammenarbeite. Für die Arbeit mit den Betroffenen ist es besonders wichtig, dass ich in meiner Arbeit relativ unabhängig agieren kann.

Wie beurteilen Sie aktuell die Situation an den NRW-Universitäten?

Ich denke, dass die Situation anlässlich des anhaltenden Krieges in Gaza ähnlich angespannt ist wie im Sommersemester 2024, auch wenn sich die öffentliche Sichtbarkeit durch den Rückgang der Protestcamps etwas verringert hat. Von einer Entspannung kann jedoch keine Rede sein. Vielmehr haben sich die Aktivitäten einerseits ins Stadtgebiet verlagert, andererseits in ihrer Form verändert. Wir haben es an mehreren Hochschulen mit größeren Veranstaltungsreihen zu tun, in deren Rahmen Israel sowie der Zionismus generell dämonisiert und delegitimiert werden und es zu mehreren antisemitischen Vorfällen kommt.

Die dahinterstehenden Akteure sind gut organisiert und hoch motiviert und insofern ernst zu nehmen. Unter anderem im Rahmen der „Jewish Campus Week“ im Mai 2025 kam es an Hochschulen in NRW zu Vorfällen. Hinzu kommen Sympathien bei Teilen der Hochschulangeestellten, auch unter wissenschaftlichen Mitarbeitern, für entsprechende antiisraelische Positionen und Aktivitäten. Ein großes Problem ist zudem das verbreitete Unwissen über die Geschichte und Gegenwart des arabisch-israelischen Konfliktes sowie über grundlegende Begrifflichkeiten. Laut einer Studie der Universität Konstanz schätzt die Hälfte der Studierenden an deutschen Hochschulen Israels Vorgehen in Gaza als „Genozid“ ein. Solche Fehldeutungen, die auch ansonsten gesellschaftlich weit verbreitet sind und auch mit bedenklichen Entwicklungen in Teilen der Genozid-Forschung zu tun haben, tragen zur Dämonisierung des jüdischen Staates bei. Neben dem israelbezogenen Antisemitismus spielen aber auch der sogenannte Post-Shoah-Antisemitismus, also die Relativierung und Umdeutung der Shoah, antisemitisches „Othering“ und Alltagsantisemitismus – auch unter Hochschulangeestellten – eine Rolle in meiner täglichen Arbeit.

Welches sind Ihrer Einschätzung nach die Hauptgründe für antisemitische Vorfälle und Straftaten an NRW Hochschulen und Universitäten, und was muss getan werden, um Antisemitismus im Hochschulbetrieb und universitären Alltag entgegenzuwirken?

Der Hass auf den Staat Israel und den Zionismus als jüdische politische Souveränität sowie das dahinterstehende schräge, tendenziell jüdenfeindliche Weltbild spielen eine große Rolle. Der Großteil der von RIAS NRW dokumentierten antisemitischen Vorfälle an Hochschulen seit dem 7. Oktober betrifft den sogenannten israelbezogenen Antisemitismus. Die Gründe für die große Verbreitung dieser Ideologie sind vielschichtig. Sie existiert allerdings nicht erst seit dem 07.10.2023. Die Umdeutung und Relativierung der Shoah, die Ausblendung palästinensisch-arabischer sowie islamistischer Ideologie und Gewalt, die Subsumtion von Antisemitismus unter Rassismus und Dämonisierung sowie Delegitimierung Israels und des Zionismus gehören zum Standardrepertoire postkolonialer Theorien, wie Ingo Elbe in seinem Buch „Antisemitismus und postkoloniale Theorie“ eindrücklich zeigt. Bruno Chaouat, der im Mai 2025 auch an den Universitäten in Köln und Münster zu Gast war, beschrieb bereits 2016 in seinem Buch „Ist Theorie gut für die Juden?“, inwiefern poststrukturalistische und postkoloniale Theorieansätze, wie sie bei akademischen Stars wie Judith Butler, Michel Foucault, Edward Said, Enzo Traverso, Michael Rothberg und zahlreichen anderen zu finden sind, begrifflich nicht in der Lage sind, Antisemitismus und Antizionismus adäquat zu fassen. Vielmehr spielen sie der antizionistischen Weltanschauung in die Hände und sind somit Teil des Problems.

Hinzu kommt die auch in der deutschsprachigen Debatte verbreitete Verharmlosung des islamischen Antisemitismus. Wenn überhaupt als solcher benannt, wird er viel zu oft als vermeintliche Reaktion auf Rassismus oder Diskriminierung verklärt und nicht ernst genommen als genuines Problem. Die Studien von Günther Jikeli u.a. und dem Zentrum für islamische Theologie in Münster haben gezeigt, dass Diskriminierung für die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen keine wesentliche Rolle spielt.

Ähnliche Relativierungsstrategien existieren hinsichtlich des „progressiven“ oder linken Antisemitismus, der menschenrechtlich drapiert als „Antisemitismus des guten Gewissens“ erscheint. Es ist daher dringend notwendig, solche schiefen Bilder und systematischen Verzerrungen zu kritisieren und zu korrigieren. Radikale Aktivisten wird man damit nicht erreichen.

Doch je aufgeklärter das Bild ist, das Hochschulangehörige vom arabisch-israelischen Konflikt sowie (israelbezogenem) Antisemitismus und der damit verbundenen emotionalen Dynamik haben, desto eher ist man in der Lage, entsprechende Propaganda zu entlarven und zu verurteilen. Und desto sicherer könnten sich Jüdinnen und Juden an den Hochschulen fühlen. Zudem wäre es wichtig, dass alle Hochschulen sich, wie es die Hochschulrektorenkonferenz bereits getan hat, klar zur IHRA-Arbeitsdefinition bekennen und auf deren Grundlage entsprechende Vorfälle an Hochschulen bearbeiten. Das widerspricht im Übrigen in keiner Weise der Wissenschaftsfreiheit, da es hier nicht um legitime Forschungsfragen, sondern um den Umgang der Hochschulen mit antisemitischen Vorfällen geht.

3.5 Hochschulen

2024 war ein signifikanter Anstieg von antisemitischen Vorfällen an Hochschulen und Universitäten in Deutschland zu verzeichnen⁵². Diese Entwicklung spiegelt auch die Situation an nordrhein-westfälischen Hochschulen und Universitäten wider, wo jüdische Studierende und jüdische Dozentinnen und Dozenten aggressive propalästinensische Stimmungen, Demonstrationen, Raumbesetzungen und sog. „Protestcamps“, linksextreme antikolonialistische Narrative, Boykottaufrufe, antisemitische Äußerungen und Veranstaltungen, antisemitische Aufkleber und Graffiti wie z.B. „Happy Holocaust“ und „Juden ins Gas“⁵³ bis hin zu persönlichen Beleidigungen, Mobbing⁵⁴ und Bedrohungen erleben mussten.

Zwei Beispielfälle von der Universität Bonn:

Der von Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und der jüdischen Hochschulgruppe organisierte Vortrag des israelischen Historikers Uriel Kashi Mitte Mai 2024 zum Thema: „Zwischen innerer Zerrissenheit und neuen Gefahren: Israels Herausforderungen nach dem 7. Oktober“ musste aus Sicherheitsgründen vom Hauptgebäude der Universität Bonn zum Campus Poppelsdorf verlegt werden und wurde dennoch massiv gestört⁵⁵.

Bei einem anderen Vortrag Anfang Juni 2024 von Prof. Lars Rensmann⁵⁶ zum Thema „Die Gegenwart des Antisemitismus: Zur kritischen Analyse von Judenfeindschaft heute“ kam es im Rahmen des auf Dialog und Weltoffenheit setzenden „Festival contre le racisme“ des ASTA der Universität Bonn nach lautstarken verbalen Störungen zu einem tätlichen Angriff auf einen Zuhörer der Veranstaltung.

Jüdische Studierende erlebten die Hochschulen mehr und mehr als unsicheren Raum, besuchten z.T. nur noch Online-Vorlesungen und zogen sich aus dem Hochschulleben zurück.

Eine Mitte Juli 2024 veröffentlichte Umfrage unter den Mitgliedern des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigte das Ausmaß von Bedrohungen und Belästigungen auf, das diese nach dem 7. Oktober 2023⁵⁷ erlebten.

Dies wurde in den zahlreichen Gesprächen, die die Beauftragte 2024 mit Betroffenen führte, sehr deutlich, u.a. beim von RCDS⁵⁸ Nordrhein-Westfalen mit JSV⁵⁹ Nordrhein-Westfalen gemeinsam initiierten Austausch im nordrhein-westfälischen Landtag. Zugleich wurde oft über mangelndes Verständnis von Hochschulleitungen, aus dem Kollegium⁶⁰ sowie über mangelnde Unterstützung der „schweigenden“ Mehrheit der Studierenden berichtet.

⁵² Laut RIAS Jahresbericht 2024 eine Verdreifachung zum Vorjahr – mit 450 Vorfällen im Vergleich zu 151 (2023); https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf

⁵³ An der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf

⁵⁴ Ein besonders eklatantes Beispiel ist der Fall der ehemaligen ASTA Vorsitzenden Sharon Spievak an der Hochschule Rhein-Waal (HSRW) in Kleve: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ploetzlich-war-ich-nur-noch-die-juedin-die-man-loswerden-will/>

⁵⁵ s. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/proteste-und-stoeraktionen-bei-vortrag-eines-israelis/>; https://ga.de/bonn/stadt-bonn/camp-im-hofgarten-bonn-students-for-palestine-protestieren-gegen-uni-veranstaltung_aid-112618805

⁵⁶ Einem der verantwortlichen Forscher der „Dunkelfeldstudie“

⁵⁷ Nähere Informationen zu den Umfrageergebnissen <https://n-j-h.de/pressemitteilung-2/>

⁵⁸ Das Kürzel RCDS steht für den Ring Christlich-Demokratischer Studenten, s. <https://www.rcds-nrw.de/>

⁵⁹ Jüdischen Studierendenverband

⁶⁰ Es gab auch Solidaritätsaktionen wie die Erklärung der „Profs Against Antisemitism“ zum Text der Erklärung (s. <https://profs-against-antisemitism.de/>)

Um die Gesamtsituation an den Hochschulen angemessen beurteilen zu können, war die Inbetriebnahme der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen⁶¹ (Teil von RIAS NRW) 2024 deshalb eine wichtige Neuerung, die von der Beauftragten ausdrücklich begrüßt wurde.

Die Beauftragte steht seither mit dem Leiter der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle und mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft in kontinuierlichem Austausch zur Lage an den Hochschulen und Universitäten in Nordrhein-Westfalen.

Die Beauftragte machte sich 2024 darüber hinaus immer wieder dafür stark, an Hochschulen und Universitäten zentrale Stellen und Personen als Anlaufpunkte für Betroffene von antisemitischen Vorfällen zu benennen: Mittlerweile gibt es außer an der Universität Münster u.a. an der RWTH Aachen, der Universität Bonn, der Universität-Duisburg Essen, in Köln und auch in Düsseldorf⁶² Antisemitismusbeauftragte.

Mit dem Rektoratsbeauftragten gegen Antisemitismus an der RWTH Aachen, Prof. Dr. Dominik Groß, tauschte die Beauftragte sich unmittelbar zu Beginn seiner Amtszeit über Veranstaltungsformate für Präventionsarbeit an der RWTH Aachen aus und beriet zu der besonderen Situation mit dem sog. „Protestcamp“ der „Students for Palestine“ an der RWTH Aachen, das die RWTH zum Abbruch ihrer jahrzehntelangen Beziehungen in Forschung und Wissenschaft mit dem Technion in Haifa⁶³, Israel, (vergeblich) zu erpressen versuchte. Eine Besonderheit dabei war, dass das Camp wie auch an anderen Orten⁶⁴ ganz bewusst nicht auf dem Hochschulgelände, sondern in unmittelbarer Nähe auf städtischen Grund angesiedelt war und sich so der Ausübung des Hausrechts seitens der Hochschulleitung entzog.

Eine weitere Herausforderung für die Universitätsleitungen ist die hohe Autonomie der Fachschaften bei der Raumvergabe und der inhaltlichen Ausgestaltung von Veranstaltungsformaten, wie sich anlässlich der „Langen Nacht der Bildung“ 2024 an der Universität Münster zeigte⁶⁵, die vom Jungen Forum der DIG als „Lange Nacht des Israelhasses“⁶⁶ bewertet wurde und in deren Umfeld die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer pro-jüdischen/pro-israelische Demonstration gegen die „Lange Nacht“ ihr Demonstrationsrecht im öffentlichen Raum nur unter Polizeischutz ausüben konnten.

Auch dies ist einer der Fälle, der die Beauftragte in 2024 beschäftigte und zu denen sie im Austausch mit Betroffenen und Universitäten stand.

Universitäten sind Orte der argumentativen Auseinandersetzung, auch zum aktuellen Nahostkonflikt. Dennoch dürfen weder im Namen der Wissenschafts- noch der Meinungsfreiheit antisemitische Narrative an nordrhein-westfälischen Hochschulen und Universitäten gesellschaftsfähig werden und jüdische Studierende, Dozenten oder Forscher aus Israel boykottiert, belästigt, bedroht oder attackiert werden.

⁶¹ Die Einrichtung der Anlaufstelle für ganz Nordrhein-Westfalen geht unmittelbar auf den Landtagsbeschluss von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 29. November 2023 zurück. Er hat den Handlungsbedarf an den nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen klar benannt und festgestellt:

„Die Hochschulen müssen sich mit Antisemitismus und Israelfeindlichkeit befassen. Dazu gehören neben dem akademischen Diskurs unter anderem klare Positionierungen durch die Hochschulleitungen, niedrigschwellige Aufklärungskampagnen und die Verhinderung von Desinformationen, die Sicherstellung physischer Sicherheit für Studierende und Hochschulbeschäftigte sowie Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, ebenso wie die Bereitstellung von Beratungs- und Hilfsangeboten.“

⁶² An der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf konnte Prof. Heiko Beyer, einer der Experten der „Dunkelfeldstudie“ der Beauftragten für diese Aufgabe gewonnen werden, an der Universität Duisburg-Essen Frau Dr. Monika Hübscher, die in diesem Bericht mit einem Interview vertreten ist.

⁶³ Israel Institute of Technology

⁶⁴ Bsp. Universität Bonn: Im Hofgarten

⁶⁵ <https://www.asta.ms/aktuelles-layout?id=174>

⁶⁶ <https://ms-aktuell.de/aktuelles/lange-nacht-der-bildung-in-muenster-antisemitismusvorwurf/>

Den Universitäten kommt eine besondere Verantwortung zu, dieser Radikalisierung der Auseinandersetzung mit Wissensvermittlung und den angemessenen Formaten entgegenzuwirken. Deshalb unterstützte die Beauftragte 2024 die vom Beauftragten gegen Antisemitismus an der mit Universität Münster konzipierten Reihe von Einzelveranstaltungen und Ringvorlesungen, die sich mit verschiedenen Formaten und thematischen Fokussierungen an Studierende und Hochschulpersonal zugleich wandten⁶⁷.

Die Universität Münster hat darüber 2024 hinaus mit den „Haindorf Lectures“⁶⁸ eine Vorlesungsreihe zu Ehren des großen jüdischen Münsteraner Mediziners, Pädagogen und Sozialreformers Alexander Haindorf ins Leben gerufen, die ganz bewusst am 30. Januar stattfindet, um einen Kontrapunkt zu der mit diesem Tag üblicherweise in Verbindung gebrachten sog. „Macht-ergreifung“ 1933 zu setzen.

Die Beauftragte nahm 2024 an der Auftaktvorlesung der Haindorf Lectures teil und begrüßte ausdrücklich diese Kooperation zwischen Jüdischer Gemeinde, Beauftragten in Antisemitismusfragen der Stadt Münster sowie der Universität Münster, die Antisemitismusprävention mit Erinnerungskultur verbindet und so neue Akzente setzt.

In ihren Gesprächen u.a. mit dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz bekräftigte die Beauftragte wiederholt ihr stetes Petition für eine klare Haltung von Hochschul- und Universitätsleitungen bei eventuellen antisemitischen Bestrebungen und Aktivitäten an der jeweiligen Hochschule und forderte diese auf, dem entschlossen entgegenzutreten und schnell und entschieden Einhalt zu gebieten.

Wie das aussehen kann, zeigt ein konkretes Beispiel von der Kunsthochschule für Medien in Köln, das an die Beauftragte im November 2024 herangetragen wurde:



Die Hochschulleitung reagierte prompt, machte von ihrem Hausrecht Gebrauch und ließ das Transparent entfernen. Weitere derartige Vorfälle sind von dieser Hochschule nicht bekannt. Quelle: No Hate! CGN @watchingyou81

⁶⁷ Eine detaillierte Darstellung der Veranstaltungsreihe ist unter dem Abschnitt 5. „Geförderte Projekte“ zu finden.

⁶⁸ Nähere Informationen über <https://www.uni-muenster.de/Rektorat/haindorf-lectures.html>

Im November 2024 sprach die Beauftragte vor einem vollbesetzten Auditorium vor Studentinnen und Studenten sowie weiteren Interessierten an der Universität Siegen und diskutierte im Anschluss gemeinsam mit der Rektorin Professor Dr. Stephanie Reese mit den Anwesenden über „Antisemitismus in Deutschland: Altes Problem – aktuelle Entwicklungen – neue Herausforderungen“.



v.l. Dr. Barbara Müller-Naendrup, Rektorin Professor Dr. Stephanie Reese, Sylvia Löhrmann, Professor Dr. Petra Vogel, Katja Knoche

Foto: Universität Siegen

Moderiert wurde die Diskussion von Katja Knoche vom Haus der Wissenschaft, die den Vortragsabend organisiert hatte. Im Publikum bestand spürbar großer Redebedarf bezüglich der unterschiedlichen Aspekte vom Umgang Antisemitismus in Schulen, in der Sozialarbeit, im privaten Umfeld. Die Beauftragte war dazu klar und betonte, man müsse „Hinschauen und gegenhalten. Wir brauchen einen langen Atem und werden den Kampf gegen Antisemitismus nur mit einer aktiven Zivilgesellschaft gewinnen.“

Interview

mit Dr. Monika Hübscher, Ansprechpartnerin für die Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt an der Universität Duisburg-Essen



Foto: Patrick Pollmeier

Sie sind an der Universität Duisburg-Essen Ansprechpartnerin für die Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt und forschen zum Antisemitismus in den sozialen Medien: Welche Rolle spielt der Nahostkonflikt als Auslöser von Antisemitismus, und welchen Anteil haben soziale Medien daran?

Aus wissenschaftlicher Perspektive ist eine zunehmende Eskalation des Antisemitismus in unserer Gesellschaft bereits seit dem Aufstieg der AfD und der Coronapandemie zu beobachten. Mit dem Massaker in Südisrael im Oktober 2023 hat diese Entwicklung eine neue Stufe erreicht. Die wenigen vorliegenden Studien legen nahe, dass soziale Medien eine zentrale Rolle bei der Normalisierung und Radikalisierung von antisemitischem Wissen spielen. Sie verbreiten entsprechende Inhalte in Echtzeit, kostenlos und mit einer bislang unerreichten Reichweite. Durch Likes, Teilenfunktionen und algorithmische Mechanismen werden antisemitische Vorurteile verstärkt und extremistische Beiträge besonders sichtbar gemacht.

Hat es an der Universität Duisburg-Essen auch Protestcamps sowie antisemitische Vorfälle und Demonstrationen gegeben? Wenn ja, wie sind Hochschulleitung und Fachbereiche damit umgegangen?

Unsere Universität spiegelt die Breite der Gesellschaft wider. Der Campus lässt sich daher als eine verkleinerte Form gesellschaftlicher Realitäten verstehen. Was dort passiert, kann ebenso bei uns auftreten. Bei uns gab es keine Protestcamps, aber zwei angemeldete Demonstrationen, die von Polizei und Sicherheitspersonal begleitet wurden. Auch die Universitätsleitung war vor Ort, hat beobachtet und mit den Protestierenden über die Lage in Gaza, Israel und über Antisemitismus diskutiert. Für uns ist es erst einmal wichtig, jüdische Studierende zu schützen und zu stärken. Jüdische Studierende machen mit Antisemitismus verschiedene Erfahrungen: Es trifft nicht auf alle zu, aber für einige jüdische Studierende kann ein Gefühl von Sicherheit herzustellen ein langfristiger Prozess sein, insbesondere vor dem Hintergrund vielfacher Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir sind froh, bei solchen Prozessen von Kooperationspartnern wie OFEK e.V. professionelle Hilfe bekommen zu können.

Ich sehe es als unsere zentrale Aufgabe, mit allen Studierenden in einen anerkennenden und offenen Dialog zu treten und ihre Anliegen wahrzunehmen. Das ist eine große Herausforderung. Aber dieser Weg lohnt sich, weil wir als Universität daran arbeiten, widerstandsfähiger gegen Antisemitismus und andere Formen von Hass zu werden. Das gelingt nur in einem Diskurs, der Raum für Reflexion und Umlernen bietet. In diesem Sinne haben wir auch auf die Proteste, die es bei uns gab, reagiert.

Wie nehmen Sie als Ansprechpartnerin für die Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt aktuell die Lage an Ihrer Universität wahr? Welche Rückmeldungen erreichen Sie von jüdischen Studierenden?

Ich erlebe unsere Universität momentan als einen Ort, an dem viele das Bedürfnis haben, zu sprechen und sich auszutauschen. Gleichzeitig haben viele Angst, etwas Falsches zu sagen und dafür als antisemitisch oder einseitig abgestempelt zu werden. Diese Angst erschwert Gespräche enorm.

Von jüdischen Studierenden höre ich, dass sie sich weniger sicher fühlen. Einige zeigen ihre jüdische Identität nicht mehr offen, aus Sorge vor Anfeindungen, andere leiden unter der Angst um Familie und Freunde in Israel. Gleichzeitig berichten auch viele palästinensische Studierende von großem Leid. Einige haben Angehörige im Gazakrieg verloren und fühlen sich mit ihrer Trauer allein gelassen. Die starke gesellschaftliche Polarisierung, die Vorstellung, man kann entweder nur Pro-Israelisch oder Pro-Palästinensisch sein, zeigt sich auch auf dem Campus. Dadurch entstehen auf beiden Seiten Rückzug und Isolation. Der Raum für differenzierte Stimmen wird enger.

Dass meine Stelle bewusst keine politische Ausrichtung vertritt, wird sehr positiv aufgenommen, auch von der jüdischen Studierendenschaft, die klein, aber sehr divers ist. Dass ich als Ansprechpartnerin für alle da bin, eröffnet Diskursräume, in denen auch schwierige und konflikthafte Gespräche möglich werden.

Was sind die größten Herausforderungen, was macht Ihnen Mut?

Eine der größten Herausforderungen als Wissenschaftlerin und Ansprechpartnerin ist der Umgang mit Antisemitismus im öffentlichen Diskurs. Antisemitismus ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Wir alle wachsen in einer Kultur und Tradition auf, in der antisemitische Bilder, Narrative und Denkweisen verankert sind und weitergegeben werden. Nur wenn wir das anerkennen, können wir beginnen, uns kritisch damit auseinanderzusetzen und strukturell dagegen vorzugehen.

Die aktuelle Tendenz, Antisemitismus vor allem zu skandalisieren, führt jedoch häufig zur weiteren Polarisierung. Sie verhindert, dass sich Menschen ehrlich mit dem Thema auseinandersetzen, aus Angst, sofort verurteilt zu werden. Das hemmt nachhaltige Bildungsarbeit und die Bereitschaft zur Selbstreflexion.

Hoffnung geben mir die Menschen, die mir in meinem Arbeitsalltag begegnen und darauf bestehen, dass weder ihnen selbst noch ihrem Gegenüber die Menschlichkeit abgesprochen wird, besonders im Kontext der Debatten rund um den Nahostkonflikt. Es sind Menschen, die Verantwortung für ihr eigenes Sprechen übernehmen, die zuhören, Spannungen aushalten und daran arbeiten, Brücken zu bauen.

Hinweis: OFEK e.V. = Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
<https://ofek-beratung.de> – ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisiert ist.

3.6 Kunst und Kultur

Das Thema Antisemitismus hat 2024 in besonderem Maße die Debatte im Kunst- und Kulturbereich geprägt. Für eine breitere Öffentlichkeit ist dies durch die ausführliche Berichterstattung über den Berlinale - „Eklat“ 2024⁶⁹, der mit dem „Antisemitismus – Skandal“ 2025⁷⁰ eine Fortsetzung fand, sichtbar geworden.

Die Beauftragte hat dazu 2024 in einem Interview mit der Rheinischen Post anlässlich des Berlinale-Skandals konstatiert, „Antisemitismus sei unter Kulturschaffenden gut etabliert“⁷¹ und machte anlässlich der Mitte März 2024 vom Bundesverbands von RIAS e.V. veröffentlichten Studie „Antisemitismus bei BDS“⁷² – Akteure, Aktionsformen, Wirkungen⁷³ deutlich:

„Die BDS-Bewegung will Israel gezielt mit den Mitteln des Boykotts, der Verhängung von Sanktionen, der Totalblockade aller Kontakte und Gesprächen mit Israel überall auf der Welt isolieren und vernichten. Personen, Institutionen und Unternehmen, die Ziel solcher BDS Kampagnen sind, brauchen unser aller Unterstützung. Und es muss alles getan werden, um dem Einfluss der BDS – Vorstellungen in Institutionen wie zum Beispiel in zahlreichen Kultur-einrichtungen entgegenzutreten und ihn zu verhindern. Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Aktionen Erfolg haben, denn sie bedrohen die Freiheit und Vielfalt unserer Demokratie.“

Jüdinnen und Juden, aber auch Kulturschaffende, die sich gegen Antisemitismus und solidarisch mit Israel positionieren, machen nicht erst seit der Debatte um die documenta 15 (2022) die Erfahrung, dass Antisemitismus im Kunst- und Kulturbereich kein Randphänomen ist⁷⁴, sondern weite Teile der Branche betreffen. So gab es Anfang 2024 z.B. den Aufruf „Strike Germany“⁷⁵, mit dem etliche Kulturschaffende, darunter die französische Nobelpreisträgerin Annie Ernaux, zum Boykott deutscher kultureller Einrichtungen respektive des deutschen Kulturbetriebs aufriefen.

Was das im konkreten Fall bedeuten kann, musste 2024 der langjährige Leiter der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen, Dr. Lars Hendrik Gass, erfahren, der nach dem 7. Oktober 2023 zur Solidarität mit Israel aufgerufen hatte: 2024 hätten die Internationalen Kurzfilmtage wegen der Boykottaufrufe⁷⁶ gegen Dr. Gass und sein Team in ihrem 70. Jubiläumsjahr fast nicht stattfinden können.

Die Beauftragte traf sich im März 2024 deshalb zu einem Krisengespräch mit Dr. Gass, Oberbürgermeister Daniel Schranz sowie weiteren Vertretern und Vertreterinnen der Stadt Oberhausen, um gemeinsam zu überlegen, wie mit der Situation umgegangen und die Internationalen Kurzfilmtage auch unter den erschwerten Rahmenbedingungen durchgeführt werden könnten. Im Februar 2024 hatte es zuvor bereits während einer Veranstaltung in der Gedenkhalle Oberhausen durch „Vermummte“ massive Störungen⁷⁷ u.a. durch Beschimpfungen der Vortragenden

⁶⁹ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/berlinale-antisemitismusvorwurfe-100.html>

⁷⁰ <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/sind-enttaeuscht-berlinale-aeussert-sich-zu-antisemitismus-skandal/>

⁷¹ Den vollen Text des Interviews finden Sie hier: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/sind-enttaeuscht-berlinale-aeussert-sich-zu-antisemitismus-skandal/>

⁷² Die Buchstaben „BDS“ stehen für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ unter denen die sog. „BDS-Bewegung“ zum Boykott Israels, zum Abzug von Investitionen aus Israel sowie zu Sanktionen gegen Israel aufruft.

⁷³ https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf

⁷⁴ <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/judenhass-im-kunstbetrieb>

⁷⁵ <https://www.ndr.de/kultur/buch/Strike-Germany-Worum-geht-es-bei-dem-Boykott-Aufruf,strikegermanydebatte100.html>

⁷⁶ <https://jungle.world/artikel/2024/19/kurzfilmtage-oberhausen-lars-henrik-gass-boykott-kampagne-antisemitismus-aufruf-aufruhr-und-autoren>

⁷⁷ s. <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/article241624002/Oberhausen-Antisemitismus-Vortrag-endet-mit-Polizei-einsatz.html> u.a. gab es „Abstruse Aussagen wie die Behauptung, der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 habe überhaupt nicht stattgefunden“

gegeben, sodass nachfolgende Veranstaltungen der Gedenkhalle nur unter verschärften Anmeldebedingungen und erhöhten Sicherheitsmaßnahmen stattfinden konnten.

Dr. Gass schildert im nachfolgenden Interview in diesem Jahresbericht sehr eindrücklich seine Erfahrung aus dieser Zeit und seine persönliche Einschätzung der Lage zum Antisemitismus im Kulturbetrieb und unter Kulturschaffenden.

Auch die documenta 15 hatte 2024 ein „Nachspiel“ in Nordrhein-Westfalen: Im Kulturbahnhof Bochum-Langendreer sollte im September 2024 die Ausstellung „Guernica-Gaza“⁷⁸ des palästinensischen Künstlers Mohammed Al-Hawajri gezeigt werden. Die Stadt Bochum distanzierte sich von der Ausstellung⁷⁹ von dem im Abschlussbericht zur documenta 15 als antisemitisch eingestuften Kunstwerks und die Ausstellung wurde schließlich seitens der Projektverantwortlichen des Bahnhofs abgesagt⁸⁰.

Die Beauftragte hatte über die Absage auf ihrem Social-Media-Account berichtet und wurde anschließend Ziel eines BDS-Shitstorm an abfälligen, antisemitischen und zum Teil grob beleidigenden Kommentaren auf diesem Medium (übrigens ohne in die Absage involviert gewesen zu sein).

Auch die Auftritte des in Deutschland populären US-Rappers Macklemore im Juni und August 2024⁸¹ in Nordrhein-Westfalen, der seine Auftritte regelmäßig für antisemitische und antiisraelische Stimmungsmache⁸² nutzt und vor dessen Auftritt Mitte Juli beim „Deichbrand“ Festival in Cuxhaven/Niedersachsen der Zentralrat der Juden in Deutschland Presseberichten zufolge⁸³ warnt: „Beim Rapper Macklemore trifft Popkultur auf Antisemitismus“, verdeutlichen die Herausforderungen vor denen Kommunen und Veranstalter bei Musik- und Kulturveranstaltungen stehen. Nach dem Konzert in Mönchengladbach kam es in der Stadt verstärkt zu antisemitischen Vorfällen, ohne dass sich ein direkter Zusammenhang zum Macklemore-Auftritt nachweisen ließ.

Viele Kulturschaffende und Institutionen sind verunsichert, wo die Grenze zwischen Meinungs- und Kunstfreiheit und Antisemitismus verläuft. Dies gilt immer wieder auch für die Vergabe und Vermietung von städtischen Räumlichkeiten.

Die Stadt Köln hat dies zum Anlass genommen, um 2024 einen „Leitfaden zum Umgang mit der Anmietung von öffentlichen Räumen durch extremistische, rassistische und antisemitische Gruppen“⁸⁴ zu entwickeln, der vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen über die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Vermietung von öffentlichen Einrichtungen informiert und zugleich Unsicherheiten und Fallstricke beim Umgang mit Mietanfragen durch potenziell extremistische, rassistische und antisemitische Gruppen ausräumen soll.

⁷⁸ Der Bilderzyklus „Guernica Gaza“ von Al-Hawajri war wegen Antisemitismusvorwürfen eines der umstrittenen Kunstwerke der Documenta 15 in Kassel.

⁷⁹ <https://www.kunstforum.de/nachrichten/bochum-ausstellung-abgesagt-wegen-antisemitismus-vorwurf/>

⁸⁰ <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/umstrittene-ausstellung-im-bahnhof-langendreer-abgesagt-100.html>; https://www.kunstmarkt.com/pagesmag/kunst/_id494886-/news_detail.html?q=Prozent20

⁸¹ Juni 2024 Konzert in Mönchengladbach, August 2024: San Hejmo Festival Kevelaer/Weeze https://rp-online.de/nrw/staedte/kevelaer/san-hejmo-2024-macklemore-als-headliner-am-freitag-so-war-sein-auftritt_aid-117925521

⁸² <https://www.ksta.de/kultur-medien/deichbrand-festival-zentralrat-der-juden-warnt-vor-besuch-1000922>

⁸³ S. Fn.13; <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/macklemore-kritik-am-auftritt-beim-deichbrand-festival-110410836.html>; <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kein-sicherer-ort-zentralrat-der-juden-warnt-wegen-macklemore-auftritt-vor-festivalbesuch.e72cc90d-babc-4226-8cb1-2c796d02704f.html>

⁸⁴ <https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf30/hinweise-zur-sorgfaeltigen-vertragsgestaltung-bei-der-vermietung-von-raeumlichkeiten.pdf>

Die documenta 15 im Jahr 2022 und die Berlinale 2024 haben im Jahr 2024 erneut kontroverse Debatten über antisemitische Darstellungen und Äußerungen in Teilen der Kultureinrichtungen ausgelöst und die Diskussion darüber weiter intensiviert, inwieweit Kultureinrichtungen und Kulturschaffende, die antisemitische Narrative verbreiten, Fördermittel aus öffentlichen Geldern erhalten sollten⁸⁵. Der Berliner Rechtswissenschaftler Christoph Möllers veröffentlichte in diesem Kontext 2024 ein Gutachten zur „Zulässigkeit von präventiven Maßnahmen der Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus in der staatlichen Kulturförderung“⁸⁶.

Die Kunstfreiheit, die in Art. 5 Absatz 3 Grundgesetz geschützt ist, ist eine unverzichtbare Grundlage des demokratischen Zusammenlebens in Deutschland und eine Bereicherung. Aber Kunst und Kultur müssen auch die Würde der Menschen achten, die nach Art. 1 Absatz 1 Grundgesetz unantastbar ist. Judenhass verletzt die Menschenwürde.

Die Beauftragte hat seit Beginn ihrer Tätigkeit in den Förderleitlinien für die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten aus ihrem Budget eindeutig festgelegt, dass Organisationen, die sich gegen die freiheitliche, demokratische Grundordnung wenden oder die erweiterte IHRA⁸⁷-Arbeitsdefinition von Antisemitismus der (IHRA) nicht anerkennen, das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen, nicht förderfähig sind⁸⁸.

Vor diesem Hintergrund begrüßte die Beauftragte ausdrücklich die am 13. März 2024 beschlossene gemeinsame Erklärung⁸⁹ von Kulturministerkonferenz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der kommunalen Spitzenverbände zu „Freiheit und Respekt in Kunst und Kultur“⁹⁰ und machte deutlich:

„Alle Beteiligten haben mit dieser gemeinsamen Erklärung klar Position gegen Israelhass und Antisemitismus bezogen. Viele kulturelle Einrichtungen und Institutionen sind in kommunaler Verantwortung. Deshalb war es richtig, die kommunalen Spitzenverbände in den Entscheidungsprozess und die Beratungen für die gemeinsame Erklärung einzubeziehen. Nun gilt es, die gemeinsamen Beschlüsse zu konkretisieren und „Förderbedingungen zu präzisieren“ sowie die geforderte „Sensibilisierung“ und „Stärkung der Eigenverantwortung“ der geförderten Einrichtungen und Projekte für das Thema Antisemitismus zu konkretisieren.“

Die Beauftragte setzt sich schon seit längerem dafür ein, dass ein stärkeres Augenmerk auf die Haltung von Empfängern staatlicher Förderung beim Thema Antisemitismus gerichtet wird. Mit der o.g. Erklärung wurde diese Forderung aufgegriffen und umgesetzt.

⁸⁵ vgl. Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 20. September 2018, Drucksache 17/3577

⁸⁶ <https://taz.de/Gutachten-zu-Antisemitismusklauseln/!5999485/>; <https://fragdenstaat.de/anfrage/gutachten-prof-moellers-zu-antisemitismusklauseln/>

⁸⁷ International Holocaust Remembrance Alliance, Text s. Anlage dieses Jahresberichts

⁸⁸ Nähere Informationen dazu s. <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/zuwendungen>

⁸⁹ S. dazu <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/gemeinsame-erklaerung-der-kulturministerkonferenz-der-beauftragten-der-bundesregierung-fuer-kultur-und-medien-und-der-kommunalen-spitzenverbaende>; <https://kulturstaatsminister.de/presse/gemeinsame-erklaerung-der-kulturministerkonferenz-der-beauftragten-der-bundesregierung-fuer-kultur-und-medien-und-der-kommunalen-spitzenverbaende>; https://www.kulturstiftung.de/wp-content/uploads/2024/04/2024-03-13_Antisemitismus_Erklaerung_KuPoSpG.pdf

⁹⁰ Ausführlichere Informationen dazu: <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/beitraege/antisemitismus-kultur-und-kunst-szene>

Interview

mit Dr. Lars Henrik Gass, Autor und Kurator. 1997 bis 2025 Leiter der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen. Seit Februar 2025 baut er in Stuttgart ein neues Haus für Film und Medien in der Funktion des Gründungsdirektors



Foto: Nikolai Wolff/Fotoetage,
Bildrechte bei Dr. Lars Henrik Gass

Welche Rolle spielt die BDS-Bewegung gegen Israel im Kulturbetrieb? Ist Antisemitismus im Kulturbetrieb wieder salonfähig geworden, und wie wirkt sich das aus, vor allem auch für die Kulturschaffenden selbst?

BDS als antiisraelische Sammlungsbewegung tritt kaum mehr in Erscheinung. Die eliminatorische Zielsetzung der Bewegung ist längst in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft angelangt als ein zivilgesellschaftliches Grundrauschen und dadurch sehr viel wirkungsvoller, als BDS es je war. Antisemitisches Ressentiment kanalisiert diffuse und resignative Affekte, die sich gegen „Macht“, also gegen „oben“ richten. Es handelt sich um eine unpolitische, weil aggressive, regressive und repressive Reaktion auf Politik, die sehr gefährlich ist, weil sie demokratische Umgangsformen be-

schädigt. Mittlerweile wird gegen jede abweichende Position eine Kampagne initiiert, politische Auseinandersetzung als Machtkampf auf die Straße getragen. Wir erleben gerade Formen des „molekularen Bürgerkriegs“ (wie Hans Magnus Enzensberger schrieb), die Meinungsbildung nicht nur im Internet, sondern selbst in weiten Teilen der Berichterstattung im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk erfasst hat. Die Affektökonomie des Antisemitismus zielt ab auf Gesinnungsgemeinschaften, Uniformität von Milieus, also Unterwerfung. Daher bedroht sie besonders Kultur und Wissenschaft, deren nicht-funktionale Funktion auf abweichenden Sichtweisen und Vielfalt gründet. Abgesehen vom Terror gegen Juden, der hier ausgeübt wird, erleben wir gerade eine Erosion von Grundsätzen der Demokratie, von Universalismus, Parlamentarismus, freier Forschung, künstlerischem Denken usw. Es geht längst um das Fundament der Gesellschaft, in der wir leben.

Viel diskutiert wurden im letzten Jahr Klauseln gegen Antisemitismus und Rassismus für Förderungen im Kulturbetrieb – wie ist Ihre Meinung dazu?

Ich bedauere, dass durch übereiltes, handwerklich unkluges Agieren im politischen Raum das Anliegen beschädigt wurde. Der Souverän hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, den Grundsatz von Artikel 1 der Verfassung durchzusetzen. Kultur und Wissenschaft müssen vor der Politisierung bewahrt werden, wenn sie politisch wirken sollen. Man hat versäumt zu vermitteln, dass solche Maßnahmen keine politische Zensur darstellen, sondern im Gegenteil dazu dienen, Zensur durch Politisierung zu verhindern. Ganz offensichtlich ist der Kulturbetrieb zur Selbstregulierung nicht im Stande. Das versteht man selbst im Deutschen Kulturrat nicht.

Sie waren 27 Jahre Leiter der Kurzfilmtage Oberhausen: Wie haben Sie nach Ihrem Solidaritätspost mit Israel zum 7. Oktober 2023 das letzte Jahr Ihrer Oberhausener Zeit erlebt? Das 70-jährige Jubiläum der Kurzfilmtage hatten Sie sich sicherlich anders vorgestellt.

An der Causa Oberhausen wurde die Wirkungsweise von Antisemitismus im Kulturbetrieb exemplarisch sichtbar. Daher musste das Problem schonungslos zurückgespiegelt werden, gerade im Jubiläumsjahr. Einige Leute, selbst im Festivalteam, haben bis heute nicht verstanden, dass sie bereits von Affekten erfasst sind, auf die solche Kampagnen abzielen. Antisemitismus bewirtschaftet gezielt Ressentiments gegen Andersdenkende.

Was war in dieser Zeit besonders herausfordernd, was hat Ihnen Mut gemacht?

Mut macht allein Erkenntnis. Der Kulturbetrieb hat aus meiner Sicht vollkommen versagt und sich auf eine für ihn selbst sehr schädliche Weise politisieren lassen. Unter den Festivalkollegen, unter den Branchenverbänden hat sich niemand vor uns gestellt; wir haben nicht einmal freundliche Nachfragen erhalten. Es gab nur allgemeine Regungslosigkeit. Antiisraelische Gesinnung ist hier längst Ticket zum Erfolg, weil sie die Zugehörigkeit zum Milieu regelt, was die Leute so für „links“ halten. Da wird ganz klar mit zweierlei Maß gemessen. Im Kampf gegen Antisemitismus darf man nicht auf große Unterstützung hoffen. Je deutlicher all diese Zusammenhänge wurden, desto klarer wurde, dass meine Haltung leider nötig war.

3.7 Kommunale Netzwerke: Kommunalen Fachtagungen zum Thema Antisemitismus in Detmold, Düsseldorf und Köln⁹¹

Das 2022 gestartete Projekt der kommunalen Fachtagungen zum Thema Antisemitismus für Vertreterinnen und Vertreter der Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens wurde 2024 konsequent fortgesetzt mit Fachtagungen in den Regierungsbezirken Detmold (Februar 2024), Düsseldorf (Juni 2024) und Köln im September 2024.



⁹¹ Hinweis: Die Bildrechte für die in diesem Beitrag verwandten Bilder liegen bei Büro ASB NRW

Wie schon bei den Vorgängerveranstaltungen in Arnsberg und Münster waren auch die Fachtagungen in Detmold, Düsseldorf und Köln sehr gut besucht.

Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen wirken in Nordrhein-Westfalen auch in 2024 nach, gerade in Städten und Kommunen, die sich stetig mit Herausforderungen wie z.B. im Umgang mit sog. „Protestcamps“ im städtischen Raum, antisemitischen Graffiti, Aufklebern und Vandalismus im öffentlichen Raum⁹² oder auch bei der Vergabe städtischer respektive kommunaler Räumlichkeiten mit antisemitischen Fragestellungen konfrontiert sehen.

So wird der Angriff der Hamas im öffentlichen Raum teilweise immer noch begrüßt, bei Demonstrationen das Existenzrecht Israels offen geleugnet und antisemitische Ressentiments und Stereotype verbreitet und z.T. offen zu Judenhass aufgerufen.

Im Rahmen der Detmolder Fachtagung schilderte Prof. Matitjahu Kellig von der jüdischen Gemeinde Detmold-Herford eindrucksvoll die Herausforderungen im Alltag der jüdischen Gemeinde und unterstrich in seiner Rede, dass Antisemitismus eine der größten Gefahren für unsere pluralistische Gesellschaft darstelle.

Die Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen auf allen politischen Ebenen sind gemeinsam gefordert, dem gesamtgesellschaftlichen Phänomen Antisemitismus in allen Formen entgegenzutreten. Kommunen sind und bleiben vor Ort die erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger. Sie sind die „Herzkammer“ der Exekutive und mit ihren Gremien auch der örtlichen Legislative. In die Kommunalverwaltung fallen die Zuständigkeiten u.a. für Schule, Kultur und Sport. Gerade dies sind entscheidende Bereiche für die Antisemitismusprävention. Das notwendige Wissen über Antisemitismus zu vermitteln, für antisemitische Vorfälle zu sensibilisieren und um die (Präventions-) Arbeit gegen Antisemitismus gestalten zu können, sind daher für die kommunale Ebene unerlässlich.



v.l. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Regierungspräsidentin Anna-Katharina Bölling

Die vorangegangenen Tagungen im Regierungsbezirk Arnsberg (2023) sowie zum Auftakt 2022 in Münster haben gezeigt und die im Jahr 2024 gemeinsam mit den Bezirksregierungen in Detmold, Düsseldorf und Köln durchgeführten Fachtagungen haben bestätigt, wie wichtig solche Veranstaltungen sind und wie sehr die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Erfahrungsaustausch und von der Netzworkebildung profitieren.

Auch wenn nicht jede kommunale Verwaltung tagtäglich mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert ist, ist es umso wichtiger, den Kommunen die richtigen Ansprechpartner

und Hilfsangebote an die Hand zu geben und sie mit den einzelnen Akteuren der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit oder Beratungsstellen zu vernetzen. Damit sie über das nötige Rüstzeug verfügen, um angemessen auf antisemitische Vorfälle und Ereignisse reagieren zu können.

Das Format der kommunalen Fachtagungen hat sich bewährt und ist auch außerhalb der Landesgrenzen bei anderen Bundesländern auf großes Interesse gestoßen – als wertvolles, effektives Instrument zur Antisemitismusprävention und zur Bekämpfung des Antisemitismus auf kommunaler Ebene.

⁹² Wie jüngst im Mai 2025 in Büttgen-Karst, wo die Hinweisschilder auf den Büttgener „Jüddepatt“ mit roter Farbe beschmiert wurden. Der Jüddepatt erinnert an alte Wege jüdischer Kaufleute in der Region: <https://www.kaarst.de/kultur-freizeit-und-stadtinfos/stadtinfos/stadtgeschichte/jueddepatt>

Interview

mit Aaron Knappstein, Präsident der Kölsche Kippa Köpp e.V. von 2017, des weltweit einzigen jüdischen Karnevalsvereins



Foto: Kölsche Kippa Köpp von 2017 e.V. Frauen und Männern.

Warum haben sich die „Kölsche Kippa Köpp von 2017 e.V. gegründet? Wer macht bei Ihnen mit?

Der Anstoß zur Gründung der Kippa Köpp kam vom Präsidenten des Festkomitee Kölner Karneval, Christoph Kuckelkorn. Und so trafen sich im Herbst 2017 acht jüdische Karnevalisten, um in der Tradition des Vorkriegsvereins „Kleiner Kölner Klub“ wieder einen jüdischen Karnevalsverein in Köln zu gründen.

Ziel des Vereins ist, den Kölner Karneval zu feiern, an die früheren jüdischen Karnevalistinnen und Karnevalisten zu erinnern sowie das Judentum in die Stadtgesellschaft und den Karneval in die jüdische Gemeinschaft zu tragen. Unser Verein besteht aus mittlerweile mehr als 250 jüdischen, aber auch nichtjüdischen

Wie ist die letzte Session für die Kölsche Kippa Köpp verlaufen, hat es z.B. bei Veranstaltungen erhöhte Sicherheitsvorkehrungen mit Blick auf mögliche antisemitische Vorfälle gegeben? Wie haben sich der 7. Oktober 2023 und der anhaltende Nahostkonflikt auf die Vereinsaktivitäten ausgewirkt?

Die letzte Session war sehr erfolgreich für uns. Wir hatten mehrere ausverkaufte und tolle Veranstaltungen. Die Lage nach dem 07. Oktober 2023 hat dazu geführt, dass alle unsere Veranstaltungen von einem privaten Sicherheitsdienst geschützt werden müssen (neben den entsprechenden Informationen an die Kölner Polizei).

Unser Verein hat bisher noch keine schwerwiegenden antisemitischen Vorfälle erfahren müssen, aber etliche unserer Mitglieder haben in ihrem privaten oder beruflichen Umfeld entsprechende Ereignisse erlebt, sodass wir natürlich die Veränderungen spüren.

Sie sind der in Deutschland und weltweit einzige jüdische Karnevalsverein: Wie groß ist das Interesse an den Kölsche Kippa Köpp außerhalb der Landesgrenzen?

Wir freuen uns darüber, dass wir über die Landesgrenzen hinaus Mitglieder gewinnen konnten.

In vielen Bundesländern sind wir mittlerweile vertreten und in den letzten Wochen durfte ich z.B. nach Hessen und Niedersachsen fahren, um über die Kölsche Kippa Köpp zu berichten.

Wir freuen uns, damit den jüdischen Karneval und das jüdische Leben ausgehend aus NRW in das ganze Land zu tragen. Wobei natürlich klar ist, dass wir immer ein Kölner Verein bleiben wollen und werden.

3.8 Soziale Medien

Nicht erst seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 spielen soziale Medien eine bedeutende und z.T. immer noch vielfach unterschätzte Rolle bei der Verbreitung von Terrorpropaganda, Falschinformationen, Israelhass, Antisemitismus und Verschwörungsnarrativen und bei der Radikalisierung. Darüber hinaus werden sie von jungen Menschen auch zunehmend als primäre Nachrichtenquelle zu aktuellen politischen Ereignissen genutzt.

Die Beauftragte widmete sich diesem Themenfeld in besonderem Maße u.a. mit der Veranstaltung in der Landesvertretung Berlin, wo im Rahmen des medienpolitischer Gesprächsabend nicht nur die Notwendigkeit der unabhängigen, objektiven und faktenbasierten Berichterstattung beim Thema Antisemitismus und Nahostkonflikt adressiert wurde, sondern auch diskutiert wurde, wie Journalistinnen und Journalisten dem in einem durch die Sozialen Medien immer schneller werdenden Nachrichtenmarkt gerecht werden können.

Die auf der Sitzung der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens in Wiesbaden im März 2024 vorgestellte Studie⁹³ der Bildungsstätte Anne Frank analysierte „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz“ die Reaktionen in den ersten drei Monate nach dem Anschlag, unter besonderer Berücksichtigung von TikTok⁹⁴ und schilderte drastische Auswirkungen der (einseitigen) TikTok-Posts auf die politische Meinungsbildung gerade bei jungen Menschen⁹⁵.

Insgesamt kam die Studie zu der Schlussfolgerung, dass Medien wie TikTok mit ihrer spezifischen Kommunikation und Meinungsbildung das Potential haben, die ideellen Grundlagen liberaler Demokratien zu untergraben. Staat, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft müssten auf diesem Medium mehr Präsenz zeigen z.B. mit eigenen TikTok-Kanälen⁹⁶.

Die Beauftragte hat dies zum Anlass genommen, um die Bildungsstätte mit der Erstellung einer Machbarkeitsanalyse zu beauftragen, mit der u.a. die inhaltlichen und finanziellen Möglichkeiten für die Erstellung einer Social-Media-Strategie für eine eventuelle spätere TikTok-Präsenz der Beauftragten zu prüfen.

Die Beauftragte hat sich darüber hinaus ebenso wie einige der Antisemitismusbeauftragten der Länder im Gespräch mit einem TikTok-Repräsentanten die „TikTok Holocaust Gedenk- und Bildungs-Initiative“ vorstellen lassen, um sich außer über die Risiken auch einen Eindruck vom eventuellen Potential dieser Plattform für ihre Arbeitsfelder und insbesondere den Bereich Erinnerungskultur für junge Menschen zu verschaffen.

Darüber hinaus informierte sich die Beauftragte im Dialog mit der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalens (LfM NRW) über die Möglichkeiten, Künstliche Intelligenz im Netz gegen Antisemitismus und Hate Speech im Netz zum Einsatz zu bringen⁹⁷ sowie im Gespräch mit LfM-Direktor Dr. Tobias Schmid über die Aktivitäten der Landesanstalt im Bereich Medienkompetenz und Demokratiebildung.

⁹³ <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/die-tiktok-intifada-der-7-oktober-die-folgen-im-netz>

⁹⁴ Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen derzeit (noch) das beliebteste und reichweitenstärkste Netzwerk

⁹⁵ Mehr zu den Auswirkungen von TikTok bei jungen Menschen erfährt man im <https://tiktok-audit.com/blog/> der Stiftung Neue Verantwortung, der sich 2024 intensiv mit TikTok beschäftigt hat z.B. „TikTok's Individual Harms for Young Adults“ analysierte

⁹⁶ Die NRW Landeszentrale für politische Bildung und die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind mittlerweile mit dem TikTok Kanal @realtalkNRW

⁹⁷ Das nachfolgende Interview in diesem Jahresbericht mit Dr. Laura Braam, Justitiarin – Abteilungsleiterin Recht Landesanstalt für Medien NRW, vermittelt dazu detaillierte Informationen.

Der EU-Verbraucherschutz für die Nutzer Sozialer Medien wurde 2024 verbessert: Seit dem 17. Februar 2024 gelten die Vorschriften des EU Digital Service Acts, des EU-Gesetzes über digitale Dienste, für alle Plattformen. Ursprünglich war dies seit August 2023 nur für die sogenannten sehr großen Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen mit mehr als 45 Millionen Nutzerinnen und Nutzern in der EU der Fall.

Damit soll u.a. ein besserer Schutz der Grundrechte, mehr Kontrolle und Auswahl sowie vereinfachte Meldung illegaler Inhalte, ein verstärkter Schutz von Kindern im Internet, z.B. Verbot gezielter Werbung für Minderjährige sowie weniger illegale Inhalte und zum Teil mehr Transparenz bei Entscheidungen zur Moderation von Inhalten mit der DSA-Transparenzdatenbank⁹⁸ gewährleistet werden.

2020 hat die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen ein KI-Tool entwickelt, um u.a. gegen antisemitische Inhalte im Netz vorzugehen. Im nachfolgenden Interview mit Dr. Laura Braam, Justitiarin – Abteilungsleiterin Recht bei der LfM NRW, wird es vorgestellt:

Interview

mit Dr. Laura Braam, Justitiarin – Abteilungsleiterin Recht Landesanstalt für Medien



Foto: LfM NRW



LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW
Der Meinungsfreiheit verpflichtet.

NRW

Bitte stellen Sie uns kurz das Tool vor, mit dessen Unterstützung die Landesanstalt für Medien NRW unter anderem gegen antisemitische Inhalte im Netz vorgeht.

Um gegen Rechtsverstöße im Netz effektiver und zielgerichteter vorzugehen, ist es unabdingbar, seine Methoden fortlaufend zu evaluieren und neue zu etablieren. Deswegen hat die Landesanstalt für Medien NRW 2020 als staatsferne Aufsichtsbehörde ein KI-Tool entwickeln lassen, das Hasskriminalität im Internet, darunter auch antisemitische Inhalte, so zuverlässig wie nie zuvor aufdeckt.

Dieses Tool heißt KIVI – die Verschmelzung der Begriffe „KI“ und „vigilare“ – Lateinisch für „wachsam sein“. Heute arbeiten alle Medienanstalten in Deutschland mit KIVI. So gehen wir gemeinsam bundesweit gegen Verstöße gegen die Menschenwürde, gegen Hass und Gewaltdarstellung, frei zugängliche Pornografie und andere jugendgefährdende Inhalte vor. Durch das automatisierte, tägliche Monitoring von über 10.000 öffentlichen Social-Media-Profilen und Webseiten ermöglicht uns KIVI die Identifizierung einer Vielzahl potenzieller Rechtsverstöße – und eine direkte Vorbereitung zur juristischen Prüfung durch die Medienaufsicht. Unsere Meldung der Verstöße bei Plattformen hat sich so vervielfacht.

⁹⁸ <https://transparency.dsa.ec.europa.eu/>

Gibt es vergleichbare Tools wie KIVI auch in anderen Ländern und kooperiert die Landesanstalt für Medien NRW mit EU-Stellen beim Identifizieren und Erfassen antisemitischen Contents im Netz?

Die Landesmedienanstalten nehmen in Europa eine Vorreiterrolle ein, wenn es um effiziente Detektionsmethoden geht. Als erste Medienaufsicht Europas setzen die Medienanstalten mit KIVI künstliche Intelligenz ein, um im Internet nach Rechtsverstößen zu suchen. Europäische Aufsichtsinstitutionen zeigten bereits Interesse an KIVI. Die Medienaufsicht CSA in Belgien nutzt KIVI bereits innerhalb ihres aufsichtsrechtlichen Monitorings. Der Medienrat der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien greift ebenfalls auf die Recherche- und Analysemöglichkeiten von KIVI zurück.

Die deutschen Medienanstalten arbeiten darüber hinaus eng mit ihren europäischen Schwesterbehörden und der Europäischen Kommission zusammen und beziehen die Bundesnetzagentur sowie das Bundeskriminalamt mit ein. So melden die Medienanstalten beispielsweise seit dem Überfall der Hamas auf Israel schwere Verstöße an die Europäische Kommission. Die Erkenntnisse aus diesen weitergeleiteten Fällen kann die EU-Kommission für ihre Verfahren gegen sehr große Online-Plattformen im Kontext der Feststellung systemischer Risiken und systematischer Verstöße verwenden.

Wie funktioniert die Initiative „Verfolgen statt Löschen“, die u.a. in Kooperation mit dem Landeskriminalamt NRW erstellt wurde? Welchen Beitrag leistet sie für den Umgang mit antisemitischem Content?

Die Werte unserer Gesellschaft gelten innerhalb des Internets genauso wie außerhalb. Daher können auch im Netz keine rechtsfreien Räume zugelassen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ dem Schutz von Freiheit und Demokratie im Netz verschrieben. Sie wurde bereits 2017 – damals als erste Initiative dieser Art – gestartet und vereint Vertreterinnen und Vertreter von Medienaufsicht, Strafverfolgungsbehörden, Medienhäusern sowie weiteren Institutionen. Ziel ist es, die Rechtsdurchsetzung zu erleichtern und so ein deutliches Zeichen gegen Recht- und Rücksichtslosigkeit im Netz zu setzen.

Dazu kooperiert die Landesanstalt für Medien NRW mit der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW), eingerichtet bei der Staatsanwaltschaft Köln, dem Landeskriminalamt NRW und zahlreichen weiteren Partnern. Die Landesanstalt für Medien NRW setzt sich mit „Verfolgen statt nur Löschen“ dafür ein, rechtswidrige Kommentare nicht nur zu löschen, sondern auch verwaltungs- und strafrechtlich zu verfolgen. Durch die konsequente Sanktionierung von Rechtsverstößen, auch antisemitischer Art, und die entsprechende Berichtserstattung wird eine generalpräventive Wirkung erzielt.

Wie beurteilen Sie die Rolle von Social-Media-Plattformen für die Verbreitung von antisemitischem Content und Radikalisierung im Netz, mit welchen NRW-Stellen arbeiten Sie dazu zusammen?

Häufig wird Hassrede auf Social-Media-Plattformen mit dem Satz „Das wird man ja noch sagen dürfen!“ entschuldigt. Dabei berufen sich Menschen, die ihre Position im Netz mit Hass und Hetze vertreten, auf ihr Recht auf Meinungsfreiheit. Natürlich gilt dieses Recht für jeden: Für diejenigen, die hetzen, genauso wie für Opfer dieser Hetze. Gefährlich wird Hassrede für unsere Gesellschaft jedoch dann, wenn die Hetze des einen die Rechte des anderen einschränkt. Die erhitzte Diskussion kann dazu führen, dass Menschen sich aus Angst vor den hassvollen Reaktionen anderer nicht mehr trauen, ihre Meinung zu äußern.

Es gibt dabei verschiedene Formen von Hassrede, denen auf unterschiedliche Weise begegnet werden kann. Redaktionen können diskursvergiftender Hassrede entgegensteuern. Rechtswidrige Hassrede muss verwaltungs- und strafrechtlich verfolgt werden.

Dabei müssen selbstverständlich alle relevanten Plattformen in den Blick genommen werden. Im Bereich antisemitischer Inhalte im Netz freuen wir uns, auch innerhalb der Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“, mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) zusammenzuarbeiten.

3.9 Sport

Im Sport kommen Menschen in Kontakt – über alle Sprachbarrieren, kulturellen, gesellschaftlichen oder religiösen Unterschiede und auch geografische Grenzen hinweg. Dem Sport gelingt es, durch die Leidenschaft für ein Team oder eine Sportart Menschen aus den verschiedensten Hintergründen zusammenzuführen und schafft damit eine Basis für Dialog, Teamwork, Fairplay und gegenseitigen Respekt. Sport kann helfen, Vorurteile und Missverständnisse zu überwinden und Menschen zusammenzubringen, die sonst nicht miteinander interagieren würden. Antisemitismus, Hass und Hetze gefährden den Zusammenhalt im Sport und in unserer Gesellschaft.

Nordrhein-Westfalens Sportvereine bieten mit ihrer Vielfalt und ihrer Präsenz in allen Landesteilen, in Städten und Kommunen, mit ihrem großen Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie ihrer umfangreichen informellen Bildungsarbeit vielfältige Möglichkeiten der Präventionsarbeit gegen „Antisemitismus“ und für ein von Offenheit, Toleranz, Respekt und Zivilcourage geprägtes Miteinander in unserer Gesellschaft zu werben.

Der Landessportbund NRW e.V.⁹⁹ ist die größte Personenvereinigung in Nordrhein-Westfalen. Über seine 132 Mitgliedsorganisationen (Stand: Dezember 2024) sind rund 17.300 Sportvereine mit ihm verbunden, die insgesamt über 5,475 Millionen Mitglieder zählen. Rund 500.000 Menschen sind in seinen Mitgliedsvereinen ehrenamtlich engagiert.

Die Beauftragte stand deshalb auch in 2024 in Austausch mit dem Landessport NRW e.V., um gemeinsam Möglichkeiten auszuloten, wie das Thema Antisemitismusprävention in den Bildungsangeboten des Landessportbundes NRW e.V. Berücksichtigung finden kann. Eine Möglichkeit dafür wäre etwa, entsprechende Module in die Aus- und Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern zu integrieren. Dies ist auch ein Anliegen der jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Die Beauftragte wird mit dem Landessportbund NRW e.V. dazu im Gespräch bleiben.

2025 werden die World University Games¹⁰⁰ in Nordrhein-Westfalen (und einige Wettbewerbe in Berlin) stattfinden. Die World University Games zählen zu den größten Multisport-Veranstaltungen der Welt, an denen ca. 8.500 Athletinnen und Athleten sowie Offizielle aus rund 150 Ländern teilnehmen. Die Sportlerinnen und Sportler müssen an einer Hochschule eingeschrieben und dürfen nicht älter als 25 Jahren sein. Neben den sportlichen Leistungen steht auch der internationale und interdisziplinäre Austausch zwischen Hochschulen und Studierenden aus aller Welt im Vordergrund der Veranstaltung.

Vielen Menschen, gerade der jungen Generation, ist oft gar nicht bewusst, wie viele Bereiche unserer Kultur, unsere Sprache, in Kunst, Geschichte, Wirtschaft, Wissenschaft und auch im Sport durch Jüdinnen und Juden gestaltet und geprägt wurden.

⁹⁹ Mehr Informationen zum LSB NRW e.V. und seinen Themen auf: <https://www.lsb.nrw/>

¹⁰⁰ bis 2020 noch „Universiade“ genannt

Die World University Games¹⁰¹ sind in ein umfangreiches Kultur- und Wissenschaftsprogramm eingebettet, das nicht nur für die Athletinnen und Athleten, sondern auch für Besucherinnen und Besucher die „Games“ offenstehen. Damit bietet sich ein exzellentes Forum, um zahlreiche Menschen für die von der Beauftragten verantworteten Themenfelder zu erreichen und für das Thema Antisemitismus im Sport zu sensibilisieren.

Die Beauftragte ist deshalb schon früh in enger Abstimmung mit der Abteilung Sport und Ehrenamt von Staatssekretärin Andrea Milz den Austausch mit den Verantwortlichen des Kultur- und Wissenschaftsprogramms der World University Games getreten, und es wurde vereinbart, die Ausstellung „Jüdische Sportstars“ während der Games an einer der Hauptspielstätten zu zeigen.

Die Einführung der neuen Meldestrukturen mit dem „Meldebutton Sport“¹⁰² waren 2023 ein wichtiger Schritt, um das Dunkelfeld von antisemitischen Vorfällen im Sport zu erhellen und insbesondere Meldungen zu vereinfachen. Die Beauftragte hat diesen Schritt ausdrücklich begrüßt.



Foto: Landesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte NRW e.V.

Nach dem 7. Oktober 2023 haben auch im Sport 2024 die Vorfälle auf und neben den Spielstätten zugenommen. Trotz aller Anstrengungen der Vereine¹⁰³ findet diese bedauerliche Entwicklung auch im Fußball in Nordrhein-Westfalen statt, wie das als Beispiel beigefügte Bild eindrücklich belegt.

Besonders alarmierend sei die zunehmende Häufigkeit von Meldungen, in denen das Zeigen des Hitlergrußes vorkommt, so der Geschäftsführer der LAG Fan Projekte e.V. Patrick Arnold¹⁰⁴ und die ebenso wie der jüngst für 2025 in der Presse kommentierte Fall eines Jugendfußballtrainers aus Nordrhein-Westfalen, der sich mit im „Führertrikot“ unverhohlen auf Mallorca¹⁰⁵ zeigte, eine wachsende gesellschaftliche Enthemmung dokumentieren.

¹⁰¹ <https://www.dosb.de/aktuelles/news/detail/das-sind-die-rhine-ruhr-2025-fisu-world-university-games>; s. auch: <https://rhineruhr2025.com/de/sports>

¹⁰² <https://www.dosb.de/aktuelles/news/detail/antisemitische-vorfaelle-im-sport-melden>

¹⁰³ s. z.B. <https://schalke04.de/verein/schalke-hilft/handlungsfelder/stehtauf/ernst-alexander-auszeichnung/>; <https://blog.lag-fanprojekte-nrw.de/wp-content/uploads/2017/11/erinnerungsorte-moenchengladbach-201706.pdf>; oder auch die Arbeit des BVB Borusseums zum Thema Antisemitismus

¹⁰⁴ S.u. das Interview mit LAG Fan Projekte Geschäftsführer Patrick Arnold

¹⁰⁵ <https://www.bild.de/news/ausland/nazi-skandal-am-ballermann-mit-fuehrer-trikot-im-bierkoenig-67f116ad34eeb05559bc6c4d>; <https://www.mallorcazeitung.es/panorama/2025/05/03/nazi-zuschlag-am-ballermann-das-trikot-116972467.html>

Die Beauftragte hat deshalb 2024 die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Fan Projekte e.V.¹⁰⁶ unterstützt, die sich mit vielfältigen Maßnahmen und Projekten wie z.B. dem „Fachtag gegen Antisemitismus und Rassismus“ im Fußball der o.g. Entwicklung entgegenstellt und zugleich die Entwicklungen im Sport monitort mit einer eigenen Meldestelle „Fußball“ sowie die Ergebnisse in einem Bericht zusammenfasst¹⁰⁷ und wird dazu auch weiter im engen Austausch mit der LAG Fan Projekte e.V. bleiben.

Der Leo-Baeck-Preis ist die höchste Auszeichnung, die der Zentralrat vergibt und mit der er damit seit 1957 Persönlichkeiten ehrt, die sich in herausragender Weise um die jüdische Gemeinschaft verdient gemacht haben. Im Jahr 2024 ging der Preis nach Nordrhein-Westfalen: Der Zentralrat der Juden in Deutschland verlieh den Leo-Baeck-Preis 2024 an Hans-Joachim Watzke, den Vorsitzenden der Geschäftsführung des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund¹⁰⁸ und würdigte damit sein langjähriges Engagement im Kampf gegen Antisemitismus sowie die Vorreiterrolle, die Borussia Dortmund unter seiner Führung dabei einnimmt.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, erklärte dazu: „Hans-Joachim Watzke ist entscheidend für die Vorreiterrolle von Borussia Dortmund im Kampf gegen Antisemitismus. Vor vielen anderen hat der Verein die IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus übernommen und damit andere Clubs motiviert, nachzuziehen. Auch nach dem 7. Oktober stand und steht Borussia Dortmund unter Führung von Hans-Joachim Watzke immer an der Seite der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Diesen Einsatz wollen wir würdigen.“¹⁰⁹



v.l. Hans-Joachim Watzke, Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas, Ministerpräsident Hendrik Wüst, Dr. Josef Schuster

Foto: LV-Bund NRW / Michael Setzpfandt

¹⁰⁶ <https://www.lag-fanprojekte-nrw.de/>

¹⁰⁷ <https://www.lag-fanprojekte-nrw.de/die-meldestelle-fuer-diskriminierung-im-fussball-in-nrw-veroeffentlicht-2-jahresbericht-zu-diskriminierungsdynamiken-im-fussball-auf-nrw-landesebene>

¹⁰⁸ s. <https://www.dfb.de/news/watzke-mit-leo-baeck-preis-ausgezeichnet>; Pressemitteilung vom 21. August 2024/ 17. Av 5784 <https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/leo-baeck-preis-2024-geht-an-hans-joachim-watzke/>

¹⁰⁹ s. dazu <https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/leo-baeck-preis-2024-geht-an-hans-joachim-watzke/>

Die Auszeichnung fand am 13. November 2024 in Berlin statt. Die Laudatio hielt Ministerpräsident Hendrik Wüst, der darin ausführte: „Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, Antisemitismus mit aller Kraft zu bekämpfen. Jüdisches Leben gehört zu uns. Der Sport und insbesondere der Fußball mit seinen Millionen Anhängern, den vielen Tausend Aktiven und ehrenamtlich Engagierten kann hier Vorbild sein. Hans-Joachim Watzke hat diese Verantwortung früh erkannt und setzt sich mit hohem persönlichem Engagement gegen Antisemitismus und Ausgrenzung ein – ob mit großen Aktionen im Stadion oder von der Öffentlichkeit unbemerkt mit zahlreichen Aktivitäten im Hintergrund.“¹¹⁰

Interview

mit Patrick Arnold, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte NRW e.V.



Foto: Landesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte NRW e.V.



Wie akut ist das Thema Antisemitismus im Fußball, und gibt es bei diesem Thema Unterschiede zwischen dem Profi- und Amateurbereich?

Das Thema Antisemitismus im Fußball ist heute so sichtbar und akut wie selten zuvor. Durch die Auswertung anonymer Hinweise, die uns über das Meldesystem MeDiF-NRW.de erreichen, gelingt es uns, ein zunehmend differenziertes Bild über antisemitische Vorfälle im Fußball zu zeichnen.

Im Profifußball nehmen antisemitische Grenzüberschreitungen unterschiedliche Formen an: Schmierereien und Graffiti im öffentlichen Raum, holocaustbezogene Aufkleber in und um die Stadien sowie verbale Entgleisungen auf den Rängen gehören leider zur Realität. Besonders alarmierend ist die zunehmende Häufigkeit von Meldungen, in denen das Zeigen des Hitlergrußes vorkommt – ein klarer Indikator für gesamtgesellschaftliche Enthemmungsdynamiken, die auch in bestimmten Fankreisen zu beobachten sind.

Während diese Vorfälle im Profifußball primär von Fans und Stadionbesucher*innen ausgehen, sind es im Amateurfußball oftmals die Aktiven selbst – also Spieler*innen, Trainer*innen oder Funktionsträger*innen, die durch antisemitische Äußerungen oder Symbolik auffallen. Uns wurden jüngst das Zeigen des Hitlergrußes sowie rechtsextreme Tattoos bei Trainern gemeldet.

Ein gravierender Unterschied zwischen beiden Bereichen liegt auch im Umgang mit solchen Vorfällen. Im Profibereich existieren häufig klare Sanktionsstrukturen. Im Amateurfußball hingegen erleben wir oft den Versuch, Vorfälle intern zu „klären“ oder sogar zu vertuschen – sei es aus Unwissenheit, Unsicherheit oder mangelnder Handlungsbereitschaft. Besonders auffällig nach dem

¹¹⁰ Weitere Informationen auf: <https://www.land.nrw/startseite/verleihung-des-leo-baeck-preises-2024-ministerpraesident-hendrik-wuest-haelt-laudatio>; <https://www.bvb.de/de/de/aktuelles/news/news.html/2024/8/21/Hans-Joachim-Watzke-erhaelt-Leo-Baeck-Preis-2024.html>

Angriff der Terrororganisation Hamas auf die zivile Bevölkerung im Süden Israels war der Anstieg antisemitischer Vorfälle im digitalen Raum. Gerade auf Plattformen wie TikTok erleben wir, wie israelbezogener Content – sei es ein Spieler oder ein jüdisch geleiteter Verein – durch die Verwendung rechtsextremer Emoticons und antisemitischer Kommentare Diskriminierung erfährt. Gleichzeitig darf nicht verschwiegen werden, dass dieser geopolitische Konflikt ebenfalls zu einem Anstieg von Rassismus geführt hat, der sich gegen muslimisch gelesene Menschen und BIPOC richtet.

Diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass Antisemitismus im Fußball kein Randthema ist – weder im Stadion noch im Netz, weder im Profi- noch im Amateurbereich.

Wie engagiert sich die LAG Fanprojekte NRW gegen Antisemitismus – und welche Herausforderungen ergeben sich insbesondere seit dem 7. Oktober 2023?

Als LAG Fanprojekte NRW verfolgen wir ein vielfältiges Selbstverständnis für unsere praktische Arbeit: Wir wollen nicht allein auf Gedenktage reagieren, sondern in der Fußballcommunity kontinuierlich Handlungsfähigkeit stärken – sowohl bei jungen Menschen im Fußballstadion oder auf dem Sportplatz als auch bei unseren Fachkräften in der Sozialen Arbeit. Deshalb setzen wir auf Qualifizierungsreihen, Bildungsformate, Publikationen, Netzwerke und Alltagsinterventionen, die Antisemitismus im Fußball nicht als Randphänomen begreifen, sondern als eine reale Bedrohung für das demokratische und wertebasierte Zusammenleben, der wir in der Praxis mit Haltung, Wissen, Allyship und Empowerment begegnen.

Zentral ist die Möglichkeit, antisemitische Vorfälle im Fußball anonym über die landesweite Meldeplattform MeDiF-NRW.de zu übermitteln. Die eingehenden Hinweise ermöglichen es uns, konkrete Entwicklungen sichtbar zu machen, analytische Lagebilder zu entwickeln und Handlungsschwerpunkte abzuleiten. So ist Antisemitismus beispielsweise als zentrales Thema in unseren beiden bisher veröffentlichten Jahresberichten von MeDiF-NRW ausgewiesen worden. Wir warten allerdings nicht lediglich darauf, dass uns Informationen übermittelt werden, wir betreiben auch selber aktiv Recherche und monitoren bestimmte Demonstrationen, Fanggruppierungen sowie digitale Echokammern.

Flankierend haben wir in Kooperation mit dem geschätzten Kollegen Micha Neumann von ADIRA NRW ein Aufklärungsvideo produziert, welches wiederum von denen der LAG angeschlossenen Standorten zur niedrigschwelligen Bildungsarbeit eingesetzt wird. Der Inhalt vermittelt Grundlagenwissen zu Erscheinungsformen antisemitischer Ressentiments im Fußballkontext und schafft Raum für Reflexion und Diskussion.

Die durch MeDiF-NRW generierten Erkenntnisse fließen darüber hinaus in die akademische Lehre und Forschung. So haben wir als Team einen Beitrag zur Publikation „Strafraum – Die (un-) Sichtbarkeit von Antisemitismus im Fußball“ (hrsg. vom Zentralrat der Juden in Deutschland, 2023) beigegeben. Ein weiteres Format, das aus diesem Wissenstransfer hervorgegangen ist, ist eine zweisemestrige Lehrveranstaltung an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum mit dem Titel: „Antisemitischen Realitäten im Fußball die Rote Karte zeigen. Ein Lehrforschungsprojekt zur kollaborativen Entwicklung von antidiskriminierenden Workshops“, konzipiert und durchgeführt von unserem Kollegen und MeDiF-NRW Projektleiter Dr. David Berchem.

Eine weitere tragende Säule unseres Engagements sind Kooperationen mit Gedenkstätten (z.B. Bergen-Belsen) und strategische Bildungsnetzwerke, darunter u.a. ZUSAMMEN1, IBB, ADIRA und RIAS NRW. Diese Partnerschaften ermöglichen neben dem Informationsaustausch regelmäßige Fachvorträge, thematische Vernetzungen und gezielte Qualifizierungsangebote – etwa jüngst in Zusammenarbeit mit Dr. Anke Hoffstadt von der Hochschule Düsseldorf zu aktuellen

Phänomenen rechtsextremer Erlebnisswelten rund um den Fußball, die automatisch auch mit antisemitischen Chiffren verbunden sind.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt aktuell auf dem Fachtag „Soccer Science Day – Antisemitismus im Fußball“, den wir am 26. Januar 2026 erneut gemeinsam mit ZUSAMMEN1, Zweitzeugen und dem Deutschen Fußballmuseum ausrichten. Dieses Format fördert nicht nur den Wissenstransfer zwischen Praxis und Forschung, sondern stellt sicher, dass die Fachkräfte an allen 16 angeschlossenen Standorten der LAG NRW stets mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten können.

Zusätzlich führen wir selbstständig Gedenkstättenbesuche sowie Bildungsreisen mit Jugendlichen und Fachkräften durch – ein zentrales Element unserer historisch-politischen Bildungsarbeit, welche wir eng mit lebensweltlichen Bezügen von Fans und deren Verantwortung in der Gegenwart verknüpfen. Zu guter Letzt nutzen wir die landesweiten „Fußballkulturtage NRW“ kontinuierlich zur sichtbaren Positionierung gegen Antisemitismus (im Fußball) und der Verankerung einer demokratiefördernden Haltung im Kontext von Sport und Jugendkulturen.

Welche Angebote hat die LAG Fanprojekte NRW für diejenigen, die sich ehrenamtlich im Amateurbereich engagieren und gegen Antisemitismus in ihrem Sport aktiv werden wollen?

Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche und Aktive:

Um ehrenamtlich Engagierte in Fußballvereinen zu stärken, bieten wir kostenlose Workshopformate an, die Wissen vermitteln, Haltung fördern und Handlungssicherheit im Umgang mit Antisemitismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit schaffen. Ein zentrales Beispiel ist der gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelte Workshop.

Beteiligungsmöglichkeiten für engagierte Personen und Gruppen:

Neben der Qualifizierung legen wir großen Wert auf aktive Beteiligung. Wir sind überzeugt, dass Antisemitismus im Fußball nicht allein durch Betroffene thematisiert und bekämpft werden darf – vielmehr braucht es ein solidarisches, kreatives und gemeinsames Engagement aus der Breite des Sports.

Ein zentrales Beteiligungsinstrument ist dabei das Projekt MeDiF-NRW, beispielsweise durch Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Projekte, Bildungsformate oder themenspezifische Aktionen im Vereinsumfeld. Darüber hinaus gibt es noch das partizipative Kooperationsprojekt „Zweitzeugen im Fußball“ mit den wunderbaren Kolleg*innen von Zweitzeugen.

Die landesweite Netzwerkkompetenz der LAG eröffnet engagierten Ehrenamtlichen vielfältige Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung – sei es im Rahmen von Veranstaltungen bei den Fußballkulturtagen NRW oder niedrigschwelligen Aktionsideen vor Ort.

Ob im Profi- oder Amateurbereich, in der Jugend- oder Frauenabteilung – Fußball bietet viele Anknüpfungspunkte, um sich gegen Antisemitismus starkzumachen. Die steigenden Bedarfe sind nicht erst seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 sichtbar – aber sie sind seither noch einmal deutlicher geworden. Mit MeDiF-NRW und unseren vielfältigen Angeboten qualifizieren und motivieren wir Menschen, nicht nur Zuschauer*in zu sein, sondern selbst als Mitglieder

von zivilgesellschaftlichen Demokratieallianzen aktiv zu werden – mit Haltung, Wissen und Verbündeten an ihrer Seite.

**Meldestelle
für Diskriminierung
im Fußball in NRW**
medif-nrw.de



3.10 Begegnungsangebote

Interreligiösen Begegnungen und Veranstaltungsformaten kommt angesichts von Unwissen, Vorurteilen und Vorbehalten gegenüber anderen Religionen, insbesondere in Zeiten von wachsendem Antisemitismus, aber auch zunehmender islamfeindlicher Einstellungen, eine besondere Bedeutung zu. Begegnungen tragen dazu bei, verschiedene Kulturen, Traditionen und Lebensweisen kennenzulernen. Sie ermöglichen es, eigene Werte und Überzeugungen zu reflektieren und zu hinterfragen.

Im Idealfall fördern interkulturelle und interreligiöse Begegnungen Toleranz, Weltoffenheit, gegenseitige Verständnis und Vertrauen. Auf diese Weise kann es gelingen, Hass und Hetz wirksam entgegenzutreten und ein friedliches Miteinander auf Basis von Toleranz und Respekt zu stärken.

Das erfolgreiche Pilotprojekt der Beauftragten im Sommer 2023, bei dem jüdische und muslimische Jugendliche in einem Workshop zum Thema Antisemitismus im Gangsta-Rap zusammenkamen, und nach der Veranstaltung ganz selbstverständlich miteinander weiter im Gespräch blieben über Musik, Fußball oder ähnliche alterstypische Themen, machte Mut, das Thema interreligiöser Dialog und Begegnungsformate gerade für junge Menschen weiterzuverfolgen. Wie interreligiöse und interkulturelle Begegnungen auch bei ganz jungen Menschen helfen können, Vorurteile abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen, das zeigt ein beeindruckendes Austauschprogramm auf Grund(!)schulebene der Berswoldt-Europa-Grundschule in Dortmund¹¹¹ zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel.

Seit dem 7. Oktober 2023 steht der interreligiöse Dialog besonders zwischen Musliminnen und Muslimen mit Jüdinnen und Juden auch in Nordrhein-Westfalen vor besonderen Herausforderungen, denn auf beiden Seiten wachsen Vorbehalte, Ängste und Misstrauen. Die Dialogbereitschaft sinkt, Verunsicherung und Distanz wachsen.

Umso wichtiger ist es der Beauftragten, Formate zu stärken, die interkulturelle und interreligiöse Begegnungen junger Menschen ermöglichen.



v.l. Prof. Dr. Mouhanad Khorchide; Propst Rainer B. Irmgedruth, Irith Michelsohn, Minister Nathanael Liminski, Samir Bouaissa, Pfarrer Ralf Lange-Sonntag, Katharina Ardit, Mikhail Orentlikher
Foto: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen/Robin Teller

¹¹¹ Mehr dazu können Sie im Interview mit der Schulleiterin Anette König erfahren, das in diesem Jahresbericht enthalten ist.

Zu den Akteuren, die dies möglich machen, zählt insbesondere der von der Landesregierung finanziell geförderte Verein *begegnen e.V.*¹¹², zu dessen Gründungsmitgliedern die Beauftragte gehört und der 2024 sein fünfjähriges Bestehen mit einem Festakt in der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen in Gegenwart des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chefs der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, feiern konnte.

Trotz der aktuell besonders schwierigen Rahmenbedingungen konnte auf Initiative und mit Unterstützung der Beauftragten 2024 ein weiteres Begegnungsprojekt ins Leben gerufen werden, das mit unkonventionellen Formaten wie z.B. gemeinsamen Kochen dafür sorgte, dass die „Jüdisch-Malikitische Begegnungen – Mit Dialog – Zum Verständnis“ beitrugen.

Die Beauftragte ist dankbar für die hohe Flexibilität und den Mut zum Risiko der Malikitischen Gemeinde Deutschland e.V.¹¹³ und des Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf, die für die Umsetzung des Projekts gewonnen werden konnten.

Interview

mit Katharina Arditi, Geschäftsführerin *Begegnen e.V.*, Bielefeld



Foto: Alejandro Arditi

Welchen Beitrag leisten Begegnungsprogramme wie das Ihre zum Abbau von Vorurteilen, zu Antisemitismusprävention und für die Erinnerungskultur?

Die Arbeit von *begegnen e.V.* basiert auf der Überzeugung, dass echte Begegnung der Schlüssel zu einem friedlichen Miteinander ist. Unsere Angebote bieten jüdischen, muslimischen und christlichen Menschen die Möglichkeit, abseits des Alltages ins Gespräch zu kommen und sich tiefgründig kennenzulernen. Dafür nutzen wir einen gemeinsamen Ausgangspunkt: das Lernen von der Geschichte. Durch die gemeinsame Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen wird bei den Teilnehmenden eine emotionale Ebene geöffnet, die Empathie füreinander zulässt. Die Menschen entwickeln so ganz unabhängig von Religion, Herkunft oder Alter ein tieferes Verständnis füreinander. Gemeinsam reflektieren die Teilnehmenden ihre geschichtliche Verantwortung und überlegen, wie sie die Gegenwart durch eigenes Engagement beeinflussen und mitgestalten können, um schon morgen zu einer positiven Veränderung beizutragen. Persönliche Erlebnisse und Erfahrungen, auch von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Sie sensibilisieren und ermöglichen eine multiperspektivische Erfahrung. Unsere Arbeit zeigt uns immer wieder, dass der Abbau von Vorurteilen nur genau so funktioniert. Nur über die gemeinsame Begegnung und das Kennenlernen können wahrhafte positive gemeinschaftliche Erfahrungen die vorherrschenden Stereotypen überwinden.

¹¹² Das Jubiläumsinterview mit der *begegnen e.V.* Geschäftsführerin Katharina Arditi

¹¹³ Hinweis: Alle Bildrechte in diesem Beitrag liegen bei Malikitische Gemeinde Deutschland e.V.

Erinnerungskultur ist für uns in allererster Linie dialogisch und inklusiv. Gerade in unserer postmigrantischen Gesellschaft ist es entscheidend, neue Perspektiven auf Erinnerung zu ermöglichen, die allen Menschen in ihrer Vielfalt gerecht werden. Nur wenn sich möglichst viele angesprochen fühlen, kann Erinnerung auch als methodischer Ansatz gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirken. Wir setzen auf einen Erinnerungsansatz, der die Verbrechen des Nationalsozialismus und seine zugrundeliegende Ideologie nicht losgelöst von seinen historischen Verflechtungen betrachtet, sondern vielmehr seine Verflechtungen und Kontinuitäten bis in die Gegenwart betont. Ein Fokus liegt dabei im Aufzeigen der Veränderung und zeitgenössischen Anpassung von antisemitischen, antimuslimischen, diskriminierenden und rassistischen Narrativen, um so eine Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen und die damit einhergehende Verantwortung heutiger Generationen hervorzuheben.

Unsere Formate beinhalten deshalb Begegnungsreisen zu NS-Gedenkstätten in Europa, aber wir veranstalten auch Reisen nach Bosnien und Herzegowina, um dort über die Verfolgung und den Genozid an der muslimischen Bevölkerung zu lernen. Wir besuchen die KZ-Gedenkstätte Buchenwald und den Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt, aber nicht ohne auch den Erinnerungsort für die Opfer des NSU-Terrors in Erfurt zu besichtigen. Wir konzipieren Workshops zum Thema „Erinnern“ und beziehen Schulklassen mit ein, um heutige Perspektiven von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu hören. Nur durch den persönlichen Gegenwartsbezug können wir erwarten, dass sich eine Mehrzahl der Bevölkerung angesprochen fühlt und die Erinnerung im Ganzen wachgehalten wird.

Welches sind und waren die größten Herausforderungen, was sind die schönsten Momente Ihrer Arbeit mit begegnen e.V.?

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre stellen unsere Arbeit immer wieder vor große Herausforderungen. Besonders der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der darauffolgende Krieg und seine globalen und lokalen Auswirkungen haben viele unserer jüdischen und muslimischen Teilnehmenden tief verunsichert. Auch das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland und der Welt führt dazu, dass sich einige Menschen, die sich vorher von unserem Angebot angesprochen gefühlt haben, aus Angst vor Anfeindungen und Hass zunehmend zurückziehen. Und gleichzeitig bekommen wir vermehrten Zulauf, insbesondere von christlichen und konfessionslosen Interessierten, die sich gerade jetzt mit der Thematik auseinandersetzen und der wachsenden Akzeptanz von Ausgrenzung und Intoleranz in unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen wollen. Umso schöner und wichtiger ist es, wenn es uns in der aktuellen Situation gelingt, jüdische, muslimische und christliche Menschen zusammenzubringen und den offenen Austausch aktiv zu fördern. Wenn wir es durch unsere Arbeit schaffen, dass Menschen empathisch zueinander sind und Perspektivwechsel vollziehen, sind dies immer wieder berührende Momente und stellen das Kernziel unserer Arbeit dar.

Hervorheben möchte ich außerdem unser Projekt zur Rassismus- und Antisemitismusprävention mit der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne. Die Mehrzahl der jungen Straftäter, die an dem Projekt teilnehmen, treten uns anfänglich mit Zurückhaltung oder gar Ablehnung entgegen. Umso bewegender ist es zu sehen, wie sie im Laufe der Projektzeit, in der wir u.a. Exkursionen zu den Gotteshäusern machen, eine KZ-Gedenkstätte besuchen und Workshops zum Thema Rassismuskritik durchführen, sich öffnen und am Ende der Projektphase nicht selten von lebensveränderten Erfahrungen berichten. Solche Begegnungen zeigen uns: Unsere Arbeit wirkt.

2024 wurden fünf Jahre begegnen e.V. gefeiert: Welche Bilanz ziehen Sie und welche (ggf. neuen) Akzente werden Sie in Ihrer weiteren Arbeit setzen?

2024 haben wir das fünfjährige Bestehen von begegnen e.V. gefeiert. In den letzten Jahren konnten wir zahlreiche Projekte gestalten, die den interreligiösen und interkulturellen Dialog fördern, Erinnerung lebendig halten und unterschiedlichen Perspektiven eine Stimme geben. Für die Zukunft setzen wir unsere Schwerpunkte insbesondere weiter auf ein inklusives Erinnern. Ein anderer Schwerpunkt liegt auf dem Hier und Jetzt, auf Fragestellungen nach religiösem Leben in Deutschland heute, auf dem Austausch und dem Abbau von Vorurteilen. Wir möchten mit unserem Verein ein Vorbild und eine Inspiration für Erinnerungsinitiativen und -projekte deutschlandweit sein und so den Ansatz der interreligiösen Begegnung auch über Nordrhein-Westfalen hinaus etablieren, um für ein demokratisches, vielfältiges Zusammenleben und Erinnern in Deutschland einzutreten.

4. Eigene Veranstaltungen und Kooperationen

Diskussionsveranstaltung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens bei der EU: „Die Zäsur des 7. Oktober 2023: Antisemitismus in Europa: Wie können wir ihn gemeinsam erfolgreich bekämpfen?“

Der barbarische Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war eine Zäsur. Mehr als 1.200 Frauen, Kinder, Männer und ältere Menschen, darunter Holocaust-Überlebende, wurden gefoltert, vergewaltigt und ermordet.

Der Angriff und die Ereignisse seither haben immense Auswirkungen auf jüdische Gemeinden und jüdisches Leben: Seit dem 7. Oktober 2023 wird ein dramatischer Anstieg antisemitischer Vorfälle und Straftaten online und offline weltweit verzeichnet. Dies gilt auch für Deutschland und Europa. Antisemitismus kennt keine Ländergrenzen und stellt alle EU-Mitgliedsstaaten vor große Herausforderungen bei seiner Bekämpfung als auch in der Präventionsarbeit.

Umso wichtiger sind der Erfahrungsaustausch, die Netzerkennung und die Identifizierung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten auf Basis der jeweiligen „best practices“. Dazu diskutierten am 9. Januar 2024 in der Brüsseler Landesvertretung Katharina von Schnurbein, Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens, und die nordrhein-westfälische Beauftragte zum Thema „Die Zäsur des



Foto: Land NRW

7. Oktober 2023 – Antisemitismus in Europa: Wie können wir ihn gemeinsam erfolgreich bekämpfen?“ über die Situation vor Ort in den EU-Mitgliedstaaten und in Nordrhein-Westfalen sowie über Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse. Rainer Steffens, Leiter der Landesvertretung Brüssel begrüßte die zahlreichen Zuschauer und Zuschauerinnen vor Ort sowie diejenigen, die aus dem In- und Ausland die Diskussion bei Youtube im Livestream verfolgten mit den Worten, dass eine Veranstaltung über Maßnahmen gegen Antisemitismus eigentlich überflüssig sein sollte, ganz im Gegenteil aber – trotz aller Bemühungen im Kampf – gegen den „jahrhundertealten Hass“ notwendiger denn je sei.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Gil Yaron, dem Leiter des Israelbüros Nordrhein-Westfalens, der für die Veranstaltung eigens aus Tel Aviv angereist war und zur Einführung mit dem Zitat des Historikers Robert Wistrichs vom „ältesten Hass“ der Welt den weltweit dramatischen Anstieg antisemitischer Straftaten und Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023 schilderte.

In der nachfolgenden Diskussion wurde u.a. kritisch hinterfragt, ob die bisher gegen Antisemitismus ergriffenen Maßnahmen überdacht und zielgruppenorientiert angepasst werden müssten und welchen Beitrag die statistische Erfassung antisemitischer Straftaten und Vorfälle dazu leisten könne. Katharina von Schnurbein berichtete über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Strategie gegen Antisemitismus, den Digital Service Act und die Vorbereitungen für eine EU-weite Umfrage zur Erfassung von antisemitischen Vorfällen.

Die Beauftragte schilderte eindringlich das bedrückende Stimmungsbild innerhalb der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei ihren Solidaritätsbesuchen nach dem 7. Oktober, die Situation an den Universitäten und machte deutlich, dass Antisemitismus keiner Bevölkerungsgruppe allein zuzuordnen sei, sondern in allen Gesellschaftsschichten zu finden wäre und deshalb gesamtgesellschaftlich adressiert werden müsse.



v.l. Katharina von Schnurbein, Dr. Gil Yaron, Sabine-Leutheusser-Scharrenberger
Foto: Land NRW/Bruno Maes

Bestehende Präventionsmaßnahmen müssten anlassbezogen einer Prüfung hinsichtlich ihrer Wirkungskraft unterzogen werden. Da der Schule eine wichtige Rolle bei Aufklärung, Bildung und Erziehung zukommt, bekräftigte die Beauftragte ihre Forderung, Antisemitismus in der Lehramtsausbildung verpflichtend zu integrieren.

Gemeinsam mit Katharina von Schnurbein unterstrich sie die Notwendigkeit der Arbeit mit lokalem Bezug und deshalb die Förderung von Initiativen der Zivilgesellschaft und eines intensiven Dialogs zwischen den Religionsgemeinschaften im Kampf gegen Antisemitismus. Sie hob die Bedeutung der gemeinsamen Erklärung der Staatskanzlei und islamischer Verbände in Nordrhein-Westfalen zur Verurteilung des Hamas Terror hervor.

Gemeinsam verurteilten Katharina von Schnurbein und die Beauftragte das Schweigen zahlreicher Frauenbewegungen zu den am 7. Oktober 2023 gezielt gegen Frauen begangenen brutalen Verbrechen, was Dr. Yaron mit dem Zitat der Kampagne „me too unless you're a jew“ pointiert zusammenfasste. Die Veranstaltung¹¹⁴ fand auf Englisch statt. Besucherinnen und Besucher wurden Übersetzungsmöglichkeiten angeboten.

Medienpolitischer Gesprächsabend in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin: „Journalistinnen und Journalisten in der Antisemitismus-Debatte: Aufklärer und Projektionsflächen für Angriffe?“

Journalistinnen und Journalisten kommt eine wichtige Rolle in der Demokratie zu. Sie sollen Fakten darstellen, aufklären, Grundlagen für Meinungsbildung schaffen und davon sichtbar getrennt in Kommentaren Bewertungen und Einordnungen vornehmen. Freie und unabhängige Medien sind eine zentrale Instanz – neben Legislative, Exekutive und Judikative sind sie als „vierte Gewalt“ wesentlich für unsere Demokratie.

Angesichts gesellschaftlicher Polarisierung und emotional aufgeladener Debatten nimmt die Bedeutung von Journalistinnen und Journalisten weiter zu: Denn es bedarf heute mehr denn je einer unabhängigen, objektiven und faktenbasierten Berichterstattung.

Begriffe wie „Lügenpresse“ haben seit Jahren Einzug in die Alltagssprache gefunden und zeugen von einem Vertrauensverlust in den Journalismus und die Pressefreiheit. Der Begriff deutet auf Weltanschauungen und Erklärungsmodelle hin, die zugleich alte antisemitische Vorstellungen reproduzieren: Eine (weltweit wirkende) Elite bestimme, was Medien und Journalistinnen und Journalisten berichten. Dies zeigt eine Verrohung der Debatte und das offene Spiel mit antidemokratischen, extremistischen und menschenfeindlichen Verschwörungsnarrativen.

Es sind insbesondere antisemitische Narrative – gleich welcher ideologischen Grundierung sie folgen – die im Kampf um Aufmerksamkeit besonders erfolgreich sind. Von Verschwörungserzählungen über die Holocaust-Leugnung bis hin zu israelbezogenem Antisemitismus. Darüber hinaus wird in Bezug auf den Nahostkonflikt oft eine unausgewogene Berichterstattung moniert.

¹¹⁴ Die Diskussionsveranstaltung ist als Video auf dem Youtube-Kanal der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens bei der EU eingestellt: <https://www.youtube.com/watch?v=olzQkTW8Oio>

Umso wichtiger war es, das Spannungsfeld, im dem Journalistinnen und Journalisten heute agieren, einen medienpolitischer Gesprächsabend zu widmen:



Auf Einladung des Staatssekretärs für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Mark Speich, und der Beauftragten diskutierten der Programmleiter des WDR, Jörg Schönenborn, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Medienwissenschaftler Prof. Dr. Frank Überall¹¹⁵, am 7. März

2024 über Herausforderungen in der Berichterstattung und die Rolle von Journalistinnen und Journalisten in der Antisemitismus-Debatte. Moderiert wurde das Gespräch von der Redaktionsleiterin Ausland und politischer Hintergrund beim Bayerischen Rundfunk, Dr. Susanne Glass.

Vor dem Hintergrund des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der Berichterstattung über den Krieg kritisierte Dr. Josef Schuster die Verschiebung der Narrative. Auch die oft fehlende Differenzierung zwischen Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland in der Berichterstattung sah er kritisch – die jüdischen Gemeinden in Deutschland seien keine Konsulate des israelischen Staats. Dr. Frank Überall führte Fehler und fehlende sprachliche Sensibilisierung in Berichterstattungen auch auf den Personaldruck zurück. So sei es nicht mehr üblich, Texte oder Beiträge bspw. in Redaktionssitzungen zu besprechen und auszuhandeln, hinzu komme der zeitliche Druck des Internetzeitalters.

Diskutiert wurde auch über die Schwierigkeiten, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund medial zu erreichen, die nicht zu den durchschnittlichen Zuschauern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zählen¹¹⁶.

Gerade bei jungen Menschen übernahmen soziale Medien immer öfter die Funktion der primären Meinungsbildung: Hier verbreiteten sich antisemitische Verschwörungsnarrative und Desinformation, aber auch Hass und Hetze in rasender Geschwindigkeit. Postings über Antisemitismus und Holocaust-Leugnung würden einen Großteil von extremistischen Postings ausmachen.

¹¹⁵ Von der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Köln

¹¹⁶ Der WRD stellt sich dem mit seinem <https://www1.wdr.de/nachrichten/junge-formate/nice-to-know-newsroom-tiktok-100.html> „nice to know“ Tiktok Kanal.

„Fakes“/Falschinformationen würden dabei oft den Boden bereiten für die Radikalisierung gerade junger Menschen. Richtigstellungen dieser Falschinformationen fänden oft ein geringeres Echo als die zuvor „viral“ gegangenen Falschinformationen. Faktenbasierter Journalismus sei deshalb ein umso wichtigerer Gegenpol.



v.l. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg Schönenborn, Dr. Susanne Glass, Dr. Josef Schuster, Prof. Dr. Frank Überall

Foto: Land NRW

Die Beauftragte betonte zum Schluss der Diskussion die Notwendigkeit der digitalen und analogen Medien, klare Haltung zum Antisemitismus zu beziehen, dieses Thema fest in der Journalistenausbildung zu verankern und in der aktuellen hochemotionalen Debatte auch als „Faktenchecker“ zu agieren.

„Ein Übermaß an Hass ist das Ende der Demokratie“ – Vortrag von Michel Friedman und Gespräch mit der Beauftragten im Düsseldorfer Schauspielhaus

Am 23. Mai 1949 wurde in Bonn als Antwort auf das nationalsozialistische Unrechtsregime das Grundgesetz feierlich verkündet. Demokratischer Verfassungsstaat statt Willkürstaat, Freiheitsrechte statt brutaler Unterdrückung und Diskriminierung sind Kernelemente des Grundgesetzes.

Im Kontext des 75. jährigen Grundgesetzjubiläums wurde in der Veranstaltung im Schauspielhaus über die Auswirkungen von Antisemitismus und des Terrorangriffs der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2012/23 auf die Demokratie gesprochen:

Der renommierte Publizist, Philosoph und Rechtsanwalt Michel Friedman schreibt und spricht gegen den Hass und streitet als unermüdlicher Kämpfer für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den respektvollen Umgang aller gesellschaftlichen Gruppen und Religionen miteinander in Deutschland.

Am 5. Mai 2024 trug Michel Friedman im Schauspielhaus Düsseldorf im Rahmen einer Sonntagsmatinee vor einem hochinteressierten Publikum, darunter auch Schulklassen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern, zunächst aus seinem Buch „Judenhass“ vor und diskutierte im Anschluss mit der Beauftragten über den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und die Verteidigung von Grundrechten, Freiheit und Demokratie.

Das Schauspielhaus Düsseldorf setzt sich mit verschiedenen Formaten und Veranstaltungen mit den Themen Antisemitismus und Rassismus engagiert auseinander, zeigt Haltung und bietet zugleich Anregungen für Information und Dialog in diesem Themenfeld. Sein Intendant Wilfried Schulz eröffnete die Veranstaltung.



v.l. Michel Friedman, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Foto: RP hjba

In seinem eindringlichen, sehr persönlichen Vortrag beklagte Michel Friedman das dröhnende Schweigen – statt Solidarität mit den Opfern – nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und die neue Qualität und Dimension, die der Antisemitismus seither gewonnen habe. Er beklagte eine fehlerhafte Erinnerungskultur in Deutschland und Versäumnisse von Politik und Gesellschaft im Bereich der Bildung und im gesellschaftlichen Diskurs. Die Demokratie und ihre Grundwerte, die Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte selbst seien gefährdet, wenn man vor Gewalt kapituliere und respektloses Verhalten nicht rechtzeitig sanktioniere.

Friedman forderte energisch dazu auf, Demokratie nicht nur zu konsumieren: Statt nur von demokratischen Freiheiten und Rechten zu profitieren, solle man sich für deren Erhalt einsetzen und aktiv in gesellschaftliche Prozesse einbringen, um für Demokratie und Freiheit kämpfen. Im anschließenden Gespräch waren sich die Beauftragten und er einig, dass es für eine wehrhafte Demokratie auch unbedingt des (respektvollen) Streites bedürfe.

Das Schauspielhaus Düsseldorf konnte als Partner für die Veranstaltung mit Michel Friedman gewonnen werden und bot eine hervorragende Bühne für das fordernde Thema der Veranstaltung.

Die Musik des „Trio con Spirito¹¹⁷“ und die sorgfältig passend zum Thema kuratierte Musikauswahl der drei jungen Musikerinnen mit Stücken von Felix Mendelsohn-Bartoldy, Klezmermusik und von George Gershwin bildeten einen stimmigen Rahmen der Veranstaltung.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit dem Trio con Spirito
Foto: Büro ASB NRW

¹¹⁷ Mehr über das Trio con Spirito können Sie hier erfahren: <https://www.trio-con-spirito.de/>

Bildungs- und Dialogkampagne „Fragemauer“ in Nordrhein-Westfalen

Mit der Kampagne wurde unmittelbar im Vorfeld des ersten Jahrestages des Terrorangriffs der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 ein wichtiger Akzent für Aufklärungsarbeit und zum Abbau von Vorurteilen gesetzt, um jüdisches Leben sichtbar zu machen, Neugierde zu wecken, Verständnis füreinander zu schaffen und auch den gesellschaftlichen Konsens zu stärken, gegen jede Art von Antisemitismus vorzugehen. „Nur wenn wir uns kennenlernen, werden Vorurteile abgebaut“, betonte die Beauftragte zum Auftakt der Fragemauer in Nordrhein-Westfalen.



v.l. Hans Thomas Kessler, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Dr. Katharina Pieren
Foto: Land NRW/Andrea Bowinkelmann

Die Bildungs- und Dialogkampagne „Fragemauer“¹¹⁸ des European Leadership Network e.V. („ELNET“)¹¹⁹ zielt darauf ab, humorvoll über jüdisches Leben und den Staat Israel zu informieren.

Die Initiative startete im Sommer 2023 als Antwort auf die steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten mit 20 Motiven und einem Spot für Kino und Social Media mit dem Ziel, Fragen zu jüdischem Leben oder Israel zu beantworten und auf diese Weise antisemitische Vorurteile abzubauen und falschen Vorstellungen über Jüdinnen und Juden, jüdisches Leben und Israel entgegenzutreten. ELNET will damit „Wissen, Verständnis und Nähe schaffen und gegen Hass, Diskriminierung und Unwissen antreten“.

Auf der Kampagnen-Webseite können niedrigschwellig und anonym Fragen zum Judentum sowie Israel gestellt werden, die anschließend durch das erfahrene Team von ELNET e.V. beantwortet und veröffentlicht werden.

Die Kampagne wurde von der Hamburger Agentur Philipp und Keuntje kreativ entwickelt und initial von Dr. Felix Klein, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, gefördert.

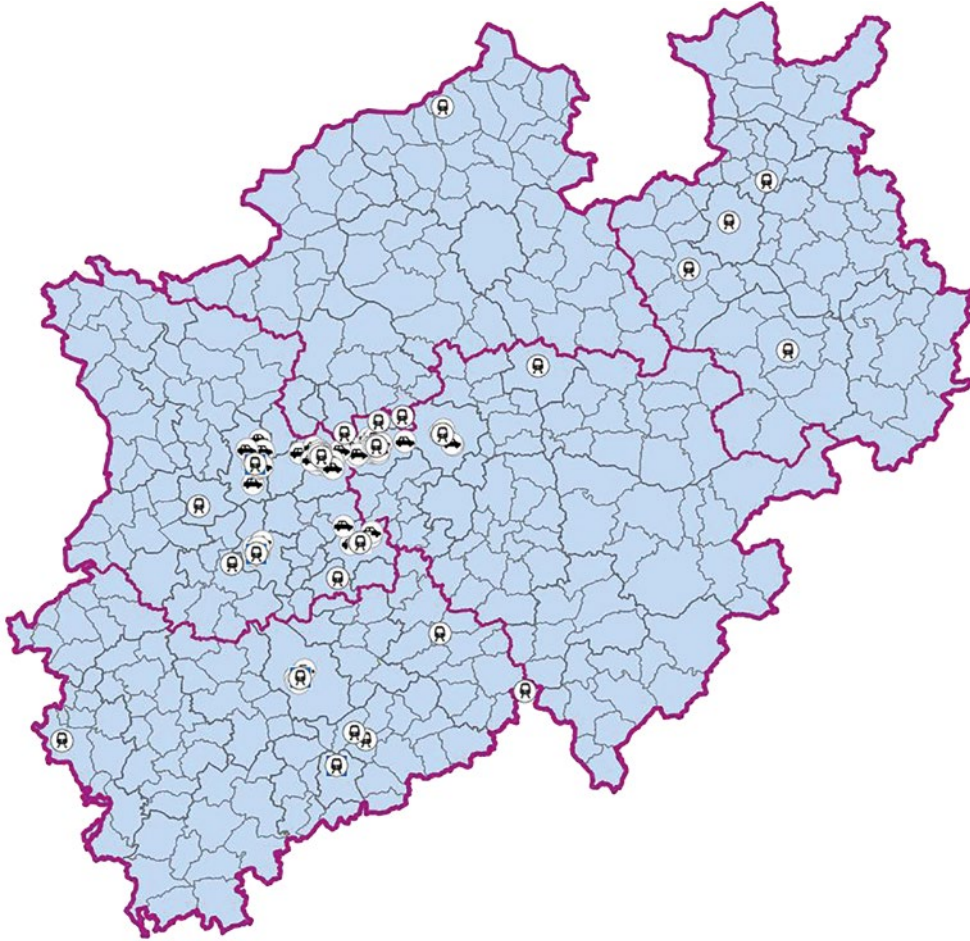
In Nordrhein-Westfalen wurde am 2. Oktober 2024 die landesweite „Fragemauer“-Kampagne von der Beauftragten mit dem ELNET Vorsitzenden, Hans Thomas Kessler, und der Leiterin des Jüdischen Museums Westfalen, Dr. Kathrin Pieren, am Düsseldorfer Hauptbahnhof gestartet. Die Bildungs- und Dialogkampagne will Wissen und Verständnis über das Judentum fördern und aktiv gegen Antisemitismus, Hass und Diskriminierung vorzugehen.

¹¹⁸ Weitere Informationen zur Kampagne und zu weiteren „Fragen/Antworten“ an der Fragemauer können Sie der Website entnehmen: <https://fragemauer.de/>

¹¹⁹ Das 2007 gegründete European Leadership Network ELNET engagiert sich als Denkfabrik und Netzwerk im Kontext der europäisch-israelischen Beziehungen. ELNET arbeitet unabhängig und parteiübergreifend mit Büros in Berlin, Brüssel, Jerusalem, London, Paris, Rom, und Warschau. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf Außen- und Sicherheitspolitik, Antisemitismus und Innovation. Informationen zu ELNET und aktuellen ELNET Projekten finden Sie auf www.elnet-deutschland.de oder auf X/Twitter unter (@ElnetD)

Aus der Vielzahl der Motive der „Fragemauer“ wurden zwei ausgewählt und zu Stoßzeiten an stark frequentierten Orten in Großstädten auf digitalen (Außen-)Werbeflächen geschaltet:

Vom 2. bis zum 12. Oktober 2024 wurden in 27 Städten auf insgesamt 677 Screens an (Haupt-)Bahnhöfen, U- und Schwebefbahnstationen sowie an Hauptverkehrsstraßen zwei Motive der Kampagne gezeigt. Der Kampagnenzeitraum umfasste das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana am 3. und 4. Oktober sowie den höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur (Der Versöhnungstag), am 12. Oktober. Passend zu Jom Kippur war die entsprechende Frage „Wer, was oder wo ist Jom Kippur?“ den ganzen Tag über auf den Screens zu sehen. Das zweite Motiv: „Sind alle Juden Israelis? Sind alle Israelis Juden?“ wirkt israelbezogenem Antisemitismus entgegen.



Quelle: Büro ASB NRW

Für eine möglichst große Breitenwirkung wurden Werbeflächen mit der „Fragemauer“-Kampagne in folgenden Städten geschaltet: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gütersloh, Hagen, Hamm, Herford, Herne, Köln, Krefeld, Münster, Neuss, Oberhausen, Paderborn, Recklinghausen, Rheine, Siegburg, Solingen, Troisdorf, Wuppertal.

Als Social-Media-Partner fungiert das Jüdische Museum Westfalen¹²⁰ in Dorsten, das die „Fragemauer“-Kampagne in Nordrhein-Westfalen über seine Social-Media-Kanäle bei Facebook und Instagram unterstützte.

¹²⁰ <https://www.jmw-dorsten.de/>

5. Geförderte Projekte

Wie schon in den Vorjahren standen der Beauftragten aus ihrem Gesamtbudget Mittel zur Initiierung und Unterstützung von Projekten und Präventionsmaßnahmen zur Verfügung.

Mit dem Haushalt für das Jahr 2024 wurde in die Haushaltsaufstellung ein Haushaltstitel für Zuwendungen in Höhe von 300.000 Euro aufgenommen, was eine deutliche Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr (2023: 200.000 Euro) darstellt und auch den aktuellen Bedarf an derartigen Unterstützungsmöglichkeiten widerspiegelt.

Antragsberechtigt sind ausschließlich juristische Personen des öffentlichen Rechts (beispielsweise Städte, Kreise und Gemeinden sowie Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die auf Landesebene den Status „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ besitzen) und juristische Personen des privaten Rechts, die als gemeinnützig anerkannt sind (beispielsweise Fördervereine kommunaler oder vergleichbarer staatlicher Einrichtungen, anerkannte Träger der freien Jugendhilfe).

Gefördert durch die Beauftragte wurden 2024 Maßnahmen und Projekte, die eines der nachfolgend benannten Handlungsfelder der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS¹²¹) berücksichtigten:

- Handlungsfeld 2: Bildung als Antisemitismusprävention
- Handlungsfeld 3: Erinnerungskultur, Geschichtsbewusstsein und Gedenken
- Handlungsfeld 5: Jüdische Gegenwart und Geschichte

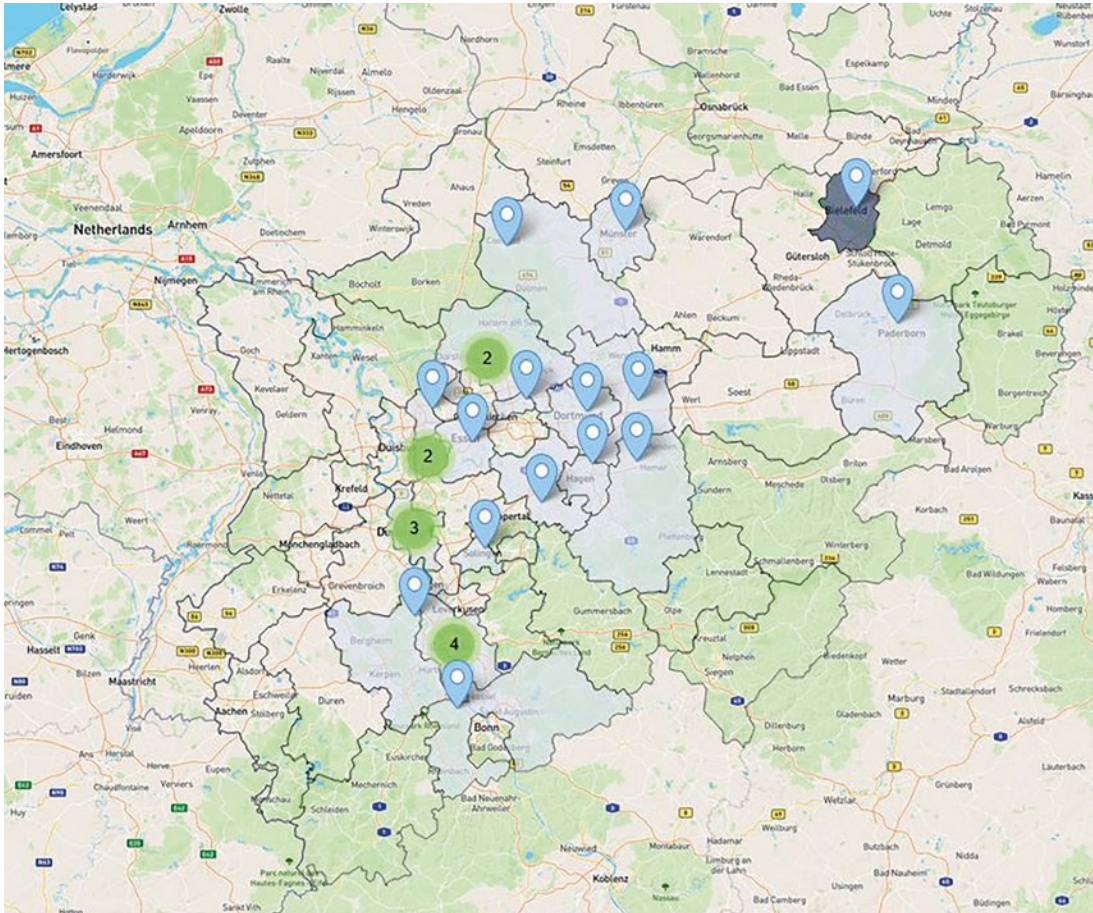
Das Zuwendungsverfahren wurde 2024 vereinfacht und erstmalig vollständig digital abgewickelt, was für allen Beteiligten eine vorteilhafte Vereinfachung des Verfahrens darstellte. Insbesondere gemeinnützigen Vereine und Organisationen wird es damit erleichtert, Zuwendungsmittel zur Förderung für Projekte der Antisemitismusprävention zu beantragen.¹²² Damit konnten deutlich mehr Projekte als im Vorjahr aus Mitteln der Beauftragten unterstützt werden.

Ein besonderes Augenmerk lag 2024 darauf, möglichst viele lokale Projekte aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens zu fördern. Dies ist gelungen, wie die beigegefügte Landkarte zeigt. Zu den dort gekennzeichneten Orten kommen weitere Kommunen hinzu, an denen z.B. im Rahmen von eigenen Projekten oder Kooperationen der Beauftragten wie z.B. mit der „Fragemauer“ Veranstaltungen stattgefunden haben oder Projekte durchgeführt wurden.

¹²¹ Die am 30. November 2022 beschlossene NASAS die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens im Fokus. Hier zum Download: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/nasas.html>

¹²² Informationen zu Fördervoraussetzungen und dem Antragsverfahren finde Sie unter: <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/zuwendungen>

Landkarte Projektförderung 2024 der Antisemitismusbeauftragten NRW



2024 konnten erneut zahlreiche und vielfältige Projekte aus dem Budget der Beauftragten gefördert werden. Einige von Ihnen werden nachfolgend vorgestellt¹²³.

Hinweis: An einigen Orten wurden mehrere Projekte gefördert, die jeweilige Zahl steht für die Anzahl der Förderungen in der betreffenden kreisfreien Stadt oder dem Kreis.

¹²³ Hinweis: Die Auswahl der hier vorgestellten Projekte stellt weder eine Bewertung noch Rangordnung dar. Die Beschreibungen der Projekte erfolgten durch die Projektpartner und werden hier kommentarlos wiedergegeben.

Unterstützung der Antisemitismusprävention an der Universität Münster: Einzelveranstaltungen und Ringvorlesungen



Foto: Uni Ms – Peter Grewer

Im Juni 2023 hatte das Rektorat der Universität Münster als erste Hochschule in Nordrhein-Westfalen das Amt eines Beauftragten gegen Antisemitismus eingerichtet und Ludger Hiepel ernannt. Durch die finanzielle Unterstützung aus dem Budget der Beauftragten des Landes konnten im Sommersemester 2024 und im Wintersemester 2024/25 in Kooperationen mit anderen Lehrenden der Universität Einzelveranstaltungen und Ringvorlesungen mit externen Gästen durchführen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag im Sommersemester auf der schulischen Bildung als zentralem Ort antisemitismuskritischer Prävention. In einer interdisziplinär angelegten Ringvorlesung wurde diskutiert, wie Bildungsprozesse historisches Bewusstsein stärken und antisemitischen Denkweisen entgegenwirken können.

Dabei zeigte sich, dass Lehrkräfte besonders gefordert sind, historische Kontinuitäten des Antisemitismus zu erkennen und aktuelle Erscheinungsformen wie Verschwörungserzählungen und antisemitische Narrative auf Social-Media-Plattformen pädagogisch aufzuarbeiten. Die Beiträge machten zugleich deutlich, dass Präventionsarbeit nicht allein durch Wissenstransfer, sondern durch reflektierte Haltung und Beziehungsarbeit in der pädagogischen Praxis wirksam wird.

Erkenntnisse aus den öffentlichen Abendvorträgen und Gesprächsrunden am Folgetag sind in ein Konzeptpapier zur Implementierung von antisemitismuspräventiven Inhalten und Kompetenzen in die Curricula der universitären Lehrkräftebildung eingeflossen.¹²⁴

Ein zweiter inhaltlicher Fokus lag auf der gesellschaftlichen Wirkung des Hamas-Israel-Krieges nach dem 7. Oktober 2023. Eine Ringvorlesung nahm unter dem Titel „Krisenregion Naher Osten“ die Polarisierungseffekte des Krieges in den Blick.

¹²⁴ Das Konzeptpapier kann hier heruntergeladen werden: <https://n-j-h.de/wp-content/uploads/2024/11/THEIN-HIEPEL-BERNSTEIN-Antisemitismuspraevention-Lehrkraeftebildung.pdf>



v.l. Sylvia Löhrmann, Ludger Hiepel
Foto: Büro ASB NRW¹²⁵

Im Wintersemester 2024/25 widmete sich eine Ringvorlesung der historischen und aktuellen Ausprägung des Antisemitismus. Dabei stand einerseits die ideengeschichtliche Analyse klassischer antisemitischer Texte und Motive im Mittelpunkt, etwa mit Blick auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ oder literarischen Darstellungen. Andererseits wurde der Blick auch auf gegenwärtige Ausdrucksformen gelenkt.

Weitere Informationen und einige Videoaufzeichnung zu den Veranstaltungen und Ringvorlesungen stehen unter <https://www.uni-muenster.de/Rektorat/gegen-antisemitismus.html> zur Verfügung.

Aktionswoche sowie Zentrale Gedenkveranstaltung Hagen: „Gegen das Vergessen – für ein friedvolles Miteinander“



Foto: Stadt Hagen

Bereits seit Jahren ist eine wachsende Zustimmung für antidemokratische Ideen und Parteien, verbunden mit rassistischen und antisemitischen Taten zu beobachten.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative des Hagener Oberbürgermeisters Erik O. Schulz ein Arbeitskreis gegründet, dem rund 50 Hagener Institutionen und Personen angehören und der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Erinnerungskultur gemeinsam zu stärken.

¹²⁵ Das Bild zeigt die Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur und Ludger Hiepel, den Beauftragten gegen Antisemitismus an der Universität Münster beim Antrittsbesuch.

Im Zeitraum vom 25. Oktober bis zum 15. November 2024 fand in Hagen eine Aktionswoche unter dem Motto „Gegen das Vergessen – für ein friedvolles Miteinander“ statt, an dem sich zahlreiche Akteure des Arbeitskreises beteiligten.



Sylvia Löhrmann
Foto: Büro ASB NRW

Die zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen der Gedenkwoche waren durchweg gut besucht und fanden großen Anklang in der Bevölkerung.

Ergänzend lud der Arbeitskreis „Gedenk- und Erinnerungskultur“ der Stadt Hagen, koordiniert durch das Büro des Oberbürgermeisters, im Vorfeld Schulen und Jugendprojekte ein, eine zentrale Gedenkveranstaltung zur 86. Pogromnacht partizipativ zu gestalten.

Bei der zentralen Gedenkveranstaltung war auch die Beauftragte des Landes zugegen und richtete ein Grußwort an die zahlreichen Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung.

Es beteiligten sich 11 Schulen, das Jugendprojekt „Lichter der Großstadt“, das Junge Theater LUTZ sowie weitere Akteure.



Foto: Stadt Hagen

Das Bühnenprogramm wurde gestaltet durch

- Albrecht-Dürer-Gymnasium,
- Christian-Rohlf-Gymnasium,
- Fichte-Gymnasium, Gesamtschule Eilpe,
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hagen und Umgebung e.V.,
- Heinrich-Heine-Realschule,
- Hildegardis-Schule,
- Jüdische Kultusgemeinde Hagen,
- Jugendprojekt „Lichter der Großstadt“,
- Jugendring Hagen,
- Kaufmannsschule II,
- Junges Theater LUTZ,
- Music Office Hagen,

- Rahel-Varnhagen-Kolleg,
- Realschule Hohenlimburg,
- Ricarda-Huch-Gymnasium,
- Theodor-Heuss-Gymnasium,
- Wilhelm-Busch-Förderschule
- unterstützt durch Volkshochschule Hagen und Hagener Heimatbund

Parallel zum Bühnenprogramm fand die Vernissage der gleichnamigen Ausstellung mit den selbstgestalteten Kunstwerken Hagener Schülerinnen und Schülern statt.

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und das Fördern einer lebendigen Erinnerungskultur ist eine dauerhafte Aufgabe und gerade der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Das gemeinsam gesteckte Ziel, Erinnerungskultur unter aktiver Beteiligung von jungen Menschen lebendig zu halten und öffentlich wahrnehmbar zu machen, wurde mit der Entwicklung des partizipativen Formats erreicht.

Allein über 400 Bürgerinnen und Bürger besuchten die durch junge Menschen gestaltete zentrale Gedenkveranstaltung auf dem Hagener Friedrich-Ebert-Platz.

Hier wurde mit Beiträgen aus den Bereichen Musik, Theater, Poetry-Slam, Video sowie den eigens durch Schülerinnen und Schüler gestalteten Kunstwerken ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gesetzt.

„Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten“ – Zentrum für Verfolgte Künste, Solingen¹²⁶

Internationale Tagung zu Marian Ruzamski und dem Kampf gegen Antisemitismus



Am 4. und 5. September 2024 stand das Zentrum für verfolgte Künste ganz im Zeichen eines Künstlers, dessen Werk und Lebensgeschichte aktueller kaum sein könnten: Marian Ruzamski (1889–1945), polnisch-jüdischer Maler, Überlebender des Ghettos von Tarnów, Häftling in Auschwitz – und Chronist einer untergegangenen Welt. Unter dem Titel „Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten“ widmete sich die Tagung dem Leben und Werk dieses Künstlers – und nutzte sie zugleich als Ausgangspunkt für eine breite Auseinandersetzung mit historischem wie aktuellem Antisemitismus. Die Veranstaltung wurde von der Journalistin Shelly Kupferberg moderiert.

¹²⁶ Hinweis: Alle Bildrechte in diesem Beitrag liegen bei Daniela Tobias/Zentrum für verfolgte Künste

Den Auftakt am 4. September bildete eine feierliche Eröffnung mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW), Sylvia Löhrmann (Vorsitzende des Förderkreises) und Rafał Sobczak (Direktor des Polnischen Instituts Düsseldorf).



Im Anschluss daran erklang Musik: Die Violinistin Klara Gronet und die Pianistin Sonja Kowolik interpretierten Werke von Lutosławski, Weinberg, Bacewicz und Schumann.

Der 5. September war den wissenschaftlichen Inhalten gewidmet. In vier thematisch ausgerichteten Panels diskutierten Expert:innen über zentrale Fragestellungen rund um Marian Ruzamski und den Umgang mit Antisemitismus. So analysierten u.a. Dr. Maria Anna Potocka (MOCAK Krakau) und Dr. Tadeusz Zych (Schlossmuseum Tarnobrzeg) Ruzamskis Rolle in der polnischen Kunstgeschichte. Die Bedeutung von Kunst als Widerstandsform beleuchteten Dr. Delfina Jałowik (Bunkier Sztuki Krakau) und Agnieszka Sieradzka (Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau).

Aktuelle Herausforderungen im Bereich der Antisemitismusprävention standen im Fokus von Dr. Anke Hoffstadt und Dr. Joachim Schröder (Hochschule Düsseldorf) sowie Dr. Kathrin Pieren (Jüdisches Museum Westfalen). Einen historischen Bogen spannte schließlich Prof. Dr. Christoph Rass (Universität Osnabrück), der zur deutschen Besatzungspolitik in Polen und ihren antisemitischen Strukturen sprach.



v.l. Dr. Maria Anna Potocka, Gesandter Rafał Sobczak, Dr. Delfina Jałowik, Dr. Tadeusz Zych, Jakub Pączek, Agnieszka Sieradzka, Dr. Joachim Schröder

Eine abschließende Diskussionsrunde fasste die Erkenntnisse des Tages zusammen und warf einen Blick nach vorn: Welche Formate eignen sich, um das Gedenken an Verfolgung und Widerstand in Bildungs- und Kultureinrichtungen lebendig zu halten? Wie lassen sich die Erfahrungen künstlerischer Auseinandersetzung mit der Schoa in heutige Bildungsarbeit übertragen? Die Ergebnisse des Workshops werden 2025 in eine Ausstellung¹²⁷ zu Marian Ruzamski münden.

¹²⁷ Die Ausstellung „Marian Ruzamski – Kunst der Erinnerung“ läuft 2025 vom 8. Mai bis 14. September 2025. Nähere Informationen auf: <https://www.verfolgte-kuenste.com/wechselausstellungen/marian-ruzamki-kunst-der-erinnerung>



Junge Zweitzeug*innen in NRW – gemeinsam Erinnerungskultur gestalten und Demokratie stärken

ZWEITZEUGEN e.V.¹²⁸ ermutigt und befähigt (junge) Menschen, durch das Weitergeben der Geschichten von Überlebenden des Holocaust selbst zu zweiten Zeug*innen, zu Zweitzeug*innen zu werden und sich gegen Antisemitismus und Diskriminierung im Heute einzusetzen. Der Verein hat bisher 38 Geschichten dokumentiert und mehr als 45.000 Kinder und Jugendliche erreicht.

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen förderte die ZWEITZEUGEN-Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 mit 35.000 Euro. Allein durch diese Förderung konnten mehr als 2.200 Kinder und Jugendliche an 93 ZWEITZEUGEN-Workshops teilnehmen. Darunter auch Förderschulen und außerschulische Lernorte wie Fußball-Lernzentren und Jugend-einrichtungen. Auch für Multiplikator*innen und Lehrkräfte konnten verschiedene Vorträge und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt werden.



Der Schwerpunkt der Arbeit lag vor allem darin, vertiefende und ausführliche Formate mit den Kindern und Jugendlichen zu gestalten und sie in sogenannten „Hand-Projekten“ zur eigenen kreativen Auseinandersetzung mit dem Thema Holocaust zu stärken.

Ein besonderes Highlight war der erste ZWEITZEUGEN-Geschichtswettbewerb, bei dem die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen als Jurorin mitwirkte. Kinder und Jugendliche aus Köln beschäftigten sich auf kreative Weise mit verschiedenen Formen von Antisemitismus und Ausgrenzung – sie erstellten Videos, gestalteten eine Ausstellung und organisierten eine Zweitzeug*innen-Veranstaltung.

¹²⁸ Hinweis: Alle Bildrechte in diesem Beitrag liegen bei Zweitzeugen e.V.



Bei der Preisverleihung des Wettbewerbs waren die Zeitzeug*innen Tamar Dreifuss und Leon Weintraub vor Ort und zeichneten die Gewinner*innen aus.

Der Terrorangriff der Hamas am 7.10.2023 und die Folgen wie der Israel-Gaza-Krieg beeinflussen die ZWEITZEUGEN-Bildungsarbeit. Die Workshop-Nachfrage bleibt hoch und die Herausforderungen in den Bildungseinheiten steigen. Es kursieren vermehrt Fehlinformationen, antisemitische Codes und Polarisierung, vor allem durch soziale Medien. Lehrkräfte fühlen sich unsicher im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus und Islamismus. Um dem in der Bildungsarbeit begegnen zu können, stärkt ZWEITZEUGEN e.V. seine Mitarbeitenden durch Fortbildungen, entwickelt Schutzkonzepte und vernetzt sich mit Partner*innen.



Foto: Stadt Iserlohn

„Erinnern im Nahraum: Eine filmische Dokumentation auf den Spuren jüdischen Lebens und zu den Folgen des Nationalsozialismus in Iserlohn“

Während das vielfach bekannte Schicksal von Anne Frank häufig als ein konkretes Beispiel für die Gräueltaten und den Machtapparat der Nationalsozialisten eingesetzt wird, spielen die lokalen Schicksale mitunter eine untergeordnete Rolle und bleiben ein Stück weit blass. Um jungen Menschen die Geschichte vor Ort, in ihrer Heimatstadt, zugänglich zu machen, sie zu informieren und zu sensibilisieren, hat der erzieherische Kinder- und Jugendschutz der Stadt Iserlohn die filmische Dokumentation „Erinnern im Nahraum“ realisiert.

Der rund 50-minütige Film¹²⁹ arbeitet ein schwieriges Thema niedrigschwellig, jedoch historisch fundiert so auf, dass er einer jungen Zielgruppe einen konkreten Einblick in die perfiden Machenschaften der Nationalsozialisten vor Ort gibt. Denn: Ausgrenzung, Verfolgung und Verschleppung von Jüdinnen und Juden sowie weiteren Minderheiten haben vor unserer Haustür stattgefunden. Viele der über 100 jüdischen Frauen, Männer und Kinder aus Iserlohn ermordeten Hitlers Schergen in den Gaskammern der Konzentrationslager. Anhand konkreter Schicksale der Familie Becker, von Martha und Willy Giebe, der Familie Ehrlich sowie von Paul Hoffmann, gibt die Doku all denen ein Gesicht, die von Freunden zu Feinden wurden, denen sämtliche Menschenwürde genommen wurde und die den von langer Hand geplanten Weg in den Tod finden sollten.

Neben Informationen zur Gründung der jüdischen Gemeinde in Iserlohn sowie Einblicke in das gesellschaftliche Leben der religiösen Gemeinschaft erfolgt eine historische Einordnung in den Gesamtkontext. Dabei versucht der Film, klassische W-Fragen ebenso zu beantworten wie abstrakte Begriffe wie Holocaust, Deportation, Reichspogromnacht, Diskriminierung oder Diktatur mit Beispielen zu erklären. Zum Einsatz kommt dabei umfangreiches Material aus dem Iserlohner Stadtarchiv, das durch aktuelle Filmszenen, darunter Interviews mit einer über 90-jährigen Zeitzeugin, mehreren sogenannten Zweitzeugen sowie jungen Iserlohnern, komplettiert wird.

¹²⁹ Der rund 50-minütige Film steht (nicht nur, aber besonders für) Schulen und Lerngruppen zur Verfügung. Seit 9. Mai 2025 kann der Film „Erinnern im Nahraum“ auch über die Homepage der Stadt Iserlohn angesehen werden: www.iserlohn.de/kultur/stadtarchiv/stadtgeschichte/erinnern-im-nahraum. Die Dokumentation ist in mehrere Abschnitte gegliedert. Dies ermöglicht auch eine Unterbrechung des Films zur Vertiefung einzelner Aspekte während des Unterrichts.

Einen weiteren wichtigen Baustein nehmen die Entwicklung der lokalen Erinnerungskultur sowie die Bemühungen der aktuellen Gedenkarbeit ein.

Das Projektteam bestand aus Alexandra Lehmann (Redakteurin), Alwine Witte (FriedensPlenum Iserlohn), Christian Penn (Mediengestalter), Jörg Simon (Erzieherischer Jugendschutz der Stadt Iserlohn) und Rico Quaschny (Stadtarchiv).

„Mit Dialog – Zum Verständnis. Jüdisch-Malikitische Begegnungen“

Die Idee zu diesem Projekt entstand im Büro der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur:



v.l.: Michael Anger, Prof. Dr. Karim Fereidooni, Julia Fradin, Rachid Amjahad, Said Koumbaz

Es wurde ins Leben gerufen, um dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland, insbesondere unter jungen Musliminnen und Muslimen, aktiv entgegenzuwirken. Die gesellschaftliche Entwicklung – insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 – zeigte eine deutliche Zunahme antisemitischer Narrative, die häufig mit historischen Stereotypen, israelbezogenen Ressentiments und Verschwörungsmysmen verknüpft sind.

Zugleich wurde eine spürbare Zunahme von Vorurteilen und Ängsten jüdischer

Jugendlicher gegenüber muslimischen Jugendlichen festgestellt – Ausdruck wechselseitiger Verunsicherung und wachsender Distanz zwischen beiden Gruppen.

Ziel des Projekts war es, den Dialog zwischen jüdischen und muslimischen Jugendlichen zu fördern, gegenseitiges Verständnis aufzubauen und Handlungsstrategien gegen Vorurteile, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Der Projektzeitraum erstreckte sich von September 2024 bis Februar 2025. Für die Projektumsetzung konnten das Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e.V.¹³⁰ und das Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf gewonnen werden. Diese Kooperation bildete die Grundlage für einen mutigen und beispielhaften Schritt hin zu mehr Dialog, Offenheit und gegenseitigem Verständnis.

Zentrale Maßnahmen waren u.a. der Workshop „Antisemitismus, ein Phänomen aus dem 20. Jahrhundert?“, der historische Aspekte jüdisch-muslimischer Beziehungen beleuchtete und Wissen zu Antisemitismus und Rassismus vermittelte.

Ein weiterer Workshop mit Prof. Dr. Karim Fereidooni¹³¹ mit dem Titel „Antisemitismus in Schule und Gesellschaft“ thematisierte strukturelle Diskriminierung, Alltagsrassismus und die Unterscheidung zwischen Antisemitismus und anderen Formen von Rassismus. Die



¹³⁰ Hinweis: Alle Bildrechte in diesem Beitrag liegen bei: Malikitische Gemeinde Deutschland e.V

¹³¹ Ruhr Universität Bochum, <https://www.sowi.ruhr-uni-bochum.de/sowifd/index.html.de>

Jugendlichen analysierten aktuelle Daten aus der Mitte-Studie 2023¹³², die ein wachsendes gesellschaftliches Klima rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen belegt.

Parallel dazu wurde mit jüdischen Schülerinnen und Schülern intensiv über antimuslimischen Rassismus diskutiert. Hierbei standen Erfahrungen von Diskriminierung in Schule, Beruf, im Behördenkontakt und im Alltag im Vordergrund. Auch wurden Vorurteile gegenüber Musliminnen und Muslimen kritisch reflektiert – ein Schritt, der im Sinne eines ausgewogenen und ehrlichen Dialogs ausdrücklich gefördert wurde. In beiden Gruppen wurde die Bedeutung wechselseitiger Empathie und die Notwendigkeit gemeinsamer Lösungsansätze betont.



Ein besonderer Höhepunkt war ein gemeinsamer Kochtag, bei dem muslimische und jüdische Jugendliche in einem geschützten Rahmen zusammenkamen. Beim Zubereiten traditioneller marokkanischer Speisen¹³³ entstand eine offene, vertrauensvolle Atmosphäre, die es ermöglichte, persönliche Geschichten zu teilen und kulturelle Gemeinsamkeiten zu entdecken. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten von einem spürbar gestärkten Gemeinschaftsgefühl und einem veränderten Blick auf die jeweils andere Gruppe.

Insgesamt leistete das Projekt einen nachhaltigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung und zur Prävention von Antisemitismus sowie antimuslimischem Rassismus. Die Kombination aus theoretischem Input, kritischer Reflexion und persönlicher Begegnung erwies sich als besonders wirksam.

Ein herzlicher Dank gilt den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern, die sich allesamt freiwillig für das Projekt gemeldet haben – sowie ihren Eltern, die dazu ihr Einverständnis gaben. Dies war in der aktuellen Situation keineswegs selbstverständlich und verdient besondere Anerkennung.

¹³² „Die distanzierte Mitte .Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23“. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter; nähere Informationen zu zentralen Erkenntnissen der Studie s. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

¹³³ Das Bild zeigt eine „Tajine“, ein in der marokkanischen Küche verwandtes traditionelles Kochgefäß, mit dem Fleisch- (vor allem Lamm und Huhn), Fisch- und Gemüsegerichte, aber auch süße Speisen geschmort werden.

Gegen das Vergessen: Schülerinnen und Schüler der Europaschule Bornheim nehmen an virtuellen Führungen durch das KZ Auschwitz-Birkenau teil¹³⁴



Im November und Dezember 2024 erhielten die Schülerinnen und Schüler der Europaschule Bornheim die Gelegenheit, an virtuellen Führungen durch das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau teilzunehmen. Beteiligt waren insgesamt 13 Kurse aus den Jahrgangsstufen 10, Q1 und Q2¹³⁵.

Der Name war Programm: Mit den Worten „Auschwitz in front of your eyes“ wurden die Schülerinnen und Schüler in ihren jeweiligen Kursen virtuell begrüßt. Nach einem kurzen Einleitungsfilm stellte sich ein Guide vor, der während der nun folgenden 60 Minuten durch das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz führte: Live durchgeführt dank eindrucksvoller Technik, die auch Bild- und Toneinblendungen beinhaltete und gegen Ende Fragen der Lerngruppen ermöglichte.

Gezeigt wurden zahlreiche Orte des Schreckens, darunter die Lagerkasernen, der Appellplatz und schließlich das berühmte Krematorium. Dies hinterließ einen bleibenden Eindruck bei Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften gleichermaßen – und wurde allseits als bereichernde Erfahrung empfunden.

Für den Schulleiter der Europaschule Bornheim, den Geschichts- und Philosophielehrer Eike Brandt, sind Programme wie „Auschwitz in front of your eyes“ heute wichtiger denn je: „Nie wieder ist jetzt! Der Satz sagt sich leicht, wiegt umso schwerer – und doch bleibt im schulischen Alltag oft viel zu wenig Zeit, um ihn unmittelbar erfahrbar zu machen. Gerade dies ist für uns als Europaschule und „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ aber von zentraler Bedeutung. Wenn gleich eine Gedenkstättenfahrt durch nichts zu ersetzen ist, bin ich dankbar für die Gelegenheit, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen virtuellen Besuch in Auschwitz-Birkenau zu ermöglichen. Denn auch der hilft gegen das Vergessen!“

Dies sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ähnlich – darunter auch eine Q2-Schülerin, die insbesondere die Bildaufnahmen aus dem Gestapo-Gefängnis im Keller einer Kaserne beschäftigten: „Die Zellen sind ja winzig klein – und da musste man dann tagelang alleine stehen?!“, so die Schülerin im Nachgespräch mit Geschichtslehrer Dr. Benjamin Becker, der das Projekt schulseitig koordiniert hatte. Solche und ähnliche Fragen verdeutlichten den Schrecken des KZ-Alltags – der im Rahmen der jeweiligen Unterrichtsvor- und Nachbereitungen jeweils inhaltlich und didaktisch thematisiert wurde.

¹³⁴ Hinweis: Die Europaschule Bornheim war damit eine der Schulen, die von dem besonderen Präventionsangebot der Beauftragten für Schulen Gebrauch machte: Für digitale Führungen von Schulklassen durch die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau waren im Budget der Beauftragten Fördermitteln reserviert worden, um Schulen bei der Realisierung dieses virtuellen Gedenkstättenbesuchs zu unterstützen.

¹³⁵ Q1 = Jahrgangsstufe 12, Q2 = Jahrgangsstufe 13.

6. Studien/Forschung

6.1 Studie der Beauftragten zu „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ („Dunkelfeldstudie“¹³⁶)

Die Ergebnisse der 2022 gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Innenministerium von der Beauftragten in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ wurden am 24. September 2024 der Öffentlichkeit vorgestellt.



v.l. Prof. Dr. Lars Rensmann; Prof. Dr. Heiko Beyer, NRW Innenminister Herbert Reul, ASB NRW Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Foto: Land NRW/Martin Götz

Mit Prof. Dr. Heiko Beyer und Prof. Dr. Lars Rensmann wurden zwei renommierte Experten für das Projekt gewonnen. Auch die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Innenministeriums wurde intensiv in die Umsetzung des Projekts eingebunden.

Die für die Dunkelfeldstudie quantitative Face-to-Face Befragung von 1300 per Quotenverfahren ausgewählten Personen (Mindestalter 16 Jahre) wurde vom Institut für Demoskopie Allensbach im Zeitraum vom 8. März bis 13. April 2024 durchgeführt und ermöglichte so, auch die Auswirkungen des 7. Oktober 2023 zu berücksichtigen.

¹³⁶ Die „Dunkelfeldstudie“ zum Nachlesen als Download ist auf der Homepage der Beauftragten zu finden: https://antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2025-04/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_2024.pdf

Die Studie ist die erste große Umfrage zu antisemitischen Vorurteilen in Nordrhein-Westfalen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den Auswirkungen auf das Leben der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen. In der Studie wurde mit multiplen Regressionsmodellen geprüft, inwiefern bestimmte Gruppen auch unter Kontrolle anderer Merkmale besonders hohe Antisemitismuskwerte aufweisen. Die Studie hilft, die aktuell unzureichende Datenlage zu verbessern und ergänzt die bisherige intensive Arbeit der Landesregierung gegen Antisemitismus. Innovativ an der Dunkelfeldstudie sind neben der umfassenden und neuen Erhebung antisemitischer Einstellungen auch Experimente zu antisemitischem Verhalten in unterschiedlichen Kontexten.



Foto: Land NRW/Martin Götz

Die berichteten Ergebnisse sind durch Gewichtung für soziodemografische und regionale Verteilungen der Grundgesamtheit laut Aussage des Erhebungsinstituts als „repräsentativ“ für die nordrhein-westfälische Bevölkerung einzuschätzen.



Die Ergebnisse der „Dunkelfeldstudie“ sind erschreckend:

- Nahezu jeder zweite will einen „Schlussstrich“ unter den Holocaust, das größte Menschheitsverbrechen, den Mord von 6 Millionen Jüdinnen und Juden, ziehen;
- bis zu 24 Prozent (je nach Erscheinungsform) weisen gefestigte antisemitische Einstellungen auf;
- 46 Prozent stimmen codierten Aussagen zu, die einen übermäßigen jüdischen Einfluss in der Welt wahrnehmen;
- 38 Prozent setzen die israelische Politik tendenziell mit der nationalsozialistischen gleich;
- Rund 40 Prozent stimmen zu, dass ihnen durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer werden.

So erschütternd die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie auch sind, so ermöglichen sie doch, künftig gezielter und fokussierter Präventionsmaßnahmen und Handlungskonzepte zu entwickeln.

6.2 Weitere Studien und Publikationen

Wie schon im vergangenen Bericht, sollen beispielhaft einige weitere Studien vorgestellt werden, die sich mit verschiedenen Bereichen der Erscheinungsformen von Antisemitismus auseinandersetzen. Auch wenn diese nicht speziell auf Nordrhein-Westfalen ausgerichtet sind, lassen sich für das bevölkerungsreichste Bundesland oftmals Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen ziehen.

Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen

Die mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geförderte Studie¹³⁷ der Universität Konstanz wurde im April 2025 veröffentlicht und verknüpfte nach einer ersten Datenerhebung im Dezember 2023 die Ergebnisse einer Online-Befragung von Studierenden im Dezember 2024 zum Meinungsklima im Kontext des Nahostkonflikts und zu antisemitischen Haltungen an deutschen Hochschulen mit denen einer zeitgleich erfolgten Befragung von Hochschulleitungen¹³⁸ zu antisemitischen Vorfällen und den Reaktionen der Hochschulen darauf. Weitere Feststellungen der Studie lauten, dass der linke den rechten Antisemitismus an Hochschulen dominiert und Universitäten deutlich häufiger betroffen sind von antisemitischen Vorfällen als Hochschulen. Bemerkenswert ist, dass (nicht jüdische) Studierende die Situation anders bewerten als die Hochschulleitungen und sie als deutlich weniger brisant bewerten. Insgesamt konstatiert die Studie eine starke Betroffenheit von Hochschulen durch antisemitische Vorfälle sowie antisemitische Ressentiments auf konstantem Niveau und mahnte insbesondere in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus und die Auswirkungen des Nahostkonflikts zu erhöhter Wachsamkeit und plädierte für mehr Aufklärungsarbeit, um Wissensdefizite bei Studierenden und Hochschulpersonal zu beheben.

Antisemitismus an deutschen Hochschulen – Ein Lagebericht¹³⁹

Wie sich die Situation aus der Betroffenenperspektive von jüdischen Studierenden seit dem 7. Oktober 2023 darstellt, begutachtet der zu Beginn 2025 veröffentlichte gemeinsame Lagebericht des American Jewish Committee Berlin Ramer Institute for German Jewish Relations (AJC Berlin) und der Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) mit Beiträgen des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender¹⁴⁰ und des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS).

Der Bericht dokumentiert einen rapiden Anstieg der antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 (von 2.616 Vorfällen in 2022 auf 4.782 in 2023¹⁴¹) und illustriert die andauernde Ausnahme-situation für jüdische Studierende u.a. anhand von konkreten antisemitischen Vorfällen und Erzählungen, verbunden mit Handlungsempfehlungen für Verantwortliche im Hochschulkontext und in der Politik.

Leipziger Autoritarismus Studie – Autoritäre Dynamiken

Das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der theologischen Fakultät der Universität Leipzig untersucht seit 2002 regelmäßig mit repräsentativen Erhebungen im Zwei-Jahres-Rhythmus, wie weit rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Die Studie wird seit 2018 in Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt und alle zwei Jahre veröffentlicht, zuletzt im November 2024¹⁴².

¹³⁷ https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie_antisemitismus_an_hs.pdf?__blob=publicationFile&Prozent3Bv=1

¹³⁸ 94 Hochschulleitungen folgten der Einladung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zur Teilnahme an der Online-Befragung

¹³⁹ https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf

¹⁴⁰ Nähere Informationen zu diesem Netzwerk, das sich in Reaktion auf die Situation an den Universitäten und Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023 gegründet hat, auf: <https://n-j-h.de/>

¹⁴¹ Die RIAS Zahlen für 2024 wurden erst 2025 veröffentlicht und konnten nicht in den Bericht einfließen.

¹⁴² Die aktuelle Leipziger Autoritarismus Studie 2024 zum Nachlesen im Download: <https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf>

„Vereint in Ressentiments“ konstatierte die Studie 2024 mit einer wachsenden Demokratieskepsis und einer steigenden Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen bei Teilen der Befragten, mit einer Annäherung der Einstellungen im Westen zu denen im Osten.

Für den Bereich Antisemitismus wird für 2024 im Westen¹⁴³ ein leichter Anstieg bei „Zustimmung zu antisemitischen Aussagen“ auf 4,6 Prozent festgestellt, während im Osten lt. Studie Zahl der manifesten Antisemit:innen auf 1,8 Prozent gesunken sei (2022: 3 Prozent). Gleichzeitig sei die latente Einstellung zu einzelnen (antisemitischen) Aussagen höher. 2024 untersuchte die Studie erstmalig postkolonialen und antizionistischen Antisemitismus. Erfasst werden sollte, wie nach dem 7. Oktober 2023 in linken Milieus antisemitische Einstellungen geäußert werden können, mit erschreckenden Ergebnissen: 13,2 Prozent stimmen voll und ganz zu, dass es besser wäre, „wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden“. Weitere 24 Prozent stimmen dem latent zu. Insgesamt bestätigten die Ergebnisse der Studie: „Der Antisemitismus als Brückenideologie funktioniert, er verbindet linke und rechte Milieus“¹⁴⁴.

Decoding¹⁴⁵ Antisemitism: An AI-driven Study on Hate Speech and Imagery Online

Das interdisziplinäre und transnationale Forschungsprojekt untersuchte mit einem internationale Team von 20 Wissenschaftler*innen unter Leitung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin 2020 bis 2024, wo und wie Antisemitismus in den Kommentarbereichen von Mainstream-Medien in den Ländern Großbritannien, Frankreich und Deutschland¹⁴⁶ auftritt.

Dabei wurde bei „Diskursereignissen“ (wie u.a. der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023; Äußerungen von Rapper Kanye West oder Elon Musk), die online hohe Wellen von Antisemitismus auslösten, die Kommentarspalten¹⁴⁷ der Online-Auftritte von u.a. The Guardian, Le Monde oder DIE ZEIT sowie deren Accounts auf sozialen Medienplattformen wie Facebook, YouTube, Twitter (jetzt X), Instagram und TikTok untersucht und ausgewertet.

¹⁴³ Für die Jahre 2002–2022 im Westen Deutschlands von der Studie sinkende antisemitischen Einstellungen (von 13,8 Prozent auf 3 Prozent) konstatiert worden.

¹⁴⁴ Zitat aus PM 2024/184 vom 13. November 2024

¹⁴⁵ Die mehrjährigen Forschungsergebnisse zum Nachlesen finden Sie im Download hier: <https://decoding-antisemitism.eu/publications/>

¹⁴⁶ Wobei Großbritannien vor Frankreich und Deutschland lt. Studie die Spitzenposition bei den antisemitischen Kommentaren einnimmt.

¹⁴⁷ Ca. 130.000 Userkommentare wurden im Detail analysiert, s. <https://www.tu.berlin/ueber-die-tu-berlin/profil/pressemitteilungen-nachrichten/eine-riesige-dunkelziffer-studie-zu-antisemitismus-im-internet/interview-zu-eine-riesige-dunkelziffer>

Zu den Erkenntnissen, die mit dieser Studie gewonnen wurden, zählen u.a. die Feststellungen, dass sich nach dem 7. Oktober 2023 „international eine völlig neue Form antisemitischer Kommunikation der sog. „Selbstpositionierungen“ gebildet habe, „bei denen User*innen offen den Terror vom 7. Oktober 2023 gutheißen, begrüßen und rechtfertigen“ ohne die sonst für israelbezogenen Antisemitismus üblichen Stereotypen und Analogien zu verwenden. Zu den Ergebnissen dieser Studie zählt ebenfalls, dass „in politisch gemäßigten Online-Milieus Antisemitismus nach wie vor überwiegend nicht explizit, sondern „versteckt“ in Form von Anspielungen, Wortspielen, rhetorischen Fragen¹⁴⁸ geäußert wird.“

Hinzugefügt sei an dieser Stelle mit Blick auf die immer wieder aufflammenden Diskussionen um die Anwendbarkeit der IHRA Definitionen auch das

Positionspapier¹⁴⁹ Fundament des Kampfes gegen Judenhass – IHRA¹⁵⁰ Arbeitsdefinition von Antisemitismus

„Die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus ist ein wichtiges Fundament im Kampf gegen Judenhass mit hoher Sensibilität für alle seine Ausdrucksformen. Das macht sie unerlässlich für die Entwicklung konkreter Strategien zur Sicherung jüdischen Lebens in Deutschland.“¹⁵¹

Die Wertelinitiative e.V. jüdisch – deutsche Positionen stellt mit diesem im Mai 2024 veröffentlichtem Papier die Spezifik und der Vorzüge der IHRA-Antisemitismusdefinition in der theoretischen und praktischen Anwendung im Vergleich zum „politisch interessierten und tendenziösen Versuch der Delegitimierung durch die Jerusalem Erklärung (englisch „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (JDA)) dar.

Das Positionspapier zeigt zugleich auf, wie mit der JDA als politische Antwort auf die IHRA-Definition von politischen Aktivisten der Versuch unternommen wird, israelbezogenen Antisemitismus zu relativieren und das Benennen israelbezogenen Antisemitismus als rechts und rassistisch sowie die IHRA als Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu diskreditieren.

Hinweis in eigener Sache: Die IHRA-Arbeitsdefinition bildet die Arbeitsgrundlage für die Tätigkeit der Beauftragten und ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Weitere Studien und Publikationen sind auf der Homepage der Beauftragten veröffentlicht:
<https://antisemitismusbeauftragte.nrw/start#asb-start-publications>

¹⁴⁸ In 80–85 Prozent der Fälle laut Studie

¹⁴⁹ <https://wertelinitiative.de/wp-content/uploads/2024/05/WI-Positionspapier-Fundament-des-Kampfes-gegen-Judenhass-IHRA-Arbeitsdefinition-von-Antisemitismus-1.pdf>

¹⁵⁰ International Holocaust Remembrance Alliance: <https://holocaustremembrance.com/>

¹⁵¹ Zitat: Pressemitteilung der Wertelinitiativ e.V. zum IHRA Positionspapier vom 14. Mai 2024

7. Handlungsempfehlungen

Zu den Aufgaben der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur zählt es, Handlungsempfehlungen und Anregungen für strukturelle Verbesserungen zu geben. Viele Empfehlungen aus den Vorjahren sind bereits aufgegriffen worden, an der Umsetzung anderer wird intensiv gearbeitet. Wie schon in den Vorjahren gilt: Es gibt nach wie vor hohen Bedarf daran, das vorhandene Wissen über Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen zu vermitteln und ihm in all seinen zunehmend unverhohlener öffentlich geäußerten Manifestationen energisch entgegenzutreten.

Als Fazit des Jahres 2024 sollte die Arbeit in folgenden Bereichen intensiviert werden:

Grundsätzlich sollte der von der Landesregierung nach dem 7. Oktober 2023 entwickelte 10-Punkte-Plan gegen Antisemitismus fortgeschrieben und mit den Handlungsempfehlungen der von der Beauftragten und dem nordrhein-westfälischen Innenministerium 2022 vergebenen und 2024 veröffentlichten Studie zum Thema „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ abgeglichen und gegebenenfalls erweitert werden.

Schule und Bildung

Um Antisemitismus in Schulen angemessen entgegenzutreten zu können, müssen Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulen für das Thema sensibilisiert sein und über ein entsprechendes Wissen verfügen. Eine verpflichtende Befassung mit dem Phänomen Antisemitismus – in all seinen Facetten, insbesondere bezüglich des israelbezogenen Antisemitismus – muss in der Lehrerbildung etabliert und Schritt und Schritt eingeführt werden. Zugleich wird empfohlen, die in Nordrhein-Westfalen bereits existierenden zahlreichen Bildungsangebote für Lehrkräfte und Schulpersonal zu erfassen und diese Aus- und Fortbildungsangebote an zentraler Stelle gebündelt darzustellen, um diesem Personenkreis einen kompakten Überblick und möglichst schnellen Zugang zu den Unterstützungsangeboten zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird empfohlen, für den Bereich der Erwachsenenbildung und der beruflichen Fortbildung Kooperationen mit den entsprechenden Bildungsträgern- und -einrichtungen wie beispielsweise Volkshochschulen und Handels- sowie Handwerkskammern zu initiieren, um Antisemitismusprävention und Bildungsangebote zum Nahostkonflikt respektive zum israelbezogenen Antisemitismus als festen Bestandteil in der Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung zu entwickeln und fest zu verankern.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Gut jeder und jede Dritte in Nordrhein-Westfalen engagiert sich ehrenamtlich. Zivilgesellschaftliches Engagement trägt in hohem Maße zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Es wird deshalb empfohlen, für Antisemitismusprävention im Ehrenamt in Kooperation z.B. mit den ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren, Sportvereine oder Schützenbruderschaften niedrigschwellige Modellprojekte zu entwickeln. So kann den Menschen im Ehrenamt kompakt und pragmatisch das notwendige Wissen an die Hand gegeben werden, mit dem sie Antisemitismus in ihrem Umfeld entgegenzutreten können.

Erinnerungskultur

Gedenkstättenbesuche sind ein wesentliches Element, um Schülerinnen und Schülern über die Zeit des Nationalsozialismus zu informieren und ihnen zu verdeutlichen, wozu Hass und Hetze menschenverachtender Ideologien führen können. Dies gilt umso mehr, wenn in diesem Kontext die Auseinandersetzung mit regionaler Geschichte und lokalen Ereignissen und Einzelschicksalen mit Bezug zum Heimatort das Geschehen „fassbarer“ machen und zugleich vor den Gefahren von Intoleranz und Antisemitismus mahnen (biographischer Ansatz). Es wird deshalb empfohlen, Schülerinnen und Schülern den Besuch der 29 NS-Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen und diese Besuche in Abstimmung und Kooperation mit den jeweiligen Gedenkstätten durch innovative und niedrigschwellige, zielgruppengerechte Bildungsangebote und Erinnerungsformate zu flankieren.

80 Jahre nach Kriegsende und des NS-Unrechtsregimes gibt es nicht mehr viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die aus eigener Erfahrung über die Gräueltaten der Nationalsozialisten berichten können. Deshalb ist es umso wichtiger, „Zweitzeugen“-Projekte und intergenerationelle Ansätze und Begegnungsformate nach dem Vorbild der Veranstaltung im Landtag Nordrhein-Westfalens zum Holocaustgedenktag 2025 unter Einbeziehung von Institutionen wie Yad Vashem zu entwickeln und gerade für junge Menschen zugänglich zu machen. Es wird empfohlen, die Bildungsarbeit in diesem Bereich zu verstärken und zugleich ein Monitoring für neue, innovative Formen der Erinnerungskultur, inkl. digitaler, künstlerischer und nicht-institutioneller Formate einzuführen, um diese für Nordrhein-Westfalen nutzbar zu machen.

Hochschulen

Die Beauftragte bekräftigt ihren Appell, an allen Hochschulen und Universitäten Antisemitismusbeauftragte zu benennen und empfiehlt, die Einrichtung dieser Stelle mit entsprechenden universitären Bildungs- und Sensibilisierungsangeboten zu den Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt resp. israelbezogener Antisemitismus für Studierende und Hochschulpersonal zu flankieren.

Kultur

Viele Kulturschaffende und Institutionen sind verunsichert, wo die Grenze zwischen Meinungs- und Kunstfreiheit und Antisemitismus verläuft. Vor diesem Hintergrund wird die Entwicklung und der Aufbau spezialisierter Beratungsangebote empfohlen, die kultursparten- und bereichsübergreifend Kulturschaffende, Kommunen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen im Umgang mit dem Thema Antisemitismus, insbesondere israelbezogener Antisemitismus, sowie den Aktivitäten der sog. BDS-Bewegung im Kulturbereich beraten und unterstützen.

Im politischen Raum wird intensiv diskutiert, ob und ggf. wie Fördergelder für Kunst und Kultur künftig nur nach vorheriger Prüfung auf eventuell vorhandene antisemitische Narrative vergeben werden sollen. Es wird empfohlen, diese Diskussion in Nordrhein-Westfalen im engen Austausch mit den anderen Bundesländern fortzusetzen, um in Umsetzung der Gemeinsame Erklärung der Kulturministerkonferenz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der kommunalen Spitzenverbände vom 13. März 2024 für Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden „Code of Conduct“ für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten zu entwickeln. Dieser soll mit Vorgaben enthalten und Leitlinien aufzeigen, die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit angemessen berücksichtigen und zugleich sicherstellen, dass öffentliche Gelder nicht dazu missbraucht werden, antisemitische Kunst- und Kulturprojekte zu finanzieren.

Kommunale Fachtage

Das Format der kommunalen Fachtagungen hat sich als wertvolles, effektives Instrument zur Antisemitismusprävention und zur Bekämpfung des Antisemitismus auf kommunaler Ebene sowie zur Vernetzung von kommunalen Akteurinnen und Akteuren bewährt.

Sie sollten deshalb in den Regierungsbezirken themenspezifisch ausgerichtet regelmäßig fortgesetzt und als regionale Plattformen für Austausch, Qualifizierung und Netzwerkbildung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Antisemitismusprävention genutzt und weiterentwickelt werden.

Soziale Medien

2024 hat erneut dokumentiert, welch hohen Anteil soziale Medien bei der Verbreitung antisemitischer Narrative und für Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden haben.

Es wird deshalb empfohlen, die Förderung von Medienkompetenzprojekten mit Fokus auf antisemitismuskritische Analyse sozialer Medien, Desinformation und Verschwörungserzählungen insbesondere mit Blick auf Jugendliche und Heranwachsende zu verstärken und weiter auszubauen. Zugleich sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, in Kooperation mit Creatorinnen und Creatoren sowie Influencerinnen und Influencern mit entsprechenden Reichweite z.B. auf TikTok oder Instagram junge Menschen und Heranwachsende über soziale Medien mit Präventionsangeboten gegen Judenhass sowie mit innovativen Angeboten für Erinnerungskultur zu erreichen.

Sport

Nach dem 7. Oktober 2023 haben in Nordrhein-Westfalen auch im Sport antisemitische Vorfälle auf und neben den Spielstätten zugenommen. Um diese Vorfälle strafrechtlich angemessen aufarbeiten zu können und zu einer effektiveren Verfolgung und Bewertung von menschenverachtenden, insbesondere antisemitischen Straftaten im Kontext des Sport zu gelangen, wird eine Benennung fester Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei den Staatsanwaltschaften mit Schnittstellen zur Sportgerichtsbarkeit empfohlen. Damit würden eine bessere Kommunikation sowie eine schnellere Einschätzung strafrechtlicher Relevanz ermöglicht und eine hohe Signalwirkung gegenüber Öffentlichkeit und Sportverbänden entfaltet.

Gleichzeitig soll die Präventions- und Bildungsarbeit im Sport verstärkt werden, damit die im Breitensport tätigen Personen antisemitische Vorfälle erkennen und angemessen reagieren können. Es wird deshalb empfohlen, in Kooperation von Landessportbund, Verbänden und jüdischen Organisationen entsprechende Fachmodule „Antisemitismusprävention“ für die Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme für Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu entwickeln und in bereits bestehende Qualifizierungsangebote zu integrieren.

Interreligiöse und interkulturelle Begegnungen

Im Idealfall fördern interkulturelle und interreligiöse Begegnungen Toleranz, Weltoffenheit, gegenseitige Verständnis und Vertrauen und können zum Abbau von Unwissen, Vorurteilen und Vorbehalten gegenüber anderen Religionen und Kulturen, insbesondere in Zeiten von wachsendem Antisemitismus, einen wesentlichen Beitrag leisten. Es wird empfohlen, in Nordrhein-Westfalen Begegnungsformate mit jüdischen Perspektiven nach dem Vorbild von „Meet a Rabbi“ oder „Meet a Jew“ in der Mitte der Gesellschaft weiter auszubauen. Außerdem sollen interkulturelle sowie interreligiöse Projekte mit zivilgesellschaftlichen Trägern initiiert und gefördert werden, die sich gezielt mit dieser Thematik befassen und durch ihre Formate zum Abbau von Vorurteilen und falschen Vorstellungen beitragen sowie die notwendigen Begegnungsformate dafür schaffen.

Als wichtige Partner für entsprechende Austausch- und Dialogformate können und sollten dabei die Parlamentariergruppe NRW-Israel des Landtags, das NRW-Israel Büro sowie die bestehenden Städtepartnerschaften und Freundschaftsvereine zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen eingebunden werden.

Justiz, Polizei und Strafvollzug

Innerhalb der bestehenden Strukturen sollten Fortbildungsangebote in Justiz, Polizei und Strafvollzug fortgeführt und systematisch ausgebaut werden – mit einem Fokus auf antisemitischen Narrativen unter besonderer Berücksichtigung des Nahostkonflikts und des israelbezogenen Antisemitismus. Darüber hinaus sollten diese Themenkomplexe im Rahmen der Ausbildung fest verankert werden.

Aus- und Fortbildung

Landesbehörden und öffentliche Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Antisemitismusprävention in die Aus- und Fortbildungskonzepte sowie die dazugehörigen konkreten Angebote integrieren; in diesem Zusammenhang empfiehlt sich die Erarbeitung eines ressortübergreifenden kompakten Curriculums zur Antisemitismusprävention unter besonderer Berücksichtigung des Nahostkonflikts und des israelbezogenen Antisemitismus.

8. Anhang: IHRA-Definition

Die Arbeitsgrundlage der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die am 26. Mai 2016 in Bukarest von der Vollversammlung der damals 31 Mitgliedsstaaten beschlossen wurde.

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

- Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.
- Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:
- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenslichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder die Macht der Jüdinnen und Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Jüdinnen und Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Jüdinnen und Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Jüdinnen und Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nichtjüdinnen und Nichtjuden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.

- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Jüdinnen und Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Herausgeberin

Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen
für die Bekämpfung des Antisemitismus,
für jüdisches Leben und Erinnerungskultur
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Gestaltung

UNICBLUE Brand Communication GmbH

Druck

jva druck+medien geldern

Bildnachweis

Titelbild: [iStock.com/mammuth](https://www.istock.com/mammuth)

Stand

Juni 2025

